

**Wahlprogramm**  
**zur Landtagswahl 2013**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Niedersachsen

**„Jede Seite zählt!“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag  
in Osterholz-Scharmbeck am 14. Juli 2012)

---

Quelle/Zitierweise: [http://www.fdp-nds.de/uploads/tx\\_trfdpextendttnews/FDP-Landtagswahlprogramm-2013\\_01.pdf](http://www.fdp-nds.de/uploads/tx_trfdpextendttnews/FDP-Landtagswahlprogramm-2013_01.pdf), 18.01.2013  
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-402

# **JEDE SEITE ZÄHLT!**

**Wahlprogramm  
der FDP Niedersachsen**

[WWW.FDP-NDS.DE](http://WWW.FDP-NDS.DE)

**SO STIMMT  
NIEDERSACHSEN**

**FDP**

Die Liberalen

# **Inhaltsverzeichnis**

## **Präambel**

- I. Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Tourismus**
- II. Finanzen und Haushalt**
- III. Energie und Umwelt**
- IV. Bildung**
- V. Vereinbarkeit von Familie und Beruf**
- VI. Wissenschaft und Forschung**
- VII. Soziales und Gesundheit**
- VIII. Landwirtschaft, Ernährung, Verbraucherschutz  
und ländlicher Raum**
- IX. Justiz**
- X. Innen und Recht**
- XI. Liberale Demokratie**
- XII. Kommunale Strukturen**
- XIII. Städtebau, Stadt- und Ortsentwicklung und  
Wohnungsbau**
- XIV. Kultur**
- XV. Medien**
- XVI. Sport**
- XVII. Niedersachsen in Europa**

## 1 Präambel

2 Seit 2003 wird Niedersachsen von einer Landesregierung mit liberaler Beteiligung regiert.  
3 Diese erfolgreiche Arbeit möchten wir in den kommenden fünf Jahren fortsetzen, weil wir  
4 davon überzeugt sind, dass es den Menschen in Niedersachsen besser geht, wenn wir  
5 Liberale Verantwortung tragen.

6 Die FDP Niedersachsen hat sich in der Vergangenheit bei ihren Entscheidungen von einem  
7 liberalen Menschen- und Gesellschaftsbild leiten lassen. Wir sind der Auffassung, dass jeder  
8 Mensch den Wunsch und die Fähigkeit besitzt, sein Leben selbst zu gestalten. Daher ist es  
9 notwendig, dass der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern den hierfür erforderlichen  
10 Freiraum lassen muss. Wir sind davon überzeugt, dass eine Gesellschaft freier und  
11 gleichzeitig fairer ist, wenn sich der Staat nur auf die Gestaltung von Rahmenbedingungen  
12 beschränkt. Dieser innere Kompass unterscheidet uns von allen anderen Parteien in  
13 Niedersachsen.

14 Während der vergangenen Jahre hat sich in Niedersachsen viel getan, und jeder Einzelne  
15 profitiert von dieser positiven Entwicklung. Es gab in Niedersachsen in den letzten 20 Jahren  
16 noch nie so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie heute. Gleichzeitig ist die  
17 Chance, einen neuen Job zu finden, größer als in der Vergangenheit. Noch nie wurden  
18 unsere Kinder von so vielen und so gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet.  
19 Mit der Einführung der Oberschule und der Stärkung unserer Gymnasien haben wir unser  
20 bewährtes differenziertes Schulsystem modernisiert. Nach wie vor kann jedes Kind  
21 unterrichtet werden, wie es seinen Fähigkeiten, Begabungen und Neigungen entspricht.  
22 Auch in Zukunft können sich Eltern darauf verlassen, dass ihr Kind individuell gefordert und  
23 gefördert wird. Noch nie standen unsere Universitäten in nationalen und internationalen  
24 Vergleichen besser da. Noch nie waren in Niedersachsen weniger junge Menschen nach  
25 ihrem Schul- oder Hochschulabschluss arbeitslos.

26 Gleichzeitig steht Niedersachsen in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen:  
27 Über den Erfolg der Energiewende wird auch in Niedersachsen entschieden werden. Sie  
28 wird nur gelingen, wenn sie mit den Menschen umgesetzt wird und den Erhalt von  
29 Arbeitsplätzen im Auge hat. Private Haushalte und Unternehmen dürfen nicht aufgrund  
30 ausufernder Strompreise unverhältnismäßig belastet werden. Das gefährdet Arbeitsplätze.  
31 Energie muss auch in Zukunft bezahlbar bleiben.

32 Wir freuen uns darüber, dass die Menschen in Niedersachsen älter werden und gleichzeitig  
33 im Alter aktiv sind. Diese Entwicklung stellt uns aber auch vor Herausforderungen –  
34 insbesondere in den ländlichen Regionen, in denen immer häufiger immer weniger jüngere  
35 Menschen leben.

36 Die Krise des Euro führt es deutlich vor Augen: Um ihren Gestaltungsspielraum zu erhalten  
37 und ihre Unabhängigkeit zu sichern, kann keine Gesellschaft dauerhaft mehr Geld ausgeben,  
38 als sie einnimmt. Es ist ein Gebot unserer Verantwortung gegenüber unseren Kindern, solide  
39 zu wirtschaften und ihnen die finanziellen Möglichkeiten zu übergeben, die sie zur  
40 Bewältigung ihrer Aufgaben und der Herausforderungen der Zukunft benötigen. Unsere  
41 Schulden der Gegenwart werden unsere Kinder in der Zukunft zurückzahlen müssen.

42 Wir haben in zentralen Fragen der Landespolitik unsere Vorstellungen und liberalen  
43 Forderungen auch gegenüber unserem Koalitionspartner durchsetzen können. Wenn Sie in  
44 Zukunft noch mehr liberale Politik für Niedersachsen wünschen, stärken Sie uns bei der  
45 kommenden Landtagswahl den Rücken.

46

## 47 **I. Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Tourismus**

48 Die Soziale Marktwirtschaft ist unverhandelbare Grundlage liberaler Wirtschaftspolitik. Sie  
49 spiegelt das liberale Werteverständnis wieder. Nachhaltiges Wachstum, fairer Wettbewerb  
50 und Markttransparenz sind Voraussetzungen für Wohlstand und sozialen Ausgleich.

51 Das Prinzip „Privat vor Staat“ ist Ausdruck der liberalen Grundhaltung. Der Staat ist nicht der  
52 bessere Unternehmer und darf nicht mit Steuergeld dafür sorgen, dass gescheiterte  
53 Unternehmen überleben. Ein funktionierender Wettbewerb ist Garant für wirtschaftliche  
54 Dynamik und Innovation. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sind deshalb durch  
55 eine konsequente Wettbewerbspolitik vor Eingriffen in den Wettbewerb wie durch Monopole  
56 und Kartelle zu schützen. Aktuelle Herausforderung liberaler Ordnungspolitik ist die Ordnung  
57 der Finanzmärkte. Risiko und Haftung, Ertragschancen und Verantwortung für Verluste,  
58 müssen wieder zusammengeführt werden. Freie Märkte sind kein Selbstzweck, sondern die  
59 Triebfeder von Wachstum, Innovation und Wohlstand.

### 60 **Arbeit und berufliche Bildung**

61 Der Arbeitsmarkt hat sich in Niedersachsen dank unserer liberalen Wirtschaftspolitik besser  
62 als in vielen anderen Bundesländern entwickelt. Im Vergleich der Bundesländer ist  
63 Niedersachsen das Aufsteigerland schlechthin. Zu Zeiten der SPD-Regierung war  
64 Niedersachsen in der unteren Hälfte der Bundesländer, jetzt sind wir im oberen Drittel, ein  
65 klares Beispiel für die positive soziale Wirkung marktwirtschaftlicher Politik der Liberalen. Die  
66 besonders erfreuliche Entwicklung beim Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit belegt den  
67 Erfolg eindrucksvoll. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen.

68 Unser Ziel ist es, dass jeder Arbeitswillige einen Arbeitsplatz findet. Ein eigenes Einkommen  
69 aus eigener Arbeit ist für Liberale unverzichtbarer Bestandteil eines Lebens in Würde und  
70 Selbstbestimmung. Bezuschussung und Abhängigkeit von staatlichen Leistungen kann und  
71 darf nur der Ausnahmefall sein.

72 Liberale Arbeitsmarktpolitik sorgt dafür, dass Menschen auf eigenen Beinen stehen können.  
73 Arbeitsmarktpolitische Instrumente müssen Menschen in die Lage versetzen, auf dem  
74 Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, und dürfen nicht von einer Maßnahme in die nächste führen.  
75 Das gilt besonders für junge Menschen mit weniger Berufserfahrung.

76 Die Kompetenzen älterer Menschen müssen stärker genutzt werden. Ältere Menschen  
77 verfügen über einen umfangreichen Wissens- und Erfahrungsschatz, auf dessen Nutzung  
78 unsere Gesellschaft nicht verzichten kann.

79 Dem Mangel an qualifizierten Fachkräften und der demografischen Entwicklung begegnen  
80 wir mit einer Vielzahl von Maßnahmen: der Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen, der  
81 umfassenden Qualifizierung von Arbeitslosen wie auch von Erwerbstätigen in Unternehmen,  
82 aber auch der qualifizierten Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt. Um die Potenziale  
83 von Frauen besser zu erschließen, muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass ein  
84 Großteil der teilzeit- und geringfügig beschäftigten Frauen gern ihre Arbeitszeit ausweiten  
85 würden. Auf der anderen Seite muss es auch möglich sein, die Arbeitszeit bei Bedarf zu  
86 reduzieren, beispielsweise um Zeit für die Kinderbetreuung oder die Pflege von Angehörigen  
87 zu haben. Hier stehen die Unternehmen in der Pflicht, Männern und Frauen flexible  
88 Arbeitszeitmodelle anzubieten und sich so als attraktiver Arbeitgeber zu etablieren. In kleinen  
89 und mittelständischen Unternehmen sind Frauen in Leitungsposten bereits gut vertreten, wir  
90 begrüßen und unterstützen Maßnahmen der Unternehmen mit dem Ziel, den Frauenanteil in  
91 Führungspositionen, sowie im mittleren und oberen Management nachhaltig zu steigern.  
92 Gleiche Chancen der Geschlechter im Berufsleben sehen wir Liberale als  
93 Selbstverständlichkeit an.

94 Das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung soll weiterhin der geltende Maßstab sein. Das  
95 deutsche Ausbildungssystem wird weltweit geschätzt und bringt jedes Jahr qualifizierte und  
96 motivierte Fachkräfte hervor. Dieses Modell sichert der jungen Generation Lebenschancen  
97 und ist Grundlage für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

98 Wir wollen:

- 99 - beschäftigungshemmende Rahmenbedingungen abbauen; die Kosten der sozialen  
100 Sicherungssysteme müssen vom Lohn abgekoppelt werden;
- 101 - der Kündigungsschutz soll durch flexiblere sozialverträgliche Systeme weiterentwickelt  
102 werden;
- 103 - die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, die Gleichstellung von Frauen und  
104 Männern im Arbeitsleben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser  
105 ermöglichen;
- 106 - insbesondere auf verbesserte Beschäftigungschancen für Ältere hinwirken, die  
107 Reintegration älterer Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt fördern;
- 108 - die gezielte Förderung von Frauen in Bereichen, wo sie unterrepräsentiert sind;
- 109 - Mentoring-Programme bei weiblichen Vorbildern in Führungspositionen oder mit  
110 personeller Verantwortung, die in örtlicher Nähe erreichbar sind;
- 111 - neue Arbeitsplatzmodelle unabhängig vom Sitz des Arbeitgebers fördern;
- 112 - Beschäftigungs- und Qualifizierungsmodelle gezielt für Frauen in der Familienphase  
113 entwickeln (Lebenslanges Lernen, top-on-job);
- 114 - Qualifizierungsmodelle gezielt für Frauen zur beruflichen Weiterentwicklung anbieten  
115 (z.B. Frisörin, Arzthelferin, Verkäuferin – auch die 10 meistgewählten Frauenberufe  
116 sollten als Basis eine berufliche Weiterentwicklung ermöglichen!);
- 117 - durch Deregulierung des Arbeitsmarktes und durch Senkung der Steuern und Abgaben  
118 aktiv die Ursachen der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung bekämpfen  
119 sowie die Chancen für Neueinstellungen erhöhen;
- 120 - die staatliche Förderung der Altersteilzeit abschaffen und Lebensarbeitszeitmodelle  
121 weiterentwickeln;
- 122 - statt durch einen Mindestlohn die Chancen für junge und gering qualifizierte  
123 Arbeitssuchende zu gefährden das Bürgergeldmodell weiter vorantreiben;
- 124 - die Fort- und Weiterbildung und lebenslanges Lernen unterstützen;
- 125 - das Zusammenwirken kleinerer Betriebe mit dem Ziel der Ausbildungskooperation;
- 126 - dass es nicht zu einer automatischen weiteren Akademisierung von  
127 Ausbildungsberufen kommt; in vielen Bereichen, wie zum Beispiel in Gesundheits- und  
128 Pflegeberufen, ist es nicht angebracht, neue Zugangsvoraussetzungen zu schaffen;
- 129 - den Wissenstransfer zwischen Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen und dem  
130 Handwerk bzw. den kleinen und mittleren Unternehmen verbessern, um mehr Ideen in  
131 Produkte und Verfahren umzusetzen und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen;
- 132 - die Integration bzw. Rückkehr in den Arbeitsmarkt nach familienbedingter  
133 Unterbrechung fördern und die bestehenden Angebote und Maßnahmen der  
134 Arbeitsagenturen, Jobcenter und der vom Land geförderten Koordinierungsstellen  
135 Frauen und Wirtschaft weiter ausbauen;
- 136 - für die Kosten der sozialen Sicherungssysteme soll ein vom Lohn unabhängiges  
137 System entwickelt werden.

### 138 **Mittelstand und Gründungskultur**

139 Liberale Wirtschaftspolitik ist im Schwerpunkt Mittelstandspolitik. Die kleinen und mittleren  
140 Unternehmen, die Handwerksbetriebe, die Dienstleistungsunternehmen, die Selbstständigen  
141 und die Freien Berufe sind das Rückgrat unserer niedersächsischen Wirtschaft. Hier werden  
142 die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen und auch in schwierigeren Zeiten

143 gehalten. Innovationsfreude, Risikobereitschaft und die persönliche Verantwortung für das  
144 Unternehmen zeichnen den Mittelstand in Niedersachsen aus.

145 Wir wollen es vor allem kleinen und mittleren Unternehmen so leicht wie möglich machen, in  
146 Deutschland und Europa wettbewerbsfähiger zu werden. Dabei setzen wir vorrangig auf die  
147 Unterstützung neuer Ideen, Technologien, innovativer Produkte und Verfahren, aber auch auf  
148 Bürokratieabbau. So wollen wir auch die Internationalität unserer mittelständischen  
149 Wirtschaft erhöhen und Betriebsübergänge erleichtern.

150 Eine Kultur der Selbstständigkeit schafft die Freiräume, in denen jeder Einzelne sich  
151 entfalten kann. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima, das Leistungen und gerade auch  
152 unternehmerische Leistungen anerkennt. Unternehmer, nicht zuletzt Handwerker,  
153 Freiberufler, Familienbetriebe aller Art und Mitglieder von Genossenschaften stehen für eine  
154 Gesellschaft der Möglichkeiten, des Aufbruchs, der Chancen. Wir Liberale wollen mutige  
155 Unternehmer dabei nach allen Kräften unterstützen. Die Möglichkeit, sich mit Eigeninitiative  
156 und Engagement ein selbstbestimmtes Leben zu erarbeiten, ist das zentrale Versprechen  
157 der Sozialen Marktwirtschaft. Wir Liberale wollen, dass das so bleibt.

158 Die FDP Niedersachsen steht für eine klare und zielgenaue Ausrichtung der Förderpolitik des  
159 Landes: Weg vom Gießkannenprinzip und hin zur konsequenten Konzentration auf  
160 innovative Projekte im Mittelstand. So stärken wir die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit  
161 des Landes.

162 Auf Vorstoß der FDP Niedersachsen wurde das Gemeindeförderungsgesetz geändert: Künftig  
163 haben außerhalb der Kernbereiche staatlicher Daseinsvorsorge private Anbieter Vorrang vor  
164 der öffentlichen Hand. Das Land soll in Zukunft noch stärker auf Öffentlich Private  
165 Partnerschaften (ÖPP) setzen: Geeignete Projekte sollen privat gebaut und betrieben  
166 werden. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer - und er ist auch nicht der bessere  
167 Bauherr. Er soll lediglich die Rahmenbedingungen setzen.

168 Mit der Regierungsbeteiligung der FDP hat Niedersachsen eines der  
169 verbraucherfreundlichsten Ladenöffnungsgesetze in Deutschland bekommen.

170 Wir wollen:

- 171 - die Auslands- und Exportorientierung des Handwerks und der kleinen und  
172 mittelständischen Unternehmen unterstützen - durch Beratung, Training und  
173 Beteiligung an internationalen Messen, dafür müssen auch die Restriktion der  
174 Einreisevisa für Geschäftskunden aus unseren wirtschaftlich wichtigen  
175 Partnerländern wie zum Beispiel Russland oder Türkei beseitigt werden;
- 176 - die gezielte Förderung der Ansiedlung ausländischer Unternehmen ebenso wie die  
177 Rückverlagerung von Unternehmensteilen aus dem Ausland nach Niedersachsen;
- 178 - dass die bisher auf drei Stunden begrenzten Sonntagsöffnungszeiten auf acht  
179 Stunden ausgeweitet werden; zusätzlich soll das bestehende sonntägliche  
180 Nutzungsverbot für automatische Autowaschanlagen aufgehoben werden;
- 181 - Direktinvestitionen unterstützen, wenn dadurch heimische Arbeitsplätze gesichert  
182 oder neu geschaffen werden;
- 183 - darauf hinwirken, dass das Meister-BAföG verbessert wird, um die Bereitschaft zur  
184 Meisterfortbildung und zur Selbstständigkeit im Handwerk zu steigern;
- 185 - dass die öffentliche Hand vertraglich vereinbarten oder gesetzlich vorgegebenen  
186 Zahlungsverpflichtungen auch fristgerecht nachkommt;
- 187 - Betriebsnachfolgen weiter konsequent unterstützen und fördern und damit  
188 bestehende Arbeitsplätze sichern;
- 189 - die Existenzgründungs- und Innovationsförderung unvermindert fortsetzen und die  
190 Voraussetzungen für die Bereitstellung von Wagniskapital weiter verbessern;

- 191 - die Förderung von praxisorientierten Wissenschaftsclustern, um den Übergang von  
192 Universität und Arbeitsmarkt umfassend zu begleiten;
- 193 - die Gründung von Genossenschaften fördern, denn Genossenschaften stehen in  
194 besonderer Weise für verantwortliches unternehmerisches Handeln selbstständiger  
195 Einzelner in gemeinsamer Verantwortung.

## 196 **Bürokratieabbau**

197 Kleine Betriebe werden durch Gesetze, Auflagen und Vorschriften um ein Vielfaches stärker  
198 pro Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer belastet als Großkonzerne. Deshalb bleibt für die FDP  
199 Bürokratieabbau ein vorrangiges Thema, gerade zur Förderung des Mittelstandes. Die FDP  
200 Niedersachsen hat seit der Regierungsbeteiligung im Jahre 2003 einen umfassenden  
201 Bürokratieabbau eingeleitet. Beispielsweise wurden die Bezirksregierungen abgeschafft oder  
202 etwa die Anzahl der Verwaltungsvorschriften um ein Drittel reduziert. Aber für die FDP ist  
203 Bürokratieabbau mehr als bloße Effizienzsteigerung. Es dürfen nicht die Anforderungen der  
204 Verwaltung, sondern es müssen die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund  
205 stehen. Bürokratieabbau ist Bürgerrechts- und Wirtschaftspolitik zugleich.

206 Wir wollen:

- 207 - den Bürokratieabbau im Land Niedersachsen weiter konsequent vorantreiben, auch  
208 indem mit Hilfe des Standard-Kosten-Modells die Unternehmensbelastung durch  
209 einzelne Regulierungen detailliert ermittelt wird;
- 210 - die Genehmigungserfordernisse auf ein Minimum beschränken; dabei ist  
211 grundsätzlich dem Anzeigeverfahren der Vorzug vor dem Genehmigungsverfahren zu  
212 geben;
- 213 - Erforderliche Meldepflichten sind sinnvoll auszugestalten, um eine möglichst geringe  
214 bürokratische Belastung deutscher Arbeitsplätze zu erreichen. So setzt sich die FDP  
215 Niedersachsen dafür ein, die monatlichen Beitragsmeldungen der Arbeitgeber an die  
216 Krankenkassen wieder auf ein nachträgliches Meldeverfahren umzustellen. Durch die  
217 Umstellung auf nur eine nachträgliche Meldung für den abgelaufenen Beitragsmonat  
218 ändert sich finanziell für die Beteiligten nichts, der Aufwand bei Arbeitgebern und  
219 Sozialversicherungen wird aber halbiert.
- 220 - die Möglichkeiten der Antragsstellung über Internet und E-Mail einführen bzw.  
221 ausbauen.

## 222 **Industriestandort Niedersachsen**

223 Niedersachsen ist ein bedeutendes Industrieland. Die industriellen Arbeitsplätze sind eine  
224 wichtige Grundlage unseres Wohlstandes. Von der Industrie gehen nicht nur starke  
225 Wachstumsimpulse aus, sie ist zudem Motor für Innovationen. Die Liberalen setzen sich  
226 dafür ein, dass die Betriebe weiter günstige Entwicklungsmöglichkeiten haben.  
227 Energieintensive Wertschöpfung in Industrie und Mittelstand muss in Niedersachsen auch in  
228 Zukunft ein Zuhause haben. Auch für Neuansiedlungen wollen wir den Weg bereiten. Die  
229 FDP steht zu einem international wettbewerbsfähigen Technologie- und Industriestandort  
230 Niedersachsen.

231 Voraussetzung für eine moderne Industrie ist die Akzeptanz in der Bevölkerung. Es ist auch  
232 Aufgabe der Industrie, durch frühzeitige und verbesserte Information ihren Beitrag zur  
233 Akzeptanzerhöhung zu leisten. Wir wollen die nationale und internationale  
234 Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Industrie sichern und sprechen uns deshalb  
235 gegen eine Übererfüllung europarechtlicher Normen durch Bundes- oder Landesrecht aus.

236 Die Gewinnung von Rohstoffen in Niedersachsen ist und bleibt ein Grundpfeiler des  
237 heimischen Wirtschaftskreislaufs. Die FDP Niedersachsen sieht es als unerlässlich an, dass  
238 die niedersächsischen Kompetenzen in der Rohstoffwirtschaft erhalten und ausgebaut



239 werden. Niedersachsen muss seine Chancen als Wirtschafts- und Forschungsstandort  
 240 erhalten; deswegen sprechen wir uns gegen technologiefeindliche Tendenzen und für  
 241 sachliche und rationale Auseinandersetzung mit allen einzelnen Technologien aus. Die  
 242 niedersächsischen Häfen stehen ausdrücklich auch für die Aktivitäten der Rohstoffwirtschaft  
 243 offen und erfüllen etwa durch die Anlandung von Kohle und Gas eine wichtige Funktion mit  
 244 bundes- und europaweiter Bedeutung.

245 Wir wollen:

- 246 - EU-Vorschriften nur 1:1 in nationales Recht und Landesrecht umsetzen und nicht  
 247 verschärfen;
- 248 - einen besseren Technologietransfer von wissenschaftlichen Einrichtungen zum  
 249 Mittelstand;
- 250 - die Stärkung des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg mit seinem besonderen Profil  
 251 als Technologiestandort für Luftfahrtforschung und -technik;
- 252 - die Stärkung des CFK-Valleys in Stade zur industriellen Nutzung von  
 253 Kohlefasertechnologien.

## 254 **Automobilindustrie**

255 Die Automobilindustrie und die mit ihr verbundenen überwiegend mittelständischen  
 256 Zulieferbetriebe sind der wichtigste Motor der niedersächsischen Wirtschaft. Rund ein Drittel  
 257 der industriellen Arbeitsplätze in Niedersachsen sind hier vorzufinden. Für die gesamte  
 258 Fahrzeugbranche ist ein neues Technologiezeitalter angebrochen. Alternative Antriebe,  
 259 klimaschonende Mobilitätskonzepte und neue Energiequellen sind nur einige  
 260 Herausforderungen, denen sich die Automobilindustrie heute stellt. Dass die Unternehmen  
 261 nachhaltig an der Bewältigung dieser Zukunftsaufgaben arbeiten, belegen ihre erheblichen  
 262 Investitionen auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung. Von der Automobilindustrie  
 263 gehen somit nicht nur starke Wachstumsimpulse aus, sondern sie ist damit auch eine  
 264 wesentliche Triebkraft für Innovationen.

265 Ideologiefrei möchte die FDP auch weiterhin dafür sorgen, dass Niedersachsen für die  
 266 Automobilindustrie und alle übrigen Wirtschaftszweige ein guter Arbeits- und  
 267 Investitionsstandort mit verlässlichen Rahmenbedingungen bleibt, der über eine  
 268 zukunftsfähig ausgebaute Verkehrsinfrastruktur verfügt.

## 269 **Innovationspolitik**

270 Die FDP will Niedersachsen zu einem führenden Innovationsland machen, unabhängig von  
 271 Legislaturperioden. Die Landesregierung hat seit dem Regierungswechsel 2003 die  
 272 Innovationspolitik des Landes neu ausgerichtet und das undifferenzierte Gießkannenprinzip  
 273 abgeschafft. Die Innovationspolitik konzentriert sich auf aussichtsreiche Wachstumsfelder  
 274 sowie Schwerpunkttechnologien und bündelt die Förderinstrumente auf diese Bereiche. Alle  
 275 Maßnahmen der Innovationspolitik sollen noch besser abgestimmt werden. Das Band  
 276 zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft soll noch enger geknüpft werden.

277 Niedersachsen verfügt über eine internationale Spitzenstellung in der  
 278 Technologieentwicklung für erneuerbare Energien, in der Tiefbohrtechnik und der  
 279 Tiefengeothermie. Das Land ist im Bereich der Mobilität, in der Luft- und Raumfahrt, in der  
 280 Agrartechnik und der biobasierten Wirtschaft bestens aufgestellt. Nicht zu vergessen sind  
 281 auch die international anerkannten Erfolge in der Regenerativen Medizin, der  
 282 Biomedizintechnik und der Offshore-Technik.

283 Damit wird Niedersachsen schon heute in vielen Bereichen der Strategie der Europäischen  
 284 Kommission „Europa 2020“ gerecht, die auf eine „Innovationsunion“ und ein intelligentes und  
 285 nachhaltiges Wachstum zielt.

286

287 Die FDP fordert:

- 288 - Niedersachsen muss seine Position als Innovations- und Hochtechnologiestandort  
 289 weiter verbessern. Mit der Unterstützung, auch mit interdisziplinären Projekten,  
 290 insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen ist die Wirtschaftskraft zu  
 291 stärken und das Land als attraktiver Standort für die Entwicklung weltweit  
 292 bedeutender Innovationen für die Zukunft zu positionieren.

### 293 **Tourismus und Gesundheitswirtschaft**

294 Der Tourismus in Niedersachsen ist eine Erfolgsgeschichte. Nicht zuletzt auch dank der  
 295 gezielten Tourismuspolitik der letzten Jahre. Die bundesweite Spitzenstellung  
 296 Niedersachsens wollen wir erhalten und weiter ausbauen. Die Basis hierfür ist insbesondere  
 297 eine wettbewerbsfähige Infrastruktur, um in vollem Umfang von den Veränderungen in der  
 298 Altersstruktur der Touristen profitieren zu können. Hierbei muss sowohl der zunehmenden  
 299 Zahl älterer Touristen als auch der steigenden Nachfrage im Bereich des Jugendtourismus  
 300 Rechnung getragen werden. So können wir die Marktposition der touristisch bedeutsamen  
 301 Regionen Niedersachsens weiter verbessern. Die touristisch relevanten  
 302 Wasserwanderwege, Fernwanderwege, Reitwanderwege und Fernradwege werden wir  
 303 weiter ausbauen und vernetzen, um auch den nachhaltigen Tourismus fortzuentwickeln.  
 304 Auch die Regionen rund um die bedeutenden niedersächsischen Binnengewässer,  
 305 beispielsweise dem Zwischenahner Meer, dem Steinhuder Meer und dem Dümmer, wollen  
 306 wir touristisch weiter entwickeln. Daneben sollen die Städte mit ihren vielfältigen  
 307 Sehenswürdigkeiten und Ausflugszielen weiterhin im Fokus niedersächsischer  
 308 Tourismuspolitik bleiben.

309 Eine Branche mit besonderem Potenzial ist die Gesundheitswirtschaft. Für die FDP haben  
 310 Arbeitsplätze in der Gesundheitswirtschaft und in den Nachbarbereichen höchste Priorität.  
 311 Die Gesundheitswirtschaft wird künftig eine Schlüsselrolle spielen. Die FDP will in  
 312 Niedersachsen die bestmöglichen Rahmenbedingungen dafür schaffen.

313 Wir wollen:

- 314 - den Städte-, Kultur- und Sporttourismus weiter stärken und hier insbesondere auch  
 315 kulturtouristische Leuchtturmprojekte und die Bildung von kulturtouristischen  
 316 Netzwerken initiieren;
- 317 - die Palette barrierefreier touristischer Angebote ausbauen und vorhandene Angebote  
 318 weiter verbessern;
- 319 - die Initiativen „Servicequalität Niedersachsen“ und „Kinderfreundliches  
 320 Niedersachsen“ fortsetzen, um im härter werdenden Wettbewerb mit hervorragendem  
 321 Kundenservice bestehen zu können;
- 322 - die sich dynamisch entwickelnden Auslandsmärkte nutzen und durch gezieltes  
 323 Auslandsmarketing neue Gäste für Niedersachsen gewinnen; insbesondere soll die  
 324 Einreise von Touristen durch Erleichterungen bei Touristenvisa aus wichtigen Ländern  
 325 wie zum Beispiel Russland oder Türkei gefördert werden;
- 326 - die Entzerrung der Ferienzeiten, weil dies im Interesse der Tourismuswirtschaft und  
 327 der Touristen ist, vor allem der Familien mit Kindern;
- 328 - Rahmenbedingungen für die Gründung und den Betrieb von Unternehmen der  
 329 Gesundheitswirtschaft vereinfachen;
- 330 - für Ältere die deutliche Verbesserung der Servicequalität im Tourismus erreichen.

### 331 **Verkehr und Infrastruktur**

332 Eine gut ausgebaute Infrastruktur unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte ist  
 333 Voraussetzung für eine erfolgreiche Volkswirtschaft. Denn Mobilität ist unverzichtbar für  
 334 Arbeitsplätze und Wohlstand sowie für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben im

335 ländlichen Raum. Mobilität ist zugleich Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der  
 336 Regionen und für hohe Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger; ihre Bedeutung nimmt  
 337 angesichts globaler Wirtschaftsbeziehungen immer mehr zu. Mobilitätschancen für Wirtschaft  
 338 und alle Mitglieder der Gesellschaft dauerhaft und umweltverträglich zu sichern, ist daher Ziel  
 339 und Leitmotiv liberaler Verkehrspolitik. Besonderes Augenmerk muss dabei auf dem Ausbau  
 340 und der Förderung barrierefreier Angebote liegen. Wir wollen die Forschung im Bereich der  
 341 E-Mobilität weiter ausbauen und stärken. Wir wollen Infrastrukturprojekte verwirklichen statt  
 342 verhindern. Liberale Verkehrspolitik ist vorurteilsfrei und behandelt alle Verkehrsträger  
 343 ideologiefrei. Für die FDP Niedersachsen ist Mobilität unverzichtbarer Bestandteil der  
 344 persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit. In den vergangenen Jahren hat die FDP  
 345 Niedersachsen durch ihre Regierungsbeteiligung bereits beachtliche Erfolge in der Verkehrs-  
 346 und Infrastrukturpolitik erreicht. Der Jade-Weser-Port als größtes Infrastrukturprojekt des  
 347 Landes, die Autobahnprojekte der A 31, A 39 und A 20 sowie der Ausbau des  
 348 Forschungsflughafens Braunschweig-Wolfsburg sind Beispiele dafür, wie die FDP  
 349 Niedersachsen Mobilität für Menschen und Güter sicherstellt. Wie überall unterstützt die FDP  
 350 auch auf der Schiene mehr Wettbewerb - im Interesse der Reisenden und der  
 351 Gütertransporte.

352 Einschränkungen des Individualverkehrs bedürfen immer einer Rechtfertigung. Im 21.  
 353 Jahrhundert brauchen wir insbesondere auf den Autobahnen mehr intelligente  
 354 Verkehrssteuerungssysteme statt fester Geschwindigkeitsbegrenzungen. Radarkontrollen  
 355 dürfen ausschließlich der Verkehrssicherheit dienen und dürfen nicht als Instrument zur  
 356 Einnahmenerhöhung des Staates missbraucht werden. Sicherheit im Straßenverkehr hat  
 357 oberste Priorität.

358 Die FDP Niedersachsen will, dass sich die Zeit zwischen der ersten Planung und der  
 359 Umsetzung von Infrastrukturprojekten deutlich verkürzt. Wir haben eine moderne und  
 360 leistungsfähige Infrastruktur. Damit unsere Straßen, Schienen und Stromnetze auch in  
 361 Zukunft die Lebensadern der Ökonomie sein können, darf es nicht zu einer Kultur des  
 362 „Dagegen“ kommen. Für uns Liberale ist rechtzeitige Bürgerbeteiligung der zentrale  
 363 Schlüssel zu Akzeptanz, Planungssicherheit und zügigem Bau von wichtigen  
 364 Infrastrukturprojekten.

365 Wir wollen:

- 366 - die Sicherung der bisherigen Mittelansätze für den Ausbau der  
 367 Straßenverkehrswege;
- 368 - die zügige Realisierung der Autobahnbauprojekte A 39, A 20, A 26, A 281, A-33-  
 369 Anbindung an die A 1 bei Osnabrück und Maßnahmen zur Entlastung der A 2  
 370 Hannover-Braunschweig, sechsspüriger Ausbau der A 1 und A 7, Bau der  
 371 Küstenautobahn A 20 mit der Elbquerung bei Drochtersen; vierspüriger Ausbau  
 372 der E 233 zwischen der Anschlussstelle A 31 Meppen und der Anschlussstelle A  
 373 1 Cloppenburg; die Planungen hierfür werden auf niedersächsischem Gebiet  
 374 unabhängig von den Beschlüssen der schleswig-holsteinischen Landesregierung  
 375 fortgesetzt;
- 376 - eine Verringerung der Verkehrszeichendichte in Niedersachsen;
- 377 - keine generellen Geschwindigkeitsbegrenzungen, sondern flexible  
 378 Verkehrsleitsysteme, auf Autobahnen ohne solche Systeme sind die  
 379 Tempobegrenzungen regelmäßig auf ihre Notwendigkeit zu prüfen;
- 380 - die Forcierung der Bauarbeiten durch Tag-, Nacht- und Wochenendarbeiten auf  
 381 Niedersachsens hochfrequentierten Straßen und Verkehrsknoten;
- 382 - dass laufende und künftige Planungsverfahren sowie Verkehrsprojekte  
 383 schnellstmöglich umgesetzt und entbürokratisiert werden;

- 384 - einen zügigen Ausbau der Lkw-Parkplätze an den Bundesfernstraßen, die  
 385 Erhöhung der Sicherheit auf den Lkw-Parkplätzen sowie die Durchführung des  
 386 Pilotprojektes zur Erprobung eines Reservierungssystems, das die Lkw-Fahrer  
 387 durch die Anzeige und Buchungsmöglichkeit freier Parkplätze bei der Planung  
 388 ihrer Lenk- und Ruhezeiten unterstützt;
- 389 - den Ausbau unserer Häfen – diese sind Bestandteil von Deutschlands „Tor zur  
 390 Welt“. Ihre Anbindung an internationale Seewege und an das Hinterland durch  
 391 Schiene und Straße entwickelt nachhaltig unsere maritime Wirtschaft und sichert  
 392 Arbeitsplätze. Zur Anbindung der Häfen gehört auch der Bau eines neuen  
 393 Abstiegbauwerks in Scharnebeck, die „Y-Trasse“ mit Haltepunkt in Walsrode und  
 394 die Sicherung der Erreichbarkeit der Emshäfen durch Lösungen der  
 395 Verschlickungsproblematik;
- 396 - die zügige Umsetzung der Schienenprojekte aus dem  
 397 Investitionsrahmenprogramm des Bundes sowie weitere Verbesserungen des  
 398 öffentlichen Personenverkehrs im Regional- und Nahbereich dort, wo  
 399 ausreichende Nachfrage besteht, wie bei der Weddeler Schleife; zu dieser  
 400 Verbesserung gehören auch Anbindungsverkehre und Bahnhofsumfeld;
- 401 - dass Kreisstädte eine zügige Anbindung in den überregionalen Verkehr haben;  
 402 regionalwirtschaftliche Aspekte müssen dabei Berücksichtigung finden;
- 403 - dauerhafte Erhöhung der Mittel für die Landesstraßen auf ein Niveau, das den  
 404 Substanzerhalt sichert; die Sicherstellung der Finanzierung kommunaler  
 405 Verkehrsprojekte nach dem Entflechtungsgesetz von 2014-2019;
- 406 - das bestehende Radwegenetz in Niedersachsen auf einem gutnutzbaren Niveau  
 407 erhalten und in Teilbereichen weiter ausbauen und Radschnellwege in  
 408 Niedersachsen zu entwickeln;
- 409 - im ländlichen Raum im Hinblick auf die demografische Entwicklung und die  
 410 knappen Finanzmittel verstärkt neue Formen des ÖPNV (flexible  
 411 Bedarfsverkehre wie z. B. Rufbus) unterstützen; eine Kooperation mit  
 412 Taxiunternehmen kann z. B. zu Kosteneinsparungen bei weiterhin  
 413 bedarfsgerechtem Angebot beitragen;
- 414 - Flexibilität, Streckenerhalt sowie Qualitäts- und Kostenverbesserung durch freie  
 415 Linien- und Streckenausschreibungen auf Strecken im ÖPNV und SPNV  
 416 (Schienerpersonennahverkehr) mehr Wettbewerb im Bahnsektor;
- 417 - einen ausreichenden passiven Lärmschutz der bestehenden Eisenbahnlinien,  
 418 insbesondere im Zuge der Anbindung des Jade-Weser-Ports; mehr aktiven  
 419 Lärmschutz durch lärmarme Güterwaggons;
- 420 - den Ausbau intermodularer Verkehrsangebote in Niedersachsen (z. B. Car-  
 421 Sharing, Radstationen usw.), die weitere Unterstützung des Projekts „shared  
 422 space“, den stärkeren Einsatz und Ausbau von adaptiven Ampelschaltungen,  
 423 grünen Wellen, sanfter Mobilität, Fahrradschnellwegen und die Ausweitung von  
 424 P+R-Angeboten;
- 425 - die Einführung und den Ausbau von Nachtlinien im ÖPNV.

## 426 **Maritime Wirtschaft**

427 Wir machen die niedersächsischen Häfen zum Tor zur Welt: Sie müssen so ausgerüstet und  
 428 vernetzt sein, dass sie ihrer Funktion als Drehscheibe für Waren und Güter auch in Zukunft  
 429 gerecht werden können. Das ist eine Voraussetzung, damit wir die Chancen optimal nutzen,  
 430 die sich für Niedersachsen aus der Globalisierung und der Energiewende ergeben.  
 431 International wettbewerbsfähige Häfen machen Niedersachsens maritime Wirtschaft zum  
 432 sturmfesten Anker des Wachstums. Für Liberale sind Häfen wirtschaftliche Zentren und

433 Symbole der Offenheit zugleich. Wir sehen im freien Warenverkehr einen Schlüssel zu  
434 Wohlstand, Interessenausgleich und Zusammenhalt.

435 Die FDP Niedersachsen will ihre Politik fortsetzen und die Küste neben dem Mittellandkanal  
436 zur zweiten Wirtschaftsachse des Landes ausbauen. Der Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven  
437 und neue Vernetzungen auf Straßen, Schienen, Stromtrassen und Pipelines sind dabei  
438 wichtige Bestandteile. Die Anpassung der Verkehrsflüsse an die Bedürfnisse der Anwohner  
439 und der maritimen Wirtschaft entspricht der liberalen Politik und fördert die Verwurzelung der  
440 Verkehrswirtschaft in der Bevölkerung. Nur wenn dieser Kurs weiter fortgesetzt wird, wird  
441 Niedersachsen von der steigenden Bedeutung der Küstenregionen profitieren. Nur so  
442 werden die mit der maritimen Wirtschaft verbundenen Arbeitsplätze gesichert sowie neue  
443 Arbeitsplätze geschaffen.

444 Die FDP Niedersachsen steht für:

- 445 - die Weiterentwicklung eines gemeinsamen norddeutschen Hafenkonzeptes;
- 446 - den weiteren Ausbau niedersächsischer Häfen und ihrer Hinterlandanbindungen über  
447 Wasser, Schiene und Straße zur Bewältigung der wachsenden Güterverkehrsströme;  
448 dazu gehören auch der Ausbau der Kanäle in der West-Ost-Achse als wichtige  
449 Verbindung im europäischen Wasserstraßennetz;
- 450 - die Küstenstandorte für Ansiedlungen auch energieintensiver Betriebe nutzen;
- 451 - die Förderung der maritim orientierten Forschung und Wissenschaft im  
452 norddeutschen Verbund;
- 453 - Weiterentwicklung der Zusammenarbeit aller Akteure in maritimer Wirtschaft und  
454 Forschung im Sinne der integrierten Meerespolitik;
- 455 - eine aktive Rolle Niedersachsens im Maritimen Bündnis mit dem Ziel, die deutsche  
456 Flotte zu erhalten und zu stärken.

457

#### 458 **Luftfahrt- und Logistikstandort Hannover sichern und ausbauen**

459 Der Verkehrsflughafen Hannover-Langenhagen ist mit über 5 Mio. Passagieren im Jahr 2011  
460 und einem derzeitigen Luftfrachturnschlag von rd. 125.000 Tonnen (inkl. Post) der einzige  
461 internationale Verkehrsflughafen Niedersachsens. Er generiert in der Region Hannover und  
462 Niedersachsen insgesamt mehr als 20.000 Arbeitsplätze. Für den Wirtschafts- und  
463 Messestandort Niedersachsen und die Region Hannover hat der internationale Flughafen  
464 Hannover-Langenhagen eine herausgehobene Bedeutung, die es zu erhalten und  
465 auszubauen gilt.

466

467 Wir wollen:

- 468 - den Flughafen Hannover-Langenhagen in seiner wirtschaftlichen und verkehrlichen  
469 Weiterentwicklung unterstützen; dies erfordert u. a. die Aufrechterhaltung  
470 der vorhandenen infrastrukturellen und genehmigungsrechtlichen Kapazitäten unter  
471 Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Nachbarschaft;
- 472 - den Flughafen Hannover-Langenhagen in seiner Entwicklung als Logistikstandort und  
473 in seiner Bedeutung als Logistiksiedlung unterstützen.

474

475

476

477

478

## 479 **II. Finanzen und Haushalt**

### 480 **Landeshaushalt**

481 Die FDP Niedersachsen steht für eine nachhaltige Haushaltspolitik in Niedersachsen. Um  
482 zukünftigen Generationen den finanziellen Handlungsspielraum nicht weiter einzuschränken,  
483 müssen neue Schulden verboten und alte Schulden abgebaut werden. Neue Schulden  
484 führen zu mehr Zinsausgaben. So wird der Staat auch bei der Erfüllung seiner Kernaufgaben  
485 geschwächt. Außerdem erhöhen neue Schulden das Inflationsrisiko und tragen so zu einer  
486 Geldentwertung für alle Bürgerinnen und Bürger bei.

487 Wir wollen bis spätestens zum Jahr 2016 in Niedersachsen auf neue Schulden verzichten.  
488 Danach beginnen wir, Schulden in Höhe von 350 Millionen Euro pro Jahr abzubauen.  
489 Einnahmen aus der Veräußerung von Landesvermögen sollen vollständig zur  
490 Schuldentilgung verwendet werden. Um den Abbau der Staatsverschuldung langfristig zu  
491 sichern, muss die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert werden. Bundesweit  
492 setzen wir uns dafür ein, die Wirksamkeit der Schuldenbremse im Grundgesetz durch  
493 automatische Sanktionen für Schuldenländer zu verstärken. Sobald das Land keine neuen  
494 Schulden mehr aufnimmt, will die FDP Niedersachsen einen Pensionsfonds für die  
495 Beamtinnen und Beamten des Landes einrichten. Um die wachsenden  
496 Pensionsverpflichtungen in der Zukunft sicherzustellen, bedarf es einer Kapitaldeckung. Wir  
497 wollen zunächst Neueinstellungen berücksichtigen und später dieses System auf alle  
498 Beamtinnen und Beamten übertragen. Die FDP setzt sich für eine größere Transparenz des  
499 Landeshaushaltes ein. Eine Offenlegung aller direkten und indirekten Verpflichtungen ist  
500 dabei ebenso Ziel wie eine umfassende Bestandsaufnahme des Landesvermögens. Dafür ist  
501 ein wichtiges Instrument die Einführung der Doppik auch auf Landesebene. Die Doppik ist  
502 ein Rechnungslegungs-Verfahren nach den Prinzipien der kaufmännischen Buchführung, bei  
503 dem zusätzlich zur Einnahmen-Ausgabenrechnung eine jährliche Vermögensübersicht mit  
504 allen Nebenhaushalten erstellt wird.

505 Die FDP Niedersachsen steht für:

- 506 - einen Verzicht auf Neuverschuldung ab spätestens 2016 und danach den Abbau der  
507 Schulden um jährlich mindestens 350 Millionen Euro, um den finanziellen  
508 Handlungsspielraum zukünftiger Generationen zu erhalten;
- 509 - die Einführung eines Pensionsfonds für die Beamtinnen und Beamten nach Abbau  
510 der Neuverschuldung, um die zukünftigen Verpflichtungen des Landes heute schon  
511 im Budget zu berücksichtigen;
- 512 - die Einführung der Doppik mit einer zusätzlichen Vermögensübersicht für den  
513 Landeshaushalt zur Erhöhung der Transparenz, insbesondere über die  
514 aufgenommenen Schulden bei den Landesbeteiligungen und den sogenannten  
515 Nebenhaushalten;
- 516 - eine Überprüfung und Reduzierung der öffentlichen Ausgaben;
- 517 - die deutschen Landeshaushalte müssen in ihren Teilbudgets stets verglichen werden,  
518 um mögliche Einsparpotenziale aufzudecken.

### 519 **Staatliche Beteiligungen und öffentliche Aufgaben**

520 Um die Staatsquote langfristig zu reduzieren und den Staat auf seine Kernaufgaben zu  
521 beschränken, müssen alle staatlichen Aufgaben regelmäßig auf ihre Notwendigkeit und  
522 effiziente Wahrnehmung überprüft werden. Die FDP Niedersachsen setzt sich weiterhin für  
523 gemeinsame Projekte öffentlicher und privater Träger ein, wenn dadurch eine höhere  
524 Wirtschaftlichkeit erreicht wird. Nicht-staatliche Aufgaben müssen privatisiert werden. Die  
525 schwarz-gelbe Landesregierung hat dabei in den letzten Jahren bereits Fortschritte erzielt  
526 und Unternehmen und Liegenschaften veräußert. Wir sind davon überzeugt, dass sich  
527 Unternehmen am Markt grundsätzlich ohne Staatsbeteiligung oder staatliche Unterstützung

528 behaupten müssen. Alle Subventionen müssen überprüft und zeitlich begrenzt werden, sie  
529 können nur als Anschubfinanzierung für wichtige Innovationen dienen.

530 Wir fordern daher:

- 531 - eine konsequente Privatisierung nicht-staatlicher Aufgaben, um die Staatsquote zu  
532 reduzieren;
- 533 - Überprüfung und Rückführung von Landesbeteiligungen;
- 534 - die Ablehnung von Landesbürgschaften oder direkten Finanzhilfen bei Verschleppung  
535 von Unternehmensinsolvenzen;
- 536 - Subventionen auf den Bereich der Anschubfinanzierung zu beschränken, um den  
537 Wettbewerb nicht zu verzerren.

538

539

540

541

542

543

544

545

546

547

548

549

550

551

552

553

554

555

556

557

558

559

### 560 **III. Energie und Umwelt**

561 Der Erhalt einer intakten und lebenswerten Umwelt ist – auch und gerade aus Verantwortung  
 562 für die künftigen Generationen – eine zentrale Aufgabe liberaler Politik. Im Mittelpunkt steht  
 563 für die FDP Niedersachsen dabei der Mensch. Er ist für die FDP Niedersachsen zuerst  
 564 Partner beim Umweltschutz und nicht Adressat staatlicher Regulierung.

#### 565 **Nachhaltige Energiepolitik**

566 Die Energiewende bedeutet für Niedersachsen Chancen und Herausforderungen: Chancen  
 567 im Hinblick auf Arbeitsplätze und die nachhaltige Stärkung regionaler Strukturen;  
 568 Herausforderungen im Hinblick auf Belastungen von Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere  
 569 im ländlichen Raum. Wir wollen die Chancen konsequent nutzen und die Herausforderungen  
 570 gemeinsam mit den Menschen meistern.

571 Eine nachhaltige Energiepolitik berücksichtigt ökologische, ökonomische und soziale  
 572 Aspekte gleichberechtigt und setzt dabei auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und  
 573 Bürger. Für die Energieversorgung der Zukunft dürfen dabei auf dem Weg hin zu immer  
 574 mehr Umwelt- und Klimaverträglichkeit die Aspekte Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit  
 575 nicht vernachlässigt werden. Diese Ziele sind aus Sicht der FDP Niedersachsen nur zu  
 576 erreichen, wenn der Staat auch in der Energiepolitik grundsätzlich technologieoffen bleibt  
 577 und die Förderung ineffizienter Lösungen vermeidet und auf Wettbewerb setzt.

578 Die Energieerzeugung der Zukunft soll so weit und so schnell wie verantwortbar durch  
 579 erneuerbare Energien erfolgen. Für die FDP Niedersachsen sind dabei Innovationen in allen  
 580 Bereichen der Energieversorgung der Schlüssel zum Gelingen der Energiewende. Benötigt  
 581 werden ein intelligenter Mix aus regenerativen und konventionellen Energieträgern sowie die  
 582 weitere Erforschung von Speichertechnologien zur Stabilisierung der Versorgungssicherheit  
 583 und zum Ausgleich von Versorgungsschwankungen, die mit dem Ausbau der erneuerbaren  
 584 Energien einhergehen. Aber auch der notwendigen Errichtung moderner, konventioneller  
 585 Kraftwerke steht die FDP Niedersachsen aufgeschlossen gegenüber, weshalb sich die FDP  
 586 Niedersachsen auch weiterhin für ein freundliches Investitionsklima für die Errichtung  
 587 moderner Kohle- und Gaskraftwerke einsetzt und an den bereits ausgewiesenen Standorten  
 588 für Großkraftwerke festhält.

#### 589 **Energiewende und Klimaschutz**

590 Ziele des Klimaschutzes sind im globalen Zusammenhang zu sehen. Alleingänge einzelner  
 591 Länder oder des Bundes werden diesen globalen Herausforderungen nicht gerecht. Wer eine  
 592 Vorreiterrolle einnehmen will, muss sicherstellen können, dass auch andere folgen. Verbote,  
 593 Sanktionen und Steuern, an deren Ende nur ein höherer Verbrauch in anderen Teilen dieser  
 594 Erde stehen, helfen dem Klima nicht, schaden aber unserem Wohlstand und gefährden die  
 595 Innovationskraft unseres Landes. Gerade diese Innovationskraft ist es aber, die wir dringend  
 596 zur Überwindung von Ressourcenknappheiten und zum Umweltschutz brauchen. Die FDP  
 597 Niedersachsen setzt sich deshalb dafür ein, dass Klimaschutzmaßnahmen vor allem an den  
 598 jeweiligen Kosten gemessen werden, zu denen die Vermeidung einer bestimmten Menge  
 599 Treibhausgas erreicht werden kann. Die Innovationskraft des Marktes hat und wird auch in  
 600 Zukunft hier einen großen Anteil an einer entsprechenden Effizienzsteigerung und in deren  
 601 Folge auch Kostenreduktion haben.

602 Die FDP Niedersachsen setzt sich ein für:

- 603 - Emissionszertifikate als marktnahes Instrument zur globalen Begrenzung von  
 604 Treibhausgas-Emissionen;
- 605 - eine verstärkte Vorbildfunktion der staatlichen Institutionen bei der Umsetzung von  
 606 sinnvollen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz;
- 607 - Energieeffizienzziele statt staatlichen Energieeinsparungszielen, um wirtschaftliches  
 608 Wachstum auch in Zukunft zu ermöglichen und zu sichern.



## 609 **Energieinfrastruktur und Energiewende**

610 Eine der größten aktuellen Herausforderungen der Energiewende ist der Ausbau der  
 611 Netzinfrastruktur. Auf Niedersachsen entfällt ein überdurchschnittlich hoher Anteil an  
 612 notwendigen Maßnahmen zur Modernisierung und zum Ausbau der Energieinfrastruktur. Die  
 613 FDP Niedersachsen bekennt sich zu diesen Herausforderungen im Interesse einer  
 614 bundesweit verlässlichen und immer mehr auf regenerativen Quellen beruhenden  
 615 Energieversorgung. Die FDP Niedersachsen sieht aber auch Handlungsbedarf, damit die  
 616 Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen mit dieser Belastung nicht alleine gelassen  
 617 werden.

618 Die FDP Niedersachsen setzt sich ein für:

- 619 - den bürgerfreundlichen, umweltverträglichen und zügigen Ausbau der Strom- und  
 620 Gasnetze sowie beim Kavernenbau;
- 621 - die Möglichkeit zur Erdverkabelung bei unvermeidbaren Siedlungsannäherungen;
- 622 - eine zügige Umsetzung von rechtskräftig planfestgestellten Energietrassen sowie  
 623 größtmögliche auch wirtschaftliche Aspekte sowie Kostenfolgen umfassende  
 624 Transparenz und Beteiligung bei den Genehmigungsverfahren;
- 625 - erneuerbare Energien sollten regional geprägte Energiegewinnungskonzepte  
 626 ermöglichen und regionale Beteiligungsmodelle/Genossenschaften bieten, die allen  
 627 Bürgern die Möglichkeit der finanziellen Entlastung durch unternehmerische  
 628 Beteiligung bietet.

## 629 **Erneuerbare Energien**

630 Wie weit und wie schnell sich der Anteil der erneuerbaren Energien erhöhen lässt, richtet  
 631 sich nach der praktischen Machbarkeit, aber auch nach den Kriterien Versorgungssicherheit  
 632 und Preisstabilität im Interesse von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie der  
 633 Wirtschaft. Die FDP Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass staatliche Maßnahmen zur  
 634 Förderung der erneuerbaren Energien sich auch daran zu orientieren haben, ob mit ihnen  
 635 negative Auswirkungen auf die Energiekosten für Bürgerinnen und Bürger wie für  
 636 Unternehmen verbunden sind. Energiepreise sind die Brotpreise des 21. Jahrhunderts, die  
 637 FDP Niedersachsen setzt sich auch aus sozialer Verantwortung für eine bezahlbare  
 638 Energiewende ein.

639 Für die FDP Niedersachsen sollte nicht der Staat darüber entscheiden, welche regenerative  
 640 Energieerzeugungsform sich in welchem Maße durchsetzt, sondern der Markt. Der Staat hat  
 641 sich diesbezüglich technologieoffen zu verhalten. Dennoch sieht die FDP Niedersachsen  
 642 aufgrund der natürlichen Gegebenheiten für die Windenergie in Niedersachsen besondere  
 643 Chancen.

644 Der Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien muss sich in Zukunft mehr als  
 645 bislang an den Kriterien Bedarf und Effizienz orientieren. Die bisherige Förderung mittels  
 646 gesetzlich garantierter Einspeisevergütungen ist im Hinblick auf die angestrebten  
 647 Ausbauziele nicht zukunftsfähig und bedarf der grundlegenden Überarbeitung. Dabei sind  
 648 wettbewerbliche Lösungen, die auch Kosteneffizienz sicherstellen, zu bevorzugen. Auch der  
 649 starre und bedarfsunabhängige Einspeisevorrang ist kritisch zu hinterfragen.

650 Mit der Solarthermie hat sich in Niedersachsen eine regenerative Form der  
 651 Energiegewinnung etabliert, die einen hohen Mehrwert sowohl für ihre Nutzer als auch für  
 652 das lokale Installationshandwerk aufweist und gänzlich ohne eine Vergütung über das EEG  
 653 auskommt. Für die FDP Niedersachsen ist dies ein Beispiel, das Mut zu mehr  
 654 Marktwirtschaft auch unter den erneuerbaren Energien macht.

655 Der zunehmende Anbau von Mais zur Energiegewinnung führt in Teilen Niedersachsens zu  
 656 einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, der Artenvielfalt und der Gewässerqualität  
 657 sowie zu Flächenverkappungen und –konkurrenzen. Diesen Entwicklungen wollen wir

658 gemeinsam mit der Landwirtschaft begegnen, um auch künftig die Vorteile und Chancen von  
659 grundlastfähigem Biogas zu nutzen.

660 Die FDP Niedersachsen setzt sich ein für:

- 661 - die größtmögliche Vermeidung von Energiepreiserhöhungen;
- 662 - eine Überarbeitung der derzeitigen Instrumente zur Förderung der erneuerbaren  
663 Energien hin zu mehr Marktwirtschaft, Effizienz- und Kostenorientierung;
- 664 - die regelmäßige Überprüfung aller Einspeisevergütungen nach dem EEG und die  
665 umgehende Senkung der Sätze im Falle von Überförderungen;
- 666 - den Austausch älterer Windkraftanlagen gegen effizientere neue Anlagen, wo dies  
667 möglich ist (Repowering);
- 668 - den forcierten Ausbau der Windenergie auf See mit den dafür erforderlichen  
669 Leitungsstraßen und den erforderlichen Hafeninfrastrukturen;
- 670 - die stärkere Verwendung von Reststoffen und mehr Vielfalt beim  
671 Energiepflanzenanbau für die Biogaserzeugung;
- 672 - die Erstellung von Langzeitstudien über die Auswirkungen von erneuerbaren  
673 Energien auf Menschen und Umwelt.

#### 674 **Naturschutz**

675 Der Schutz von Natur und Landschaft kann für die FDP Niedersachsen nur unter  
676 Einbeziehung des Menschen und nicht durch dessen Ausschluss aus der Natur gelingen.  
677 Naturschutz dient dem Erhalt des Lebensraumes und der natürlichen Lebensgrundlage des  
678 Menschen und den uns nachfolgenden Generationen. Der Schutz von Tieren und Pflanzen  
679 ist mit den berechtigten Interessen des Menschen zu einem vernünftigen Ausgleich zu  
680 bringen. Eine Ruhezonengestaltung für seltene Tierarten soll aber geprüft und mit dem  
681 Besuchswunsch des Menschen abgewogen werden. Um zu einer positiven Einstellung eines  
682 jeden Einzelnen zum Naturschutz zu gelangen, ist es sinnvoll, über die Grenzen  
683 Niedersachsens hinaus für möglichst viele Menschen die Schönheit und Vielfalt der Natur  
684 vom Wattenmeer bis zum Harz erlebbar zu machen.

685 Der Vertragsnaturschutz ist für die FDP Niedersachsen ein Erfolgsmodell. In  
686 Zusammenarbeit und in Abstimmung mit den Nutzern der Natur wird planbar und verlässlich  
687 an ihrem Schutz gearbeitet. Diese erfolgreichen Vereinbarungen mit der Landwirtschaft  
688 existieren etwa zur naturschutzgerechten Bewirtschaftung von Ackerland und Grünland, von  
689 besonders gefährdeten Biototypen sowie von Rast- und Nahrungsflächen für nordische  
690 Gastvögel. Diese Programme dürfen in Zukunft nicht durch übersteigerte bürokratische  
691 Anforderungen gefährdet werden. Die FDP Niedersachsen setzt sich auch vor dem  
692 Hintergrund zunehmender europarechtlicher Vorgaben dafür ein, dass den Bürgerinnen und  
693 Bürgern eine aktive Teilnahme am Naturschutz nicht durch überzogene Nachweispflichten  
694 verleidet wird.

695 Angesichts einer sich immer weiter zunehmenden Flächenkonkurrenz hält es die FDP  
696 Niedersachsen für unverzichtbar, dass diese nicht durch Maßnahmen, die den Naturschutz  
697 nicht voranbringen, unnötig verschärft wird. Die FDP Niedersachsen hält deshalb das  
698 Ersatzgeld für ein geeignetes und effizientes Instrument, mit dem sichergestellt wird, dass  
699 Qualität vor Quantität geht. Mit dem Ersatzgeld werden Eingriffe in die Natur ausgeglichen,  
700 indem sinnvolle Naturschutzmaßnahmen daraus finanziert werden können, ohne dass noch  
701 eine starre Flächenstilllegung erfolgen muss.

702 Eines besonderen Schutzes bedürfen allerdings die für Norddeutschland so typischen  
703 Moore. Sie gehören heute zu den am stärksten gefährdeten Ökosystemen. Intensive  
704 landwirtschaftliche Nutzung, besonders aber auch der kommerzielle Torfabbau dürfen nicht

705 zum Verschwinden dieser wertvollen Biotope führen, welche auch für den Klimaschutz eine  
706 enorme positive Rolle spielen können.

707 Die FDP Niedersachsen setzt sich ein für:

- 708 - die weitere Deregulierung im Umweltrecht;
- 709 - EU-Vorschriften nur 1:1 in nationales Recht und Landesrecht umsetzen und nicht  
710 verschärfen;
- 711 - die Stärkung des Ehrenamtes, das einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und  
712 Naturschutz leistet; die Umweltbildung ist daher vor allem durch entsprechende  
713 Angebote für Kinder und Heranwachsende aufzuwerten und zu stärken; die  
714 Weiterführung und die Ausweitung des Programms „Natur erleben“;
- 715 - die Entbürokratisierung und Attraktivitätssteigerung des Vertragsnaturschutzes;
- 716 - die Gleichstellung des Ersatzgeldes mit der Realkompensation im  
717 Bundesnaturschutzgesetz, mit dem Ziel damit Naturschutzmaßnahmen zu  
718 finanzieren;
- 719 - die Einführung eines Umweltgesetzbuches auf Bundesebene, um die zahlreichen  
720 Einzelvorschriften zu bündeln und zu vereinfachen.

## 721 **Küsten- und Hochwasserschutz**

722 Für die FDP Niedersachsen ist ein effektiver Küsten, Insel- und Hochwasserschutz eine  
723 Daueraufgabe der Politik. Eine ausreichende finanzielle Ausstattung zur Erreichung eines  
724 einheitlichen Schutzniveaus vor Sturmfluten und Binnenhochwässern ist Teil einer  
725 verantwortungsvollen Umweltpolitik und dient auch dem Schutz des Eigentums der  
726 Bürgerinnen und Bürger.

727 Die FDP Niedersachsen setzt sich deshalb auch künftig für eine auskömmliche  
728 Mittelausstattung beim Küstenschutz ein, die dem in den vergangenen Jahren durch den  
729 Generalplan Küstenschutz ermittelten Bedarf gerecht wird.

730 Vor dem Hintergrund der seit 2002 abgelaufenen Hochwasser insbesondere an Elbe, Leine,  
731 Aller und Oker hat das Land eine Hochwasservorhersagezentrale eingerichtet, um  
732 Hochwassermeldungen und -warnungen zu optimieren. Auch weiterhin sind für die FDP  
733 Niedersachsen Landesmittel für den Hochwasserschutz, für den an sich die Kommunen  
734 zuständig sind, notwendig und sinnvoll.

735 Die FDP Niedersachsen setzt sich ein für:

- 736 - eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Landesmitteln beim Küsten- und  
737 Hochwasserschutz;
- 738 - eine Weiterführung der Unterstützung von Kommunen durch das Land bei der  
739 Ausweisung von Überschwemmungsgebieten;
- 740 - die Fortführung der Sensibilisierung von Grundstückseigentümern im Bezug auf  
741 mögliche Schadensereignisse durch höhere Gewalt;
- 742 - die Befreiung der Ersatz- und Ausgleichspflicht bei Deichbaumaßnahmen.

## 743 **Schutz von Wasser, Luft und Boden**

744 Für die FDP Niedersachsen sind der Schutz und die Qualitätsverbesserung von Wasser, Luft  
745 und Boden von besonderer Bedeutung. Das Ziel aller politischen Anstrengungen konzentriert  
746 sich hierbei auf die weitere Reduzierung des Eintrags von Schadstoffen. Für die FDP  
747 Niedersachsen sind Wirtschaft, Landwirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger Partnerinnen  
748 und Partner bei der Umsetzung dieses Ziels. Bestehende Kooperationsmodelle, wie sie mit  
749 der Landwirtschaft zum Gewässerschutz eingerichtet wurden, sind ein Vorbild für einen

750 effektiven und akzeptierten Ressourcen- und Umweltschutz. Die Grundsätze „Vermeiden vor  
751 Verwerten“ und eine wirksame Durchsetzung des Verursacherprinzips sind für die FDP  
752 Niedersachsen wichtige Maßstäbe auf diesem Feld der Umweltpolitik.

753 Mehr als fragliche Instrumente wie Umweltzonen, die in ihrer Wirkung fast nicht messbar  
754 sind, Bürgerinnen und Bürger aber gängeln und deren Freiheit unangemessen beschneiden,  
755 lehnt die FDP Niedersachsen ab. Einzelfallbezogene Maßnahmen, die auf örtliche  
756 Gegebenheiten abgestellt sind, sollten auch bei der Luftreinhaltung in den Mittelpunkt gestellt  
757 werden.

758 Die FDP Niedersachsen:

- 759 - spricht sich gegen Fracking in Trink- und Mineralwassergewinnungsgebieten sowie in  
760 Solefördergebieten aus und fordert eine Umweltverträglichkeitsprüfung bei der  
761 Gasförderung in Schiefergestein und Kohleflözen bevor über Fracking entschieden  
762 wird; zudem fordern wir eine konsequente Kontrolle zur Einhaltung des  
763 Verschlechterungsverbot des Grundwassers nach dem WHG;
- 764 - setzt sich für die Reduzierung von Schadstoffeinträgen in den Boden ein;
- 765 - fordert die Länder Thüringen und Hessen auf, die Pläne zum Bau einer Salzpipeline  
766 durch Niedersachsen für die Abwässer der Kaliproduktion aufzugeben;
- 767 - spricht sich für den Einsatz aller technischen Möglichkeiten zur größtmöglichen  
768 Verringerung der Belastung von Werra und Weser mit Salzlauge aus der  
769 Kaliproduktion aus;
- 770 - setzt sich für die Abschaffung der in Niedersachsen bestehenden Umweltzonen  
771 zugunsten individueller Maßnahmen zur Verringerung der Feinstaubbelastung ein.

## 772 **Recycling und Ressourcen**

773 Die FDP Niedersachsen setzt bei der Modernisierung der Kreislaufwirtschaft auf die Kräfte  
774 von Wettbewerb und Markt, um zu höheren Recyclingquoten von Abfällen und Wertstoffen  
775 gegenüber ihrer Beseitigung zu gelangen.

776 Im Sinne eines nachhaltigen Umgangs mit Rohstoffen ist die Steigerung der  
777 Ressourcenproduktivität für die FDP Niedersachsen ein besonderes Anliegen.  
778 Unternehmerisches Handeln, gleich in welcher Organisationsform oder in wessen Eigentum,  
779 ist dabei der Schlüssel zur Steigerung der Recyclingquote.

780 Deshalb darf die Effizienz und die Leistungsfähigkeit von privaten Unternehmen nicht durch  
781 kommunale Monopole oder ihre Diskriminierung im Wettbewerb mit kommunalen  
782 Unternehmen beeinträchtigt werden. Die finanziellen Interessen der Kommunen an der  
783 Kreislaufwirtschaft dürfen dabei kein Anlass zur Verdrängung privater Unternehmen auf  
784 diesem Sektor sein.

785 Die FDP Niedersachsen setzt sich ein für:

- 786 - die flächendeckende Einführung von Wertstofftonnen;
- 787 - einen fairen Wettbewerb zwischen kommunalen und privaten Unternehmen bei der  
788 Verwertung und Beseitigung aller Stoffströme der Abfall- und Kreislaufwirtschaft.  
789 Treten private Anbieter neben der öffentlichen Hand auf, können sie zur Wahrung  
790 gewisser Mindeststandards verpflichtet werden. Der Fokussierung auf einzelne  
791 lukrative Gebiete zu Lasten der öffentlichen Haushalte muss entgegengewirkt  
792 werden.

793

794

**795 Sicherer Verbleib radioaktiver Abfälle**

796 Der sichere Verbleib der radioaktiven Abfälle ist zwingend geboten. Diese Aufgabe darf nicht  
797 weiter auf kommende Generationen verschoben werden, sondern es muss nach  
798 Überzeugung der FDP Niedersachsen heute dafür Verantwortung übernommen werden.

799 Es bedarf zunächst einer grundsätzlichen öffentlichen wissenschaftlichen Diskussion und  
800 Klärung, ob und inwieweit das bisher verfolgte Konzept der nicht rückholbaren Endlagerung  
801 hochradioaktiver Abfälle das richtige Konzept ist.

802 Die FDP Niedersachsen setzt sich für die bundesweite, ergebnisoffene Suche nach dem am  
803 besten geeigneten Lager für hochradioaktive Abfälle ein. Dabei soll der Standort Gorleben  
804 genauso behandelt werden wie alle anderen Regionen und den gleichen Kriterien  
805 unterliegen.

806 Mit der rechtskräftig abgeschlossenen Planung für den Schacht Konrad als Lager für  
807 schwach- und mittelradioaktive Abfällen trägt Niedersachsen Verantwortung und Lasten für  
808 die gesamte Bundesrepublik. Die FDP Niedersachsen tritt für die vollständige Rückholung  
809 der in der Schachanlage Asse II eingelagerten radioaktiven und chemotoxischen Abfälle ein,  
810 solange und soweit deren Durchführung technisch möglich und für die Bevölkerung, wie  
811 auch die Beschäftigten aus radiologischen und sonstigen sicherheitsrelevanten Gründen  
812 vertretbar ist.

813 Die FDP Niedersachsen setzt sich ein für:

814 - die Untersuchung aller technisch und physikalisch möglichen  
815 Aufbewahrungskonzepte durch einen Sachverständigenrat;

816 - die ergebnisoffene, bundesweite Suche nach einem Lager für hochradioaktive Abfälle  
817 unter Einbeziehung des Standortes Gorleben;

818 - die Rückholung der in der Schachanlage Asse II gelagerten Abfälle nicht von  
819 finanziellen Erwägungen abhängig zu machen, sondern die Sicherheit und  
820 Gesundheit von Bevölkerung sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den  
821 Mittelpunkt stellen.

822

823

824

825

826

827

828

829

830

831

832

833

## 834 **IV. Bildung**

835 Bildung befähigt jeden einzelnen Menschen, sich selbstbestimmt zu entfalten und ein  
836 eigenverantwortliches Leben zu führen. So hat jeder die Chance, in unserer Gesellschaft  
837 aktiv und verantwortlich mitzuwirken. Bildung soll die Werte unserer Gesellschaft vermitteln.  
838 Bildung ist Bürgerrecht und Bürgerpflicht.

839 Ziel liberaler Bildungspolitik ist es, für Erziehung und Ausbildung einen angemessenen  
840 Rahmen zur Entwicklung eigenverantwortlicher Persönlichkeiten zu schaffen. Eltern sind für  
841 die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich und sollen dabei nach Kräften und nach Bedarf  
842 unterstützt werden. Dennoch sind die Erwartungen und Anforderungen an die Schulen in den  
843 letzten Jahren in besonderem Maße gestiegen. Bildung findet nicht mehr nur in der Schule  
844 statt und in der Schule findet nicht mehr nur Bildung statt. Schulen müssen zunehmend  
845 Erziehungsaufgaben übernehmen, um ungleiche Bildungsvoraussetzungen nach Möglichkeit  
846 auszugleichen. Denn jedes Kind soll die besten Chancen auf eine gute Bildung erhalten.  
847 Ebenso wie im späteren Berufsleben wird Leistung belohnt.

848 Bildung für nachhaltige Entwicklung ist für liberale Schulpolitik ein grundlegender und  
849 unverzichtbarer Bildungsansatz, um die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung von  
850 Unterricht und Schulleben in den Eigenverantwortlichen Schulen zu stärken und dauerhaft zu  
851 gewährleisten. Die Vernetzung sozialen, ökologischen, technischen und ökonomischen  
852 Lernens soll Grundlage für die Didaktik des fachbezogenen Unterrichts und die  
853 unterschiedlichen Unterrichtsformen an den allgemein bildenden und berufsbildenden  
854 Schulen unseres Landes werden. Wachstum und Beschäftigung im Rahmen einer  
855 nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft hängen wesentlich von der Bereitschaft  
856 junger Menschen ab, unternehmerische Initiativen zu ergreifen. Deshalb unterstützt liberale  
857 Bildungspolitik alle Vorhaben, die geeignet sind, unternehmerisches Denken, Eigeninitiative  
858 und lebenslange Lernbereitschaft auf allen Bildungsebenen voranzubringen.

### 859 **Chancengerechtigkeit**

860 Kinder kommen mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen an die Schule. Alle Kinder  
861 optimal und individuell zu fördern, ist eine wichtige Aufgabe des Staates – und damit auch  
862 der Schulen.

### 863 *Sprachförderung*

864 Das Erlernen und Beherrschen der deutschen Sprache ist Voraussetzung für  
865 Chancengerechtigkeit. Der Sprachtest im Jahr vor der Einschulung ermöglicht es, mit der  
866 Sprachförderung schon vor der Einschulung zu beginnen.

867 - Der Sprachtest soll statt wie bisher ein Jahr künftig zwei Jahre vor der Einschulung  
868 stattfinden; dadurch kann die Sprachförderung früher einsetzen und die Chance auf  
869 eine gute Bildung wird für die Kinder dadurch erhöht; dazu gehört auch eine  
870 qualifizierte Sprachförderung in den Kindertagesstätten.

871 - Die Herkunftssprache von Kindern mit Migrationshintergrund kann – gerade wenn sie  
872 in der Familie gesprochen wird – eine wichtige Kompetenz werden. Flächendeckend  
873 sollen die Angebote für herkunftssprachlichen Unterricht in allen Schulen ausgebaut  
874 werden.

### 875 *Sozialarbeit sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen*

876 Es ist wichtig, dass in Schulen ein Umfeld herrscht, in dem Schülerinnen und Schüler sich  
877 auf das Lernen konzentrieren können. Schulen sind zunehmend gezwungen, die  
878 Erziehungsarbeit der Eltern zu ergänzen. Dafür müssen sie ausgestattet werden.

879 - Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie Sozialpädagoginnen und  
880 Sozialpädagogen helfen Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften, unter

881 anderem für ein besseres Lernklima an den Schulen zu sorgen; die FDP  
 882 Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass die Zahl der Schulpsychologinnen und  
 883 Schulpsychologen weiterhin erhöht wird sowie mehr Sozialpädagoginnen und  
 884 Sozialpädagogen durch das Land an Schulen eingesetzt werden.

885 Kinder und Jugendliche lernen unterschiedlich. Sie kommen mit unterschiedlichen  
 886 Voraussetzungen an die Schulen und lernen in unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Jeder  
 887 Schüler und jede Schülerin soll die Chance haben, den bestmöglichen Schulabschluss zu  
 888 erwerben, deshalb gilt: „Kein Abschluss ohne Anschluss“.

### 889 **Bildungsqualität**

890 Reformen im Schulbereich sollen der Verbesserung der Schul- und Unterrichtsqualität  
 891 dienen. Mit der Einführung der Eigenverantwortlichen Schule haben wir den richtigen Schritt  
 892 in diese Richtung getan.

#### 893 *Lehrpersonal*

894 Mit der Einführung der Eigenverantwortlichen Schule ist auch die Verantwortung für das  
 895 Schulleitungspersonal gestiegen. Die Schulleiterinnen und Schulleiter haben nun mehr  
 896 Verantwortung für Personal, für das Budget und die Profilbildung der Schule. Die  
 897 Schulleitung muss in ihrer Arbeit gestärkt und unterstützt werden. Mit der neuen  
 898 Arbeitszeitverordnung unterstützen und entlasten wir die Schulleitungen bei ihrer Tätigkeit.

899 Dafür setzen wir uns ein:

- 900 - Die FDP Niedersachsen wird sich weiterhin dafür einsetzen, eine Akademie für  
 901 schulisches Führungspersonal und Lehrkräfte einzurichten; dort sollen sie für die  
 902 spezifischen Aufgaben qualifiziert und weitergebildet werden.
- 903 - Die FDP Niedersachsen setzt sich dafür ein, die Lehrerbildung stärker zu  
 904 professionalisieren; Kompetenzen in Entwicklungsdiagnostik, Lernpsychologie und  
 905 der Analyse von sozialen Prozessen sind intensiver zu vermitteln.
- 906 - Wir wollen, dass Lehramtsstudierende frühzeitig erkennen können, ob sie die richtige  
 907 Berufsentscheidung treffen.
- 908 - Wir wollen verbesserte Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte für mehr Lehrgesundheit.
- 909 - Wir brauchen eine professionelle Lehrerbildung für Deutsch als Zweitsprache.

#### 910 *Lehrpläne*

911 Schülerinnen und Schüler sollen fürs Leben lernen. Die Schule ist der Ort, an dem an erster  
 912 Stelle Fachwissen vermittelt wird. An Schulen müssen aber auch Wertorientierung und  
 913 Schlüsselqualifikationen, insbesondere Sozialkompetenz, Alltags- und Medienkompetenz,  
 914 vermittelt werden. Lehrpläne und Stundentafeln müssen daher fortlaufend überprüft werden.

915 Dafür setzen wir uns ein:

- 916 - Lehrpläne und Stundentafeln sollen regelmäßig unter den Gesichtspunkten der  
 917 Wissenschaftlichkeit und der jugendpsychologischen Entwicklung überprüft werden.
- 918 - Auf die Vermittlung von Methoden- und Lernkompetenzen ist ein größerer  
 919 Schwerpunkt zu legen.
- 920 - Schüler sollen bei der Planung ihres späteren beruflichen Werdeganges und  
 921 Lebensweges durch regelmäßige Beratungsangebote in den weiterführenden  
 922 Schulen unterstützt werden.

923

## 924 **Schulqualität**

925 Bildung eröffnet die Chance zum sozialen Aufstieg. Kinder kommen mit den  
 926 unterschiedlichsten Voraussetzungen an die Schule, sie haben unterschiedliche Neigungen  
 927 und Interessen und sie lernen unterschiedlich. Niedersachsen als Flächenland steht in  
 928 besonderem Maße vor den Herausforderungen des demografischen Wandels. Die  
 929 zurückgehenden Schülerzahlen stellen die Grundschulen vor die Herausforderung,  
 930 ausreichend Schüler zur Bildung von Klassen einzuschulen. Die Schulwege sollen nicht zu  
 931 lang werden, damit Schülerinnen und Schüler ihre Schulen gut erreichen können. Die  
 932 zurückgehenden Schülerzahlen ermöglichen es aber auch, die Klassengrößen zu verkleinern  
 933 und die Schulen besser auszustatten.

### 934 *Eigenverantwortliche Schule*

935 Mit der Einführung der Eigenverantwortlichen Schule haben die Schulen die Möglichkeit, ein  
 936 eigenständiges Schulprofil zu entwickeln. Sie können den Schulalltag so organisieren, wie es  
 937 für die Schülerschaft und den Lehrkörper am besten ist und sie können so die Bedürfnisse  
 938 vor Ort besser berücksichtigen.

939 Mit der Einführung der Eigenverantwortlichen Schule kann sich auch das Land besser auf  
 940 seine Kernaufgaben konzentrieren. Diese Aufgaben sind: die Finanzierung der Schulen zu  
 941 sichern, die Kerncurricula zu entwickeln, Bildungsstandards zu setzen und die Schulen bei  
 942 der Sicherung der Qualität zu unterstützen.

943 Die Reformen der letzten Jahre im Schulbereich müssen umgesetzt werden. Dafür brauchen  
 944 die Schulen Zeit und die notwendige Unterstützung. Nur so können sie die neu gewonnenen  
 945 Freiräume eigenverantwortlich nutzen.

946 Dafür setzen wir uns ein:

- 947 - Schulen müssen sich auf ihre Kernaufgaben Bildung und Erziehung konzentrieren  
 948 können; die FDP Niedersachsen wird die noch bestehende Regelungsdichte  
 949 überprüfen und die Schulen weiter von Bürokratie entlasten.
- 950 - Mit der geplanten Akademie für schulisches Führungspersonal und Lehrkräfte sollen  
 951 Schulleitungen und Lehrkräfte bei der Qualifizierung und Weiterbildung unterstützt  
 952 werden; damit wird die Qualität des Unterrichts stetig an die gestiegenen  
 953 Anforderungen angepasst.
- 954 - Die Schulinspektion soll als Beratungs- und Unterstützungssystem ausgebaut  
 955 werden.

### 956 *Unterrichtsversorgung*

957 Die Unterrichtsversorgung hat für die FDP Niedersachsen nach wie vor die oberste Priorität.  
 958 Seit dem Regierungswechsel 2003 wurde die Unterrichtsversorgung kontinuierlich  
 959 verbessert. Mit der Errichtung von 5.000 neuen Lehrerstellen gibt es jetzt die höchste  
 960 Lehrerversorgung, die das Land jemals hatte. Eine besondere Herausforderung stellt bei der  
 961 Sicherung der Unterrichtsversorgung der Lehrermangel auf dem Arbeitsmarkt vor allem bei  
 962 Mangelfächern dar.

- 963 - Die FDP Niedersachsen wird dafür sorgen, dass für Unterrichtsausfall eine  
 964 ausreichende Vertretungsreserve für alle Schulen vorgehalten wird; so kann flexibel  
 965 auf ungeplante Unterrichtsausfälle zum Beispiel aus Krankheitsgründen reagiert  
 966 werden.
- 967 - Die FDP Niedersachsen setzt sich dafür ein, die Mittel für die Schulen weiterhin nicht  
 968 zu kürzen; angesichts zurückgehender Schülerzahlen können so Klassengrößen und  
 969 Kursgrößen deutlich gesenkt werden; die Lern- und Arbeitsbedingungen an den



970 Schulen können so weiter verbessert werden; auch die Unterrichtsversorgung kann  
971 dann besser gesichert werden.

972 - Die FDP Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass durch gesundheitsfördernde  
973 Schulgestaltung die Unterrichtsausfälle möglichst gering gehalten werden.

974 - Die FDP möchte erreichen, dass die Räumlichkeiten in den Schulen, insbesondere  
975 die Klassenräume, gesundheitsfördernd gestaltet werden. Schon durch kleine  
976 Änderungen im Bereich der Akustik, Raumgestaltung, Möbelauswahl und Licht sowie  
977 durch Einsatz moderner Technik kann der Unterricht lernfördernder für Schüler  
978 gestaltet werden.

#### 979 *Wohnortnahes Schulangebot*

980 Die Vielfalt von Schulen und Unterrichtsmodellen zu sichern, ist wichtig. So können die  
981 Schulen auf die individuellen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler besser  
982 eingehen. Auch im ländlichen Raum wollen wir ein vielfältiges und wohnortnahes  
983 Schulangebot aufrechterhalten.

984 Für die Grundschulen gilt nach wie vor der Grundsatz „kurze Beine – kurze Wege“.  
985 Die von der FDP initiierte Oberschule ist ein Erfolgsmodell für das Flächenland  
986 Niedersachsen. Die niedersächsische Oberschule ermöglicht allen Schülerinnen und  
987 Schülern entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Neigungen eine individuelle  
988 Schwerpunktbildung. Die Oberschule hat das Ziel, den Schülerinnen und Schülern eine  
989 grundlegende, erweiterte oder vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln und ihnen  
990 entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Neigungen eine individuelle  
991 Schwerpunktbildung zu ermöglichen. Die Oberschule stärkt Grundfertigkeiten,  
992 selbstständiges Lernen und fördert dabei auch soziales Lernen im Unterricht sowie durch ein  
993 gemeinsames attraktives Schulleben. An der Oberschule können die Schülerinnen und  
994 Schüler alle Abschlüsse erreichen, die es ihnen erlauben, ihren Bildungsweg berufs- oder  
995 studienbezogen fortzusetzen.

996 Das Gymnasium ist die erfolgreichste Schulform in Niedersachsen. Die FDP ist die einzige  
997 Partei, die sich uneingeschränkt und kontinuierlich für deren Erhalt einsetzt. Neben dem  
998 Gymnasium und der Oberschule wird an vielen Haupt-, Real- und Gesamtschulen in  
999 Niedersachsen wertvolle Bildungsarbeit geleistet. Wo so ein vielfältiges Schulangebot  
1000 möglich ist, will die FDP Niedersachsen dies ermöglichen. Eltern und Schüler entscheiden  
1001 auf der Grundlage eines fairen Wettbewerbs zwischen den Schulformen, welches die richtige  
1002 Schule für sie ist.

1003 - Die FDP Niedersachsen setzt sich für ein wohnortnahes Schulangebot für  
1004 Grundschülerinnen und Grundschüler ein und wird die Schulträger bei der Suche  
1005 nach Lösungen wie Schulverbänden oder Außenstellen unterstützen.

1006 - Die FDP Niedersachsen wird sich weiter klar für den Erhalt der Gymnasien einsetzen.

#### 1007 *Ganztagschule*

1008 Ganztagschulen bieten ein umfassendes pädagogisches Angebot. Sie haben die  
1009 Möglichkeit, den Schultag anders zu strukturieren und zum Beispiel Hausaufgabenbetreuung  
1010 anzubieten. Darüber hinaus bieten sie ein Betreuungsangebot, das es Eltern ermöglicht,  
1011 einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

1012 Dafür setzen wir uns ein:

1013 - Den Ausbau der Ganztagschulen wollen wir mit Nachdruck voranbringen; die  
1014 notwendigen personellen und finanziellen Mittel wollen wir dafür bereitstellen; wir  
1015 wollen Ganztagschulen dabei unterstützen, die Qualität der Ganztagsbetreuung  
1016 durch die Zusammenarbeit mit Vereinen zu verbessern.

- 1017 - Wenn Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte dies wollen, dann soll die  
 1018 Einführung einer gebundenen Ganztagschule (Schulen mit verpflichtendem  
 1019 Ganztagsangebot an bis zu fünf Tagen) möglich sein.
- 1020 - Ganztagschulen können eine Hortbetreuung nicht vollständig ersetzen; gerade in  
 1021 den Schulferien und in Randzeiten (Früh- und Spätbetreuung) sind verlässliche  
 1022 Betreuungsangebote wichtig; Eltern sollen die Wahlmöglichkeit haben, die  
 1023 Ganztagschule durch eine beitragspflichtige Hortbetreuung zu ergänzen.

#### 1024 *Inklusive Schule*

1025 Die inklusive Schule wird ab dem Schuljahr 2013/2014 eingeführt. Damit wird allen  
 1026 Schülerinnen und Schülern der barrierefreie und gleichberechtigte Zugang zu den  
 1027 weiterführenden Schulen ermöglicht.

1028 Dafür setzen wir uns ein:

- 1029 - Die pädagogischen Voraussetzungen durch fachlich kompetente Ausbildung der  
 1030 Lehrkräfte zu schaffen. Die bestehende Lehrerschaft wird entsprechende  
 1031 Zusatzqualifikationen erwerben können; die laufende Ausbildung wird entsprechend  
 1032 ergänzt.
- 1033 - Die FDP Niedersachsen setzt sich für eine erfolgreiche Umsetzung der Inklusion ein.
- 1034 - Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen  
 1035 Emotionale und Soziale Entwicklung, Geistige Entwicklung, Hören, Körperliche und  
 1036 Motorische Entwicklung, Lernen (im Sekundarbereich I), Sehen und Sprache haben  
 1037 weiterhin die Möglichkeit, an weiterführenden Förderschulen zu lernen; die FDP  
 1038 Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass gute Förderschulen bestehen bleiben und  
 1039 gefördert werden.
- 1040 - Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf bzw. ihre Eltern können dann wählen,  
 1041 ob die Schülerinnen und Schüler die allgemeine Schule oder eine Förderschule  
 1042 besuchen sollen; wir wollen die Eltern und Kinder bei ihrer Wahl durch ein  
 1043 umfassendes Beratungsangebot unterstützen.

#### 1044 *Übergang in die Berufswelt*

1045 Die FDP Niedersachsen hat sich in den vergangenen Jahren für eine enge Verzahnung von  
 1046 Schule und Wirtschaft eingesetzt, um den Übergang der Schülerinnen und Schüler in die  
 1047 Berufswelt zu erleichtern. Ziel der FDP Niedersachsen ist es, die Schülerinnen und Schüler  
 1048 zu befähigen den richtigen Beruf und das richtige Studium auszuwählen und zugleich die  
 1049 Ausbildungsfähigkeit zu erhöhen. Durch das Aufzeigen von Perspektiven für die Zeit nach  
 1050 Schule steigert sich spürbar die Lernmotivation schon in der Schulzeit. Das ist auch ein  
 1051 Grund für das Absenken der Schulabbrecherquote.

1052 Dafür setzt sich die FDP ein:

- 1053 - Die Koordinierungsstelle Berufsorientierung wird dauerhaft eingerichtet und wird die  
 1054 Schulen weiterhin bei der Berufsorientierung unterstützen.
- 1055 - Die Kompetenzfeststellungsverfahren werden auch auf die Gymnasien ausgeweitet,  
 1056 um dort im 10. Jahrgang eine Grundlage für die spätere Berufs- und Studienwahl zu  
 1057 legen.
- 1058 - Maßnahmen zur Berufsorientierung werden in den Studentafeln abgebildet.
- 1059 - Jugendliche mit Migrationshintergrund werden gezielter über die Chancen im  
 1060 öffentlichen Dienst informiert.

1061

## 1062 **Berufliche Bildung**

1063 Die FDP Niedersachsen bekennt sich zum System der dualen Berufsausbildung; diese  
1064 gewährleistet eine praxisgerechte Ausbildung.

1065 Dafür setzen wir uns ein:

1066 - Die duale Ausbildung ist vor allem dann erfolgreich, wenn eine enge Kooperation  
1067 zwischen Betrieb und Berufsschule gewährleistet ist. Daher ist eine  
1068 ausbildungsplatznahe Beschulung so weit wie möglich zu gewährleisten. Damit  
1069 werden auch Ausbildungsplätze in kleineren Betrieben erhalten.

1070 - Viele kleine und mittlere Unternehmen können heute die Anforderungen der  
1071 Ausbildungsordnungen nicht komplett erfüllen. Die Organisation der  
1072 Berufsausbildung in Form eines Baukastensystems soll es ermöglichen, dass auch  
1073 kleinere Unternehmen Berufsausbildung anbieten. Darüber hinaus können auch  
1074 weniger leistungsstarke Jugendliche durch das Baukastensystem berufliche  
1075 Qualifizierung erwerben.

1076 Die FDP Niedersachsen begrüßt und unterstützt die umfassenden Bildungs- und  
1077 Ausbildungsmöglichkeiten, die die berufsbildenden Schulen in Niedersachsen bieten. An  
1078 diesen werden Schulabschlüsse auf allen Qualifikationsebenen erworben bzw. nachgeholt  
1079 und die fachgebundene oder allgemeine Hochschulreife mit besonderem Qualifikationsprofil  
1080 erlangt. In den berufsbildenden Schulen werden Fachkräfte für verschiedene  
1081 Wirtschaftsbereiche und nicht zuletzt für Pflege und Erziehung auch in Vollzeit ausgebildet.  
1082 Vielfach gelingt es, Schülerinnen und Schülern, die das allgemein bildende Schulwesen  
1083 ohne Abschluss verlassen haben, durch intensive Betreuung und Praxisbezug zu neuem  
1084 Erfolg und Selbstvertrauen zu verhelfen.

### 1085 *Lebenslanges Lernen*

1086 Lebenslanges Lernen ist für jeden Einzelnen wichtig, um im Beruf erfolgreich zu sein, aber  
1087 auch, um an den Entwicklungen der Gesellschaft teilzuhaben. Hierfür sind intelligente  
1088 Konzepte notwendig. Der Ausbau der Weiterbildung ist für alle Altersgruppen wichtig.

1089 Dafür setzen wir uns ein:

1090 - Die Agentur für Bildungsberatung bietet eine umfassende Information über  
1091 bestehende Weiterbildungsangebote. Die Agenturen sollen systematisch in ganz  
1092 Niedersachsen eingerichtet und ausgebaut werden. Weiterbildungsangebote müssen  
1093 Menschen allen Alters offen stehen.

1094 - Die „Offene Hochschule Niedersachsen“ erlaubt es Menschen auch ohne Abitur zu  
1095 studieren. Mittels einer Aufnahmeprüfung wird die Eignung zu einem Studium an  
1096 einer Hochschule festgestellt. Die „Offene Hochschule Niedersachsen“ soll  
1097 niedersachsenweit ausgebaut und angeboten werden.

1098

1099

1100

1101

1102

1103

## 1104 **V. Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

1105 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Männer und Frauen ein wichtiges Anliegen.  
 1106 Es ist Sache von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, die  
 1107 die Betreuung von Kindern oder die Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger erleichtern.  
 1108 Eltern sollen selbst entscheiden können, wie sie die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder  
 1109 organisieren. Der Staat muss die Voraussetzungen dafür schaffen, damit Eltern diese  
 1110 Wahlfreiheit auch tatsächlich ausüben können. Dazu gehört, dass der Staat mit dem Ausbau  
 1111 von Betreuungsplätzen und der Ausbildung von Tagesmüttern und -vätern die Voraussetzung  
 1112 schafft, Arbeit und Familie zu vereinbaren. Nur ein ausreichendes Angebot an  
 1113 Betreuungsplätzen sichert eine echte Wahlfreiheit der Eltern.

1114 Dabei setzt die FDP Niedersachsen auf ein vielfältiges Angebot der verschiedenen Träger  
 1115 und Anbieter im Bereich der Krippenplätze. Die Landesregierung hat mit der „Investition  
 1116 Kinderbetreuung U 3“ finanzielle Fördermaßnahmen ergriffen, um den  
 1117 Betreuungsplatzausbau in Niedersachsen voranzutreiben. Dieser Weg muss weiter  
 1118 gegangen werden, damit der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder  
 1119 unter drei Jahren gewährleistet werden kann. Dabei sind alle potenziellen Träger gleich zu  
 1120 behandeln. Auch Betreuungsplätze in den Kindertagesstätten (bis sechs Jahre) und für  
 1121 Kinder in der Grundschule dürfen dabei nicht aus dem Auge verloren werden. Diese sind für  
 1122 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso wichtig wie ein umfangreiches  
 1123 Betreuungsangebot der unter Dreijährigen.

1124 Die FDP setzt sich dafür ein:

- 1125 - dass die für das Betreuungsgeld vorgesehenen Bundesmittel für den Ausbau von  
 1126 Krippen und Betreuungsplätzen vorgesehen werden;
- 1127 - dass der Ausbau der Bildungs- und Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren  
 1128 und der Ausbau der Tagespflege/Tagesmütter noch weiter intensiviert wird;
- 1129 - dass zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden, bis der Bedarf an  
 1130 Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren gedeckt ist;
- 1131 - dass Betriebskindergärten und private Träger bei der Investitions- und  
 1132 Betriebskostenförderung mit den öffentlichen und freien Trägern gleichgestellt  
 1133 werden;
- 1134 - den Ausbau von Ganztagschulen und Hortplätzen weiter voranzubringen und die  
 1135 Öffnungszeiten insbesondere in öffentlichen Einrichtungen zu flexibilisieren;  
 1136 Zertifizierungen von familienfreundlichen Unternehmen voranzutreiben und somit für  
 1137 Unternehmen zusätzliche Anreize zu schaffen, familienfreundliche Maßnahmen zu  
 1138 ergreifen;
- 1139 - den Ausbau bedarfsgerechter, differenzierter, flexibler und verlässlicher  
 1140 Betreuungsangebote für alle Altersgruppen zu unterstützen; dabei soll die  
 1141 Finanzierung über ein Gutscheinmodell erfolgen;
- 1142 - innovative Konzepte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu  
 1143 unterstützen und die Unternehmen in Niedersachsen über geeignete Konzepte zu  
 1144 informieren.

## 1145 **Frühkindliche Bildung**

1146 Bildung fängt in den ersten Jahren an. Investitionen in frühe Bildung sind der Schlüssel für  
 1147 eine erfolgreiche Bildungslaufbahn. Wir haben deshalb das letzte KiTa-Jahr beitragsfrei  
 1148 gestellt. So sollen möglichst viele Kinder im Jahr vor der Einschulung eine KiTa besuchen  
 1149 und so optimal auf die Schule vorbereitet werden. Mit dem Brückenjahr KiTa-Grundschule,  
 1150 dem Projekt „KiTa und Grundschule unter einem Dach“, dem „Bewegten Kindergarten“ und  
 1151 der Einrichtung des Niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Entwicklung  
 1152 haben wir in den letzten Jahren wichtige Weichen für die frühe Bildung gestellt.

1153 Die FDP Niedersachsen setzt sich hierfür ein:

- 1154 - Den Besuch im Kindergarten für die Eltern langfristig beitragsfrei zu stellen.
- 1155 - Neben dem quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung ist es ebenso wichtig, die  
1156 Qualität der Betreuung weiter voranzubringen; wir wollen die Erzieherausbildung  
1157 weiter verbessern ohne eine Akademisierung dieses Ausbildungsberufes  
1158 herbeiführen zu wollen.
- 1159 - Wir wollen mit einer Kampagne für die elementarpädagogische Ausbildung an  
1160 Fachschulen und Hochschulen werben, um dem drohenden Fachkräftemangel  
1161 entgegenzuwirken. Darüber hinaus sollen derzeit nicht berufstätige Fachkräfte  
1162 reaktiviert oder nachqualifiziert werden.
- 1163 - Weiterbildung ist ein zentraler Schlüssel für die weitere Professionalisierung und  
1164 Qualitätsentwicklung in Kitas. Aktuelle Themenschwerpunkte für eine  
1165 Weiterbildungskampagne sind die Sprachförderung, der U3-Bereich und der  
1166 Übergang Kita-Grundschule.
- 1167 - Der Besuch des Kindergartens hilft, Chancengerechtigkeit am Start herzustellen und  
1168 die Kinder optimal auf die Schule vorzubereiten; es ist wichtig, dass möglichst viele  
1169 Kinder im Jahr vor der Einschulung einen Kindergarten besuchen.
- 1170 - Weiterbildung ist ein zentraler Schlüssel für die weitere Professionalisierung und  
1171 Qualitätsentwicklung in den Kitas; deshalb setzt sich die FDP Niedersachsen für eine  
1172 landesweite Fortbildungsinitiative des Fachpersonals ein.
- 1173 - Das Modellprojekt „Brückenjahr“ bereitet die Kindergartenkinder optimal auf den  
1174 Übergang vom Kindergarten in die Grundschule vor; die FDP Niedersachsen setzt  
1175 sich dafür ein, das „Brückenjahr“ fortzusetzen und nachhaltig zu etablieren.
- 1176 - Das Land legt eine Imagekampagne zur Gewinnung von Fachkräften, insbesondere  
1177 Männer, für Erziehungsberufe auf.

1178

1179

1180

1181

1182

1183

1184

1185

1186

1187

1188

1189

1190

1191

## 1192 **VI. Wissenschaft und Forschung**

### 1193 **Hochschulen**

1194 Kernaufgaben der Hochschulen sind Forschung und Lehre. Wissenschaft und Forschung  
 1195 sind notwendige und unersetzliche Impulsgeber für die Zukunftsgestaltung: Innovation  
 1196 verbessert die Wettbewerbsfähigkeit, Qualifikation bringt Wertschöpfung. Hochschulen  
 1197 schaffen und vermitteln Wissen. Sie sind integraler Bestandteil der Bildung und Ausbildung  
 1198 von Menschen. In einer differenzierten Hochschullandschaft sollen Universitäten,  
 1199 Fachhochschulen und Berufsakademien jeweils ihren eigenen Platz und die Möglichkeit zur  
 1200 Profilierung haben. Eine Gleichmacherei der unterschiedlichen Institutionen ist nicht  
 1201 zielführend. Hochschulen leisten zunehmend wichtige Arbeit bei der Verwirklichung des  
 1202 lebenslangen Lernens. Sie müssen sich deshalb verstärkt Schulen, Fort- und  
 1203 Weiterbildungseinrichtungen sowie Einrichtungen der Erwachsenenbildung öffnen und mit  
 1204 der nötigen Transparenz über ihr Profil und die möglichen Zusatzqualifikationen und  
 1205 Perspektiven sowie den Mehrwert für die weitere berufliche Qualifikation darstellen. Die  
 1206 Hochschulen sollen auch weiterhin beruflich qualifizierten Menschen ohne klassische  
 1207 Hochschulzugangsberechtigung offen stehen. Die Hochschulen sollen familiengerechte und  
 1208 berufs begleitende Studienmöglichkeiten anbieten – besonders für Studierende an der  
 1209 Offenen Hochschule ist das unerlässlich. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden,  
 1210 Familie und Studium besser miteinander vereinbar zu machen. Dies gilt sowohl im Hinblick  
 1211 auf junge Eltern für die Kinderbetreuung, als auch im Hinblick auf die Pflege von  
 1212 Angehörigen.

### 1213 **Hochschulfreiheit**

1214 Wir bekennen uns zur Hochschulautonomie. Je mehr Hochschulen ihre Angelegenheiten in  
 1215 eigener Verantwortung regeln können, desto freier und erfolgreicher können sich Forschung  
 1216 und Lehre entwickeln. Das Land garantiert die Eigenständigkeit von Hochschulen durch eine  
 1217 solide Finanzierung und gibt Anreize für eine finanzielle und strukturelle Unabhängigkeit.  
 1218 Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen schreiben die wichtigsten  
 1219 Ziele fest.

- 1220 - Die Eigenständigkeit und Selbstverwaltung an Hochschulen soll weiter gestärkt  
 1221 werden; die FDP Niedersachsen setzt sich weiterhin dafür ein, die Aufsicht des  
 1222 Landes auf die reine Rechtsaufsicht zu beschränken und auf die Fachaufsicht zu  
 1223 verzichten.
- 1224 - Den Hochschulen sollen das uneingeschränkte Berufungsrecht für Professorinnen  
 1225 und Professoren, die Dienstherreneigenschaft und die Bauherreneigenschaft  
 1226 übertragen werden.
- 1227 - Die Erhöhung von Professorenstellen soll zudem zukünftig nicht zwingend mit einer  
 1228 höheren Zulassungszahl einhergehen. Vielmehr sollte die Betreuungsquote deutlich  
 1229 verbessert werden und die Finanzierung weiterer Professorenstellen aus  
 1230 Studienbeiträgen möglich sein.

### 1231 **Gleichstellung von Hochschuleinrichtungen**

1232 Der Wettbewerb um das beste Bildungsangebot an Hochschulen erfordert ein  
 1233 Nebeneinander von staatlichen und privaten Bildungsanbietern.

- 1234 - Die FDP Niedersachsen will überzogene gesetzliche Hürden bei privaten  
 1235 Hochschulen abschaffen.
- 1236 - Private Hochschulen sollen ihre Akkreditierungsagenturen selbstständig auswählen  
 1237 können, sofern diese staatlich bestimmte Mindestauflagen erfüllen.

1238

## 1239 **Forschung**

1240 Erkenntnisse über die Entwicklung unserer Gesellschaft und die Gesetzmäßigkeiten der  
 1241 Natur helfen uns, Lösungen für die Zukunft zu finden. Die sich verändernde  
 1242 Bevölkerungsstruktur, neue oder bislang unheilbare Krankheiten oder endliche Energie und  
 1243 Rohstoffressourcen sind aktuelle Probleme, auf die Forschung und neue Technologien  
 1244 Antworten geben können.

1245 - Die FDP Niedersachsen tritt für Freiheit und Unabhängigkeit in der Forschung ein;  
 1246 jeder Versuch ideologisch motivierter Einflussnahme wird abgelehnt.

1247 - Forschungsergebnisse, die überwiegend durch die Förderung mit öffentlichen  
 1248 Geldern ermöglicht wurden, sollen möglichst frei verfügbar gemacht oder mindestens  
 1249 anderen niedersächsischen Forschungsprojekten zur Verfügung gestellt werden. Die  
 1250 Bedeutung der Forschung auch als Standortfaktor und zur Sicherung von  
 1251 Beschäftigung wird künftig verstärkt kommuniziert.

1252 - Forschungseinrichtungen in Niedersachsen beleben die Hochschulen und die  
 1253 Standorte; der Verbleib und die Neuansiedlung von Forschungseinrichtungen sind  
 1254 aus wissenschafts- und auch wirtschaftspolitischer Sicht für Niedersachsen wichtig;  
 1255 Die Gründung von Wissenschaftsverbänden, Anwendungszentren und  
 1256 Wissenschafts-Parks soll daher gefördert werden.

## 1257 **Stipendien und Anerkennung von Abschlüssen**

1258 Das Deutschlandstipendium ist erfolgreich gestartet, soll aber weiter verbessert werden.

1259 - Wir wollen für Studiengänge mit großem volkswirtschaftlichen Bedarf ein  
 1260 „Migrationsstipendium“ einführen; es soll mit einer anschließenden fünfjährigen  
 1261 Arbeitsverpflichtung in Deutschland belegt werden; das Stipendium soll Studierenden  
 1262 mit Migrationshintergrund aber auch deutschen Studierenden offen stehen.

1263 - Das Verfahren zur Anerkennung internationaler Universitäts- und  
 1264 Ausbildungsabschlüsse muss vereinfacht werden; wenn vergleichbare praktische und  
 1265 theoretische Qualifikationen vorliegen, sollen die Abschlüsse voll anerkannt werden.

## 1266 **Studienplatzvergabe**

1267 Universitäten und Hochschulen in Niedersachsen sollen sich ihre Studierenden aussuchen  
 1268 dürfen und umgekehrt können Studentinnen und Studenten sich ihre Hochschule auswählen.  
 1269 Die Hochschulen sollen die Zulassung ihrer Studierwilligen nach hochschuleigenen,  
 1270 fächerspezifischen Auswahlverfahren selbst regeln. Das Hochschulzulassungsgesetz ist ein  
 1271 Schritt in die richtige Richtung.

1272 - Die Hochschulen sollen auch personell in die Lage versetzt werden, auf die  
 1273 Studiennachfrage flexibel zu reagieren; die FDP Niedersachsen will daher die  
 1274 Aufnahmekapazitätsregelungen flexibilisieren und um Aspekte der Qualität sowie des  
 1275 Leistungsniveaus ergänzen.

1276 - Nach dem Prinzip „Geld folgt Student“ soll ein staatlicher Anteil der Hochschullehre  
 1277 nach Anzahl der Studierenden und Absolventen finanziert werden.

## 1278 **Studienorganisation**

1279 Die Organisation des Studiums soll soweit wie möglich der eigenverantwortlichen  
 1280 Organisation der Hochschulen überlassen werden. Dabei muss jedoch das Land  
 1281 sicherstellen, dass die bestmögliche Ausbildung der Studierenden gewährleistet ist. Daher  
 1282 wird sich die FDP Niedersachsen dafür einsetzen, dass in den Zielvereinbarungen zwischen  
 1283 dem Land und den Hochschulen nicht nur Forschung und Lehre als gleichberechtigte  
 1284 Aufgabenfelder der Hochschulen behandelt werden. Gleichzeitig müssen sich die  
 1285 Hochschulen auch noch stärker als Dienstleister verstehen, die um die bestmöglichen

1286 Studierenden konkurrieren, indem sie ihnen die bestmögliche Ausbildung anbieten. Die  
 1287 Aktivität sowie Attraktivität deutscher Hochschulen für ausländische Studierende muss erhöht  
 1288 werden.

1289 Dazu gehört im Einzelnen für uns:

- 1290 - Ausbau der Verbindungen zwischen Hochschulen und Praxis durch eine vermehrte  
 1291 Schaffung dualer Studiengänge auch an staatlichen Hochschulen;
- 1292 - Ausbau der Berufsberatung, die sich künftig auch um eine aktive Vermittlung der  
 1293 Studenten auf konkrete Einstiegsstellen bemühen muss;
- 1294 - verbesserte Übertragbarkeit von Studienleistungen zwischen einzelnen Hochschulen,  
 1295 egal ob in- oder ausländisch, auch zwischen verwandten Studiengängen und auch  
 1296 bei solchen, die nicht dem Bologna-System folgen, etwa Rechtswissenschaften;
- 1297 - es wird geprüft, inwieweit der weltweit anerkannte Titel Diplom wieder genutzt werden  
 1298 kann, etwa als ergänzende Bezeichnung für bestimmte Masterabschlüsse.

### 1299 **Studienbeiträge**

1300 Mit der Einführung von Studienbeiträgen hat Niedersachsen Weitsicht für die nachhaltige  
 1301 Finanzierung von Hochschulen bewiesen. Die Studienbeiträge müssen erst nach Abschluss  
 1302 des Studiums zurückgezahlt werden. Damit ist es auch Studierenden aus finanziell  
 1303 schwächeren Familien möglich, ein Studium aufzunehmen. Durch ein Studium steigt die  
 1304 Chance, einen Beruf ergreifen zu können, in dem man überdurchschnittlich gut verdient. Die  
 1305 Studierenden an den Kosten ihrer Ausbildung zu beteiligen – so wie es zum Beispiel auch  
 1306 bei der Meisterausbildung üblich ist – ist daher sozial verträglich und sozial geboten.

1307 Die Studienbeiträge haben sich für die niedersächsische Hochschullandschaft und die  
 1308 Studierenden bewährt. Die Lehre konnte deutlich verbessert werden. Die Studierenden  
 1309 profitieren von zusätzlichem Personal, längeren Bibliotheksöffnungszeiten, mehr Tutorien  
 1310 und einer individuelleren Betreuung.

- 1311 - Die FDP setzt sich dafür ein, dieses erfolgreiche System im Sinne der Studierenden  
 1312 und Hochschulen dynamisch weiterzuentwickeln; deshalb wollen wir, dass jede  
 1313 Hochschule individuell und eigenständig je nach Studienfach bis zu einer bestimmten  
 1314 Höchstgrenze über die Höhe der Beiträge entscheiden kann.
- 1315 - Die Hochschulen entscheiden gemeinsam mit den Studierenden über die  
 1316 Verwendung der Studienbeiträge.
- 1317 - Die Hochschulen sollen die Verwendung der Studienbeiträge transparent darstellen.
- 1318 - Die Lehre soll internationaler werden, internationale Studiengänge sind zu fördern.

1319

1320

1321

1322

1323

1324

1325



## 1326 VII. Soziales und Gesundheit

### 1327 Selbstbestimmung wahren und Teilhabe ermöglichen

1328 In Niedersachsen kann jeder sozial abgesichert leben. Das soll auch in Zukunft so sein.  
1329 Besonders wichtig ist es, die Selbstbestimmung jedes Einzelnen sowohl in alltäglichen als  
1330 auch in besonderen Lebenslagen zu ermöglichen und zu respektieren.

1331 Daher setzt sich die FDP Niedersachsen dafür ein, dass:

- 1332 - die Menschen in den niedersächsischen Gemeinden und Städten unabhängig von  
1333 ihrem Unterstützungsbedarf möglichst selbstbestimmt und barrierefrei im Sinne einer  
1334 inklusiven Sozialraumgestaltung leben können;
- 1335 - Menschen mit Behinderungen ihre Unterstützungsangebote selbst wählen und  
1336 gestalten können; dazu gehört, dass viele niedersächsische Verwaltungen ihre  
1337 Sichtweise ändern und weitaus stärker die Möglichkeiten des persönlichen Budgets  
1338 sowie des Budgets für Arbeit nutzen; alle Angebote sollen darauf ausgerichtet sein,  
1339 ein möglichst selbstständiges Leben mit Teilhabe in allen Lebensbereichen gestalten  
1340 zu können;
- 1341 - die Mittel aus der Ausgleichsabgabe zur finanziellen Förderung von Betrieben  
1342 einzusetzen sind, die Menschen mit Behinderungen einstellen und ihnen die Aussicht  
1343 auf eine dauerhafte Beschäftigung und damit auf ein selbstbestimmtes und  
1344 eigenverantwortliches Leben ermöglichen;
- 1345 - für Personen mit Lernschwäche, Lernbeeinträchtigung oder Lernbehinderung eine  
1346 Modularisierung der Ausbildung mit Teilabschlüssen ermöglicht wird;
- 1347 - die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter gefördert wird; dazu gehört der rasche  
1348 Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und dass sich die Öffnungszeiten der  
1349 Einrichtungen der Nachfrage anpassen;
- 1350 - der Übergang vom Lebensabschnitt der Berufstätigkeit in den Ruhestand  
1351 selbstbestimmt und vielfältig, beispielsweise mit Teilzeitmodellen und der Aufhebung  
1352 starrer Altersgrenzen gestaltet werden kann.

### 1353 Prävention so früh wie möglich

1354 Gesundheitliche und soziale Störungen sind häufig eng miteinander verknüpft.  
1355 Krankheitstage und Berufsunfähigkeit verursachen Produktivitätseinbußen.  
1356 Präventionsmaßnahmen sind generell umso wirkungsvoller und wirtschaftlicher, je früher sie  
1357 einsetzt.

1358 Daher will die FDP Niedersachsen erreichen, dass:

- 1359 - die Ausbildung und der Einsatz von Familien-Hebammen weiter ausgebaut wird;
- 1360 - zusätzliche Vorsorgeuntersuchungen von Kinderärzten in Schulen durchgeführt  
1361 werden;
- 1362 - soziale und pädagogische Einrichtungen im Hinblick auf gesundheitliche Aufklärung  
1363 und Motivation zu aktiver Eigenverantwortung noch wirksamer verknüpft werden;
- 1364 - durch Kampagnen und mit praktischen Beispiele für gesundheitsförderliche und  
1365 alternsgerechte Arbeitsgestaltung und Mitarbeiterführung geworben wird;
- 1366 - Forschungen zur Wirksamkeit und Qualitätssicherung von Präventionsmaßnahmen in  
1367 verschiedenen Lebensbereichen gefördert werden.

1368

1369

## 1370 **Sichere Versorgung in der Fläche**

1371 Für die ärztliche und pflegerische Versorgung außerhalb von Ballungszentren haben wir  
 1372 große Herausforderungen zu bestehen. Sowohl die hausärztliche als auch die fachärztliche  
 1373 Versorgung sowie die ambulante Pflege müssen allen Niedersachsen in zumutbarer  
 1374 zeitlicher und räumlicher Entfernung zur Verfügung stehen. Voraussetzung ist, dass die  
 1375 ärztliche und pflegerische Tätigkeit von den Bürokratielasten befreit wird, die heute viele  
 1376 Berufsangehörige daran hindern, sich für eine selbstständige Arbeit zu entscheiden.

1377 Daher setzt die FDP Niedersachsen sich dafür ein, dass:

- 1378 - sich die „sprechende Medizin“ in Niedersachsen weiter verbreitet; dazu gehört, dass  
 1379 die ärztliche Selbstverwaltung die Chancen nutzt, die ihr durch eine liberale  
 1380 Gesundheitspolitik eingeräumt wurden;
- 1381 - die ärztliche Selbstverwaltung und die Krankenkassen alle Möglichkeiten nutzen, um  
 1382 Haus- und Fachärzte für die Arbeit auch außerhalb von den großen Städten zu  
 1383 interessieren; dazu gehört auch die Unterstützung durch die Kommunen und Kreise;  
 1384 z. B. durch Vergabe kommunaler Stipendien;
- 1385 - die wohnortnahe Grundversorgung in Krankenhäusern gewährleistet bleibt;
- 1386 - die stationäre Versorgung für Krankheitsbilder, deren Behandlung das  
 1387 Zusammenwirken mehrere hochspezialisierter Mediziner erfordert, durch  
 1388 Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern und eine  
 1389 zeitgemäße Ausstattung sowie Weiterentwicklung der Telemedizin qualitativ weiter  
 1390 verbessert wird;
- 1391 - sich in allen Teilen Niedersachsens Hygienenetze zur Verminderung der Risiken  
 1392 aus multiresistenten Keimen bilden; in den Netzwerken wirken Gesundheitsämter,  
 1393 niedergelassene Ärzte und stationäre Einrichtungen wie Krankenhäuser und  
 1394 Pflegeheime zusammen;
- 1395 - die äußerst unterschiedliche Versorgung mit Leistungen der Psychiatrie,  
 1396 insbesondere im ländlichen Raum, ausgeglichen wird; die FDP setzt sich für eine  
 1397 Weiterentwicklung des Psychisch-Kranken-Gesetz (PsychKG) unter dem  
 1398 Gesichtspunkt der besseren Verzahnung der Sektoren und der Verbesserung der  
 1399 niedrigschwelligen Angebote, insbesondere der Prävention, ein; in diesem  
 1400 Zusammenhang wollen wir die Abstimmung zwischen den Aufsichtspflichten der  
 1401 Medizinischen Dienste der Krankenkassen, der Heimaufsichten und der  
 1402 Besuchskommission neu ordnen, rechtliche Zuständigkeiten klären und die  
 1403 Belastungen für die zu prüfenden Einrichtungen vermindern;
- 1404 - die Situation der Hebammen soll gestärkt werden, denn sie sind für Schwangere und  
 1405 gebärende Frauen sowie für die Nachsorge eine unverzichtbare Stütze; das System  
 1406 der Familienhebammen ist auszubauen.

## 1407 **Sichere pflegerische Versorgung**

1408 Die FDP Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass:

- 1409 - die bürokratischen Anforderungen an Pflegeeinrichtungen deutlich zurückgeschraubt  
 1410 werden und die Eigenverantwortung der professionell Pflegenden stärker respektiert  
 1411 wird;
- 1412 - die Kranken- und Pflegekassen zukunftsorientierter als bisher über Anträge der  
 1413 Versicherten entscheiden; dazu gehört, dass Leistungen, die Krankheit und Pflege  
 1414 verhindern oder aufschieben können, einfacher und schneller als bisher genehmigt  
 1415 werden;
- 1416 - Pflegenden Angehörige durch ein zuverlässiges Angebot an Kurzzeitpflege sowie  
 1417 Tagespflege Unterstützung und Entlastung finden;

- 1418 - Wohnformen für Menschen mit sich abzeichnendem oder mit gegebenem  
1419 Pflegebedarf gestärkt werden, die ein hohes Maß an Selbstbestimmung ermöglichen.  
1420

#### 1421 **Eine aktive Bürgergesellschaft fördern und Engagement stärken**

1422 Bürgerschaftliches Engagement ist für Liberale gelebte Beteiligung und Ausdruck einer  
1423 aktiven Bürgergesellschaft, bei der Menschen für sich und andere Verantwortung  
1424 übernehmen. Ohne das Engagement der Bürgerinnen und Bürger beispielsweise im Sport,  
1425 der Kultur oder dem Sozialen wäre unsere Gesellschaft um vieles ärmer. Deswegen wollen  
1426 wir das Bürgerschaftliche Engagement in Niedersachsen weiter stärken und fördern.

1427 Von 1999 bis 2009 ist die Engagementquote in Niedersachsen um 10 Prozent auf 41  
1428 Prozent gestiegen; damit liegt Niedersachsen an der Bundesspitze. Der große Erfolg der  
1429 Freiwilligendienste nach Aussetzung der Wehrpflicht und des Zivildienstes zeigt außerdem  
1430 die hohe Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich freiwillig zu engagieren. Wir sind uns  
1431 dabei der besonderen Verantwortung des Landes Niedersachsen für den Ausbau und die  
1432 Entwicklung der Jugendfreiwilligendienste (Freiwilliges Soziales und Ökologisches Jahr)  
1433 bewusst.

1434 Aber auch Seniorinnen und Senioren sind vielfach bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren  
1435 oder tun dies bereits. Gerade intergenerative Engagementformen, bei denen junge und  
1436 ältere Menschen ihre Erfahrungen, Stärken und ihr Engagement für die jeweils andere  
1437 Generation einbringen, sind ein besonderer Schlüssel zur Überwindung der  
1438 Herausforderungen und zur Nutzung der Chancen des demografischen Wandels.

1439 Gleichmaßen gilt es, das Potenzial des Bürgerschaftlichen Engagements zur Förderung  
1440 von Integration stärker in den Blick zu nehmen und kulturübergreifendes Engagement zu  
1441 fördern.

1442 Deswegen fordert die FDP Niedersachsen:

- 1443 - Die Anerkennungskultur von Bürgerschaftlichem Engagement in Niedersachsen zu  
1444 stärken und dabei gezielt Projekte zur Stärkung einer lebendigen Anerkennungskultur  
1445 vor Ort zu fördern.
- 1446 - Im Sinne einer Anerkennungskultur für das Engagement Jugendlicher eine stärkere  
1447 Verzahnung der Vergünstigungen für die Ehrenamtskarte, den  
1448 Freiwilligendienstausweisen und der Juleica (Jugendleitercard) zu erreichen.
- 1449 - Die Gründung von Sozialunternehmen in Niedersachsen zu unterstützen.
- 1450 - Die Beseitigung unnötiger bürokratischer Hürden für Bürgerschaftliches Engagement.
- 1451 - Eine gezielte Analyse erfolgsversprechender Modelle anderer Bundesländer mit dem  
1452 Fokus auf interkulturelle und intergenerative Engagementprojekte.
- 1453 - Einen gezielten Ausbau der Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ.
- 1454 - Eine bessere Vernetzung des Freiwilligenservers mit allen relevanten Akteuren, wie  
1455 Trägern der Jugendfreiwilligendienste, dem für den Bundesfreiwilligendienst  
1456 verantwortlichen BAFzA (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben)  
1457 und weiteren Stellen auf Landes- wie Bundesebene.
- 1458 - Angebote/Tauschbörsen zum Austausch von ehrenamtlich erbrachten Leistungen wie  
1459 Nachhilfeunterricht oder Einkaufshilfen besser bekannt zu machen.
- 1460 - Bei den Vergabekriterien für die Niedersächsische Landesmedaille sowie den  
1461 Niedersächsischen Staatspreis bürgerschaftliches ehrenamtliches Engagement  
1462 aufzunehmen und bei Preisvergabe zukünftig stärker zu berücksichtigen.
- 1463 - Soziale Einrichtungen und öffentliche Stellen in regionalen Netzwerken verstärkte  
1464 Kooperationen eingehen, um einen gegenseitigen Informationsaustausch zu  
1465 gewährleisten und Synergieeffekte zu nutzen.

## 1466 **Der demografische Wandel: Chancen erkennen und Herausforderungen meistern**

1467 Es gibt immer mehr Menschen, die auch in fortgeschrittenem Alter aktiv und leistungsfähig  
1468 sind und ihre Erfahrungen und Kompetenzen einsetzen und erweitern wollen. Zugleich  
1469 zeichnet sich ab, dass in vielen Berufen künftig Fachkräfte fehlen werden.

1470  
1471 Die FDP Niedersachsen fordert daher:

- 1472 - den Wegfall aller Altersgrenzen für Arbeit und den Aufbau eines Altersmanagement  
1473 in den Unternehmen, d.h. persönliches Training und individuelle Förderung älterer  
1474 Mitarbeiter;
- 1475 - die staatliche Förderung der Altersteilzeit abzuschaffen, flexible Renteneintrittsalter  
1476 und höhere Hinzuverdienstgrenzen für Rentner;
- 1477 - den Ausbau des lebenslangen Lernens;
- 1478 - neue quartiersbezogene Wohnkonzepte für generationenübergreifendes  
1479 Zusammenleben und Selbsthilfegruppen sowie die Förderung von  
1480 Hausnotrufsystemen;
- 1481 - die vorhandenen Modelle für Gesundheitsprävention und Arbeitsmedizin weiter zu  
1482 entwickeln und die Forschung für Gerontologie, Geriatrie, Alterspsychologie und  
1483 Alterspharmazie weiter zu fördern;
- 1484 - bei allen politischen Entscheidungen vorausschauend darzustellen, welche  
1485 Auswirkungen sich bezüglich des Demografieaufbaus ergeben.  
1486

## 1487 **Tatsächliche Gleichstellung weiterentwickeln**

1488 Noch immer sind die Chancen und die Entlohnung in der Berufswelt zwischen Frauen und  
1489 Männern nicht gleich verteilt. Die FDP steht für eine Politik der fairen Chancen für beide  
1490 Geschlechter ein. Darüber hinaus setzt sich die FDP Niedersachsen für eine moderne  
1491 Frauen- und Familienpolitik ein, die sich nicht mehr ausschließlich nur um Frauen kümmert,  
1492 sondern auch Männer aktiv mit einbezieht. Dies umfasst auch und nicht zuletzt die Erhöhung  
1493 der Akzeptanz innerhalb der Gesellschaft für die Entscheidung von Männern sich ebenso um  
1494 die Kindererziehung zu kümmern, Elterngeld in Anspruch zu nehmen und pflegebedürftige  
1495 Angehörige zu versorgen.

1496 Wir werden uns dafür einsetzen, dass:

- 1497 - Die Entscheidung für Familie nicht zugleich eine Entscheidung gegen eine  
1498 Fortsetzung beruflicher Weiterentwicklung ist;
- 1499 - auf allen Ebenen beruflicher Verantwortung gleiche Entwicklungschancen für Frauen  
1500 und Männer gegeben sind;
- 1501 - in der Gesundheitsforschung die Ansätze zu geschlechtsbezogenen  
1502 Gesundheitsrisiken gestärkt werden;
- 1503 - Schulerfolg nicht durch das Geschlecht signifikant beeinflusst wird;
- 1504 - Präventionskonzepte zu Drogenkonsum und Kriminalität auf ihre  
1505 geschlechterbezogene Wirksamkeit überprüft und bedarfsgerecht weiterentwickelt  
1506 werden;
- 1507 - der Aktionsplan des Landes Niedersachsen zur Bekämpfung der (häuslichen) Gewalt  
1508 gegen Frauen engagiert fortgesetzt wird;
- 1509 - Gleichstellung von einer Frauenaufgabe zu einer geschlechterübergreifenden  
1510 Aufgabe weiterentwickelt werden; dazu gehört, dass Gleichstellungsbeauftragte auch  
1511 männlichen Geschlechtes sein dürfen.

1512 **Armutbekämpfung**

1513 Niedersachsen hat eine reiche Landschaft an Unterstützungsangeboten für Menschen in  
 1514 schwierigen Lebenssituationen. Zusätzlich zum Schul-, Weiterbildungs- und  
 1515 Berufsausbildungssystem halten unterschiedlichste Träger mit Unterstützung des Landes  
 1516 Angebote zur Wiederaufnahme geregelter Lebensabläufe, zur nachträglichen  
 1517 Alphabetisierung, zum Erwerb von Schulabschlüssen und zum Einstieg in die  
 1518 Erwerbstätigkeit an. Damit bietet Niedersachsen effektive Angebote, auch aus Notsituationen  
 1519 und Armut in ein selbstbestimmtes Leben und eigene Erwerbstätigkeit hineinzufinden.

1520 Die FDP Niedersachsen setzt sich dafür ein:

- 1521 - Armutsrisiken zu identifizieren und ihnen durch Entwicklung fairer Chancen  
 1522 entgegenzuwirken;
- 1523 - dass Jugendhilfe und Schulen stärkere Kooperation anstreben, um die gemeinsame  
 1524 Sozialarbeit zu bündeln und jungen Menschen frühzeitige, umfassende  
 1525 Hilfestellungen geben zu können;
- 1526 - umfassende Angebote zur Aufnahme geregelter Lebensführung und zur Beratung bei  
 1527 Armut, Sucht oder Krankheit zu gewährleisten;
- 1528 - die Möglichkeit zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen zu gewährleisten;
- 1529 - durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere Altersarmut  
 1530 von Frauen vorzubeugen.

1531

1532

1533

1534

1535

1536

1537

1538

1539

1540

1541

1542

1543

1544

1545

1546

1547

1548 **VIII. Landwirtschaft, Ernährung,**  
 1549 **Verbraucherschutz und ländlicher Raum**

1550 Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz in und für Niedersachsen sind drei  
 1551 vielschichtige Themen die, eingebettet in die Soziale Marktwirtschaft, untrennbar miteinander  
 1552 verbunden und von zentraler Bedeutung sind. Niedersachsen ist mit seiner Land- und  
 1553 Ernährungswirtschaft das bedeutendste Agrarland in Deutschland und setzt daher in vielen  
 1554 Bereichen bundesweit Maßstäbe. Damit dies so bleibt, ist ein ständiger Anpassungsprozess  
 1555 durch Innovation, Qualifikation und Wettbewerb aber auch der Schutz von privatem  
 1556 Eigentum durch Freiheit in Verantwortung erforderlich.

1557 **Ernährung und Verbraucherschutz**

1558 Für Liberale stehen Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt der Verbraucherpolitik. Um  
 1559 souveräne Entscheidungen treffen zu können, müssen ausreichend Informationen über  
 1560 Produkte und deren Eigenschaften bekannt sein. Die Vermittlung der notwendigen  
 1561 Verbraucherkompetenz, die Stärkung des Verbrauchers am Markt durch eine effiziente  
 1562 Rechtsdurchsetzung und der Abbau bürokratischer Hürden stärken Bürgerinnen und Bürger.  
 1563 Transparenz und Gefahrenabwehr sind die Mittel für einen effektiven Verbraucherschutz. Die  
 1564 Ernährungswirtschaft in Niedersachsen ist, nach der Automobilindustrie, unser wichtigster  
 1565 Wirtschaftsfaktor. Die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Lebensmitteln aus  
 1566 Niedersachsen ist ungebrochen. Wir tragen durch Produktion, Verarbeitung und Veredelung  
 1567 erheblich zur Ernährung der Bevölkerung mit gesunden und hochwertigen Lebensmitteln bei  
 1568 und erzielen dabei eine hohe Wertschöpfung in Niedersachsen.

1569 Die FDP Niedersachsen fordert:

- 1570 - die Informationsmöglichkeiten für Verbraucher weiter zu verbessern, um der  
 1571 zunehmenden Komplexität der Märkte begegnen zu können;
- 1572 - bei Gesetzgebungsverfahren einen „Verbrauchercheck“ durchzuführen, um  
 1573 verbraucherfeindliche Regulierungen zu vermeiden;
- 1574 - den Verbraucherrechtsschutz und dessen Durchsetzung durch geeignete Instrumente  
 1575 zu stärken;
- 1576 - die Erhöhung der Verbrauchersicherheit durch eine effiziente Marktüberwachung zu  
 1577 gewährleisten;
- 1578 - die Sicherheit und nachhaltige Produktion von Lebensmitteln durch  
 1579 Forschungsvorhaben weiter zu entwickeln;
- 1580 - Lebensmittelinformationen zu vereinheitlichen und verbraucherfreundlicher zu  
 1581 gestalten;
- 1582 - eine Prozesskennzeichnung für alle Produkte einzuführen, bei denen gentechnische  
 1583 Verfahren Anwendung finden;
- 1584 - die Entwicklung eines Tierschutzlabels voranzutreiben, damit Verbraucher über das  
 1585 Tierwohl in der Nutztierhaltung mitbestimmen können.

1586 **Landwirtschaft und ländlicher Raum**

1587 Liberale Agrarpolitik fördert den ländlichen Raum und eine mittelständische  
 1588 unternehmerische Land- und Ernährungswirtschaft gleichermaßen. Aus unserer Sicht ist eine  
 1589 wettbewerbsfähige, effiziente und moderne Landwirtschaft, die sich an den Prinzipien der  
 1590 Sozialen Marktwirtschaft und der Nachhaltigkeit orientiert, hierfür unabdingbar. Veränderte  
 1591 Produktionsbedingungen, technologischer Fortschritt und hohe gesellschaftliche  
 1592 Erwartungen stellen sehr hohe Ansprüche an die Agrar- und Ernährungswirtschaft. Landwirte  
 1593 benötigen deshalb Handlungsfreiheit bei klaren und verlässlichen Rahmenbedingungen. Es  
 1594 ist hierbei unerheblich, ob es sich um einen konventionell oder um einen ökologisch

1595 wirtschaftenden, um einen Haupterwerbs- oder Nebenerwerbsbetrieb handelt. Aus Sicht der  
 1596 FDP Niedersachsen muss sich auch die Agrar-Politik der Europäischen Union künftig mehr  
 1597 am Markt orientieren.

1598 Bei der Umsetzung der neuen GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) ab 2014 müssen die  
 1599 Mitgliedsländer aufgrund der gravierenden strukturellen Unterschiede in der EU flexible  
 1600 Ausgestaltungsmöglichkeiten haben. Die EU-Forderung nach einem "Greening" als  
 1601 Ausgleich für die Prämienzahlungen wird nicht grundsätzlich abgelehnt, jedoch ist die  
 1602 Herausnahme von 7 % der Ackerfläche aus der Produktion für ökologische Vorrangflächen  
 1603 für Niedersachsen angesichts der Flächenknappheit nicht akzeptabel. Außerdem hält die  
 1604 FDP an ihrem Ziel des Vertragsnaturschutzes fest.

1605 Eine moderne Landwirtschaft orientiert sich an neuen Entwicklungen und am technischen  
 1606 Fortschritt und wissenschaftlichen Erkenntnissen. So sollen z. B. die Erkenntnisse aus dem  
 1607 niedersächsischen Tierschutzplan ebenso Anwendung finden wie die „Grüne Gentechnik“  
 1608 oder neueste Produktionsmethoden. Besondere Leistungen, die über das gesetzlich  
 1609 erforderliche Maß hinausgehen, werden über höhere Erlöse, wie z. B. bei Bio-Lebensmitteln  
 1610 oder dem Tierschutzlabel, freiwillig über den Verbraucher entlohnt. Eine moderne und  
 1611 nachhaltig wirtschaftende Landwirtschaft erzeugt umweltschonend und tierartengerecht  
 1612 Nahrungsmittel, Rohstoffe und energetische Ausgangsprodukte. Im besonderen Fall leistet  
 1613 sie ebenso wertvolle Beiträge für den Natur-, Landschafts-, Wasser- und Bodenschutz und  
 1614 somit auch für das Landschaftsbild und den ländlichen Tourismus. Die Inanspruchnahme  
 1615 landwirtschaftlicher Nutzflächen muss deutlich gebremst werden. Boden ist nicht vermehrbar  
 1616 und er dient auch allen nachfolgenden Generationen als Grundlage für land- und  
 1617 forstwirtschaftliche Produkte.

1618 Die FDP Niedersachsen fordert:

- 1619 - die Schaffung eines Netzwerkes zwischen Agrarforschung und Praxis;
- 1620 - die Forschungen im Bereich der „Grünen Gentechnik“ und auch der „Weißen  
 1621 Gentechnik“ zu intensivieren und die Debatte ideologiefrei zu führen;
- 1622 - die Stärkung einer effizienten, ressourcenschonenden unternehmerischen  
 1623 Landwirtschaft;
- 1624 - die Chancen der Direktvermarktung und Veredelung, insbesondere die weitere  
 1625 Etablierung regionaler Produkte, zu fördern;
- 1626 - die moderne Nutztierhaltung nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen  
 1627 tiergerecht fortzuentwickeln und europaweit zu etablieren;
- 1628 - die ständige Aufgabenkritik der Agrarverwaltung, damit Dienstleistungen und  
 1629 Erfordernisse regelmäßig angepasst werden können;
- 1630 - Naturschutzmaßnahmen kooperativ mit den Landwirten umzusetzen;
- 1631 - eine Vereinfachung und Deregulierung der Gemeinsamen Agrarpolitik der  
 1632 Europäischen Union;
- 1633 - den Erhalt des privilegierten Baurechts im Außenbereich für die Landwirtschaft;
- 1634 - den Schutz landwirtschaftlicher Nutzflächen stärker in der Raumplanung zu  
 1635 etablieren.

### 1636 **Forstwirtschaft**

1637 Die Forstwirtschaft in Niedersachsen ist eine Erfolgsgeschichte. Von den etwa 1,2 Millionen  
 1638 Hektar Waldfläche sind fast 60 Prozent in der Hand der Bürgerinnen und Bürger. Trotz  
 1639 steigender Holznachfrage werden zurzeit in den Privatwäldern Holzzuwächse und  
 1640 Holzreserven, durch eine nachhaltige Bewirtschaftung, erzielt. Der Landeswald unterliegt seit  
 1641 vielen Jahren einer langfristigen ökologischen Waldentwicklung (Löwe), so dass eine  
 1642 nachhaltige und naturnahe Waldwirtschaft mit den ökonomischen Erfordernissen verbunden

1643 wurde. Durch die Umwandlung der niedersächsischen Landesforste in eine Anstalt  
 1644 öffentlichen Rechts werden zurzeit im Bereich der Holznutzung Gewinne erzielt. Die Fakten  
 1645 und Zahlen belegen, dass sowohl die Landesregierung als auch die Privatwaldbesitzer  
 1646 vernünftig und nachhaltig im Interesse der Allgemeinheit mit dem niedersächsischen Wald  
 1647 umgehen.

1648 Die FDP Niedersachsen fordert:

- 1649 - keine Windkraftanlagen in den niedersächsischen Wäldern;
- 1650 - privaten Waldbesitz durch den Verkauf weiterer Waldflächen aus Landeseigentum zu  
 1651 erhöhen;
- 1652 - einen Nutzungsverzicht im Wald nur bei den naturschutzfachlich notwendigen  
 1653 Flächen zu vollziehen;
- 1654 - die Zertifizierung der Landesforsten unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten  
 1655 fortzusetzen;
- 1656 - Kalkungen, Pflanzenschutzmaßnahmen und sonstige Anwendungen unter  
 1657 wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betreiben;
- 1658 - den Waldanteil in Niedersachsen durch Arrondierungen und Ersatzmaßnahmen zu  
 1659 erhöhen und den Waldumbau voranzubringen.

## 1660 **Jagd**

1661 Mehr als 50.000 Jägerinnen und Jäger leisten hervorragende naturschutzfachliche Arbeit.  
 1662 Die vorrangigen Ziele der Landesjägerschaft, als anerkannter Naturschutzverband, sind  
 1663 Schutz und Erhalt einer artenreichen und gesunden freilebenden Tier- und Pflanzenwelt und  
 1664 die Sicherung ihrer Lebensgrundlagen.

1665 Die FDP Niedersachsen fordert:

- 1666 - die Stärkung der Aufgaben und der Eigenverantwortlichkeit der Landesjägerschaft;
- 1667 - die Stärkung von Hegegemeinschaften und Jagdgenossenschaften;
- 1668 - die Förderung des Wildtiermonitorings und die Berücksichtigung des Sachverständes  
 1669 der Landesjägerschaft bei naturschutzfachlichen Belangen und  
 1670 Modulationsmaßnahmen;
- 1671 - den Abbau bürokratischer Hemmnisse zur Ausübung der Jagd;
- 1672 - die Abschaffung der Jagdsteuer.

## 1673 **Fischerei**

1674 Die 150.000 Berufs- und Freizeitfischer nehmen wichtige Naturschutzaufgaben wahr und  
 1675 leisten wertvolle Jugendarbeit. Historisch gewachsene Teichwirtschaften, moderne  
 1676 Aquakulturen, die Fluss- und Seenfischerei, die Küstenfischerei, die Hochseefischerei und  
 1677 die Sportfischerei prägen unsere Landschaft und versorgen uns mit hochwertigen  
 1678 Nahrungsmitteln. Der Rückgang und die Gefährdung der gewerblichen Fischerei muss  
 1679 verhindert werden, weil ansonsten Wissen, Brauchtum und ein Wirtschaftsfaktor  
 1680 verlorengehen. Ebenso muss die Sportfischerei, auch als Ausdruck von Naturverbundenheit,  
 1681 Freizeitgestaltung und Erholung, unterstützt werden.

1682 Wir fordern daher:

- 1683 - bei Natur- und Artenschutzauflagen die wirtschaftlichen Auswirkungen zu  
 1684 berücksichtigen und durch einen fairen Ausgleich zu kompensieren;
- 1685 - den Betrieb und den Neubau von Wasserkraftanlagen auf ihre Fischfreundlichkeit zu  
 1686 überprüfen und den Schutz der Fischbestände zu berücksichtigen;



- 1687 - die Fischereiforschung zu intensivieren und Synergien bundes- und europaweit  
1688 herbeizuführen;
- 1689 - bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie die Belange der Fischerei zu  
1690 berücksichtigen und Ersatzmaßnahmen verstärkt für fischereiliche Belange zu  
1691 entwickeln;
- 1692 - zur Schonung der Fischbestände die Neuanlage von Aquakulturen zu unterstützen;
- 1693 - zur Schonung der Fischbestände und zum Erhalt der Artenvielfalt ein  
1694 Kormoranmanagement auf wissenschaftlicher Basis einzuführen;
- 1695 - den landesweiten Erhalt und die Erweiterung fischereilich nutzbarer Gewässer;
- 1696 - dem Aalschutz europaweit Priorität einzuräumen.

## 1697 **Tierschutz**

1698 Engagierter Tierschutz ist hohe ethische Verantwortung für die Liberalen. Haltungsformen  
1699 und –systeme in der Agrarwirtschaft haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert  
1700 und sich generell zum Vorteil der Tiere entwickelt. Dennoch hat die schwarz-gelbe  
1701 Landesregierung zusammen mit allen Beteiligten einen Tierschutzplan auf den Weg  
1702 gebracht, der die Haltung der Nutztiere weiter verbessern soll. Darüber hinaus gibt es im  
1703 Bereich Tierschutz noch weitere nötige Anpassungen.

1704 Die FDP Niedersachsen fordert:

- 1705 - alle bestehenden Tierschutzstandards müssen wissenschaftlich überprüft und  
1706 angepasst werden;
- 1707 - die Verlagerung von Tierhaltung in Staaten mit niedrigeren Tierschutzstandards soll  
1708 verhindert werden;
- 1709 - gleiche Tierschutzstandards müssen auf dem Niveau Deutschlands europaweit  
1710 gelten;
- 1711 - es muss eine 1:1 Umsetzung der europäischen Tierschutzstandards geben;
- 1712 - das Verbot der Verfütterung von Tiermehl an Schweine und Geflügel ist aufzuheben,  
1713 da es sich um natürliche Allesfresser handelt;
- 1714 - in Deutschland werden jährlich ca. 20 Mio. männliche Ferkel zur Vermeidung des  
1715 Ebergeruchs bei Fleisch betäubungslos kastriert. Dies ist aus Tierschutzgründen nicht  
1716 dauerhaft hinnehmbar;
- 1717 - eine gesetzliche Regelung zu gewerblichen Kaninchenhaltung, um die  
1718 Haltungsbedingungen zu verbessern.

1719 Die Haltung von eigentlich wildlebenden Tierarten ist unter dem Gesichtspunkt des  
1720 Tierschutzes einzuschränken. Angesichts der beengten Platzverhältnisse, des ständigen  
1721 Ortswechsels und erheblicher Einschränkungen artspezifischer Verhaltensweisen etwa in  
1722 Zirkussen ist hier ein Verbot der Haltung bestimmter Wildtierarten anzustreben.

1723 Weiterhin fordert die FDP Niedersachsen:

- 1724 - dass die Kennzeichnung von Pferden mit Brandzeichen für eine Übergangszeit  
1725 weiterhin möglich ist;
- 1726 - dass Kommunen im Rahmen der Gefahrenabwehr in Gebieten mit Überpopulationen  
1727 eine Kastrationspflicht für freilaufende Katzen erlassen können;
- 1728 - Kommunen werden verpflichtet, im Internet auf den Umgang mit Fundtieren in der  
1729 Kommune sachgerecht hinzuweisen und die Ansprechpartner und Verfahrenswege  
1730 klar zu benennen.

## 1731 **IX . J u s t i z**

### 1732 **Rechtsstaat**

1733 Die Gewährung effektiven Rechtsschutzes durch Justiz und unabhängige Gerichte garantiert  
1734 den Rechtsstaat. Sie ist entscheidende Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben in  
1735 einer Gesellschaft und die rechtssichere Entfaltung wirtschaftlicher Betätigungen.

1736 Die niedersächsische Justiz kommt diesem gesellschaftlichen Auftrag wirksam und in  
1737 hochwertiger Weise nach. Die niedersächsische FDP hat sich allen Versuchen,  
1738 Kompetenzen zu Lasten der Justiz zu verschieben, erfolgreich widersetzt und wird das auch  
1739 weiterhin tun.

1740 Das Bundesverfassungsgericht hat zu Recht die Regelung zur Vorratsdatenspeicherung, die  
1741 CDU und SPD gemeinsam geschaffen hatten, als verfassungswidrig verboten. Im Rahmen  
1742 der vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Grenzen wird eine neue Regelung zu finden  
1743 sein.

1744 Die FDP ist die deutsche Rechtsstaatspartei. Die FDP Niedersachsen wird sich auch künftig  
1745 für eine starke, moderne und bürgernahe Justiz einsetzen.

1746 Konkret fordern wir:

1747 - die Justiz soll sich auf ihre Kernaufgaben Streitentscheidung, Strafverfolgung und  
1748 Strafvollzug konzentrieren; nicht zwingend staatliche Aufgaben sollen auf Private als  
1749 beliebene Unternehmer übertragen werden;

1750 - die Unabhängigkeit der Justiz darf nicht in Frage gestellt werden, auch nicht durch  
1751 organisatorische Maßnahmen;

1752 - die Bürgernähe der niedersächsischen Justiz muss erhalten bleiben; gerade die  
1753 Amtsgerichte leisten einen wertvollen Beitrag zur Streitbeilegung und Sicherheit vor  
1754 Ort;

1755 - Justiz muss für Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben; Einschränkungen der  
1756 Prozesskostenhilfe und der Beratungshilfe lehnt die niedersächsische FDP ab;

1757 - außergerichtliche Streitbeilegung, insbesondere anwaltliche Mediation, soll  
1758 ausgebaut werden, damit Bürgerinnen und Bürger Streitigkeiten zunächst unter sich  
1759 und im Ergebnis einvernehmlich beilegen können, ohne die Justiz in Anspruch  
1760 nehmen zu müssen;

1761 - überlange Gerichtsverfahren müssen vermieden werden; zu gutem Recht gehört  
1762 sorgfältige ebenso wie zeitnahe Rechtsprechung. Deshalb ist erforderlich, dass  
1763 offene Stellen im Bereich der Richter und Staatsanwälte binnen sechs Monaten  
1764 besetzt werden;

1765 - an der etablierten und bewährten Juristenausbildung durch die Absolvierung zweier  
1766 juristischer Staatsexamina festzuhalten;

1767 - wir lehnen sowohl die präventive Telefonüberwachung als auch die so genannte  
1768 Online-Durchsuchung ab.

### 1769 **Stärkung von Opferrechten**

1770 Opferschutz ist ein zentrales Anliegen liberaler Politik. Durch eine Straftat geschädigt oder  
1771 verletzt zu werden, gehört zu den schlimmsten Erfahrungen im Leben eines Menschen. Die  
1772 Opfer und ihre Angehörigen dürfen daher nicht mit den Folgen der Tat allein gelassen  
1773 werden, sie müssen vielmehr durch konkrete Hilfsangebote unterstützt werden. Die  
1774 niedersächsische Stiftung Opferhilfe und die Zusammenarbeit mit freien Trägern, wie dem  
1775 „Weißer Ring“ oder Interventionsstellen gegen Gewalt in sozialen Beziehungen, sowie der  
1776 Ausbau von Zeugenschutzprogrammen werden weiter gefördert.

1777 Konkret fordert die niedersächsische FDP:

- 1778 - gezielte Fortbildungen zu Opferrechten für Polizisten, Staatsanwälte und Richter;
- 1779 - der gesetzlich geregelte Täter-Opfer-Ausgleich muss weiter ausgebaut werden; der  
1780 Täter soll sich mit den Folgen seiner Straftat auseinandersetzen und sich bemühen,  
1781 mit dem Opfer einen Ausgleich zu erreichen; dadurch bietet sich vielfach auch dem  
1782 Opfer die Chance, mit dem Erlebten abzuschließen;
- 1783 - Modellversuche in Niedersachsen, die Opfern von Gewalt eine anonymisierte  
1784 Beweiserhebung ermöglichen, ohne dass dadurch unmittelbar strafrechtliche  
1785 Ermittlungen ausgelöst werden, sind fortzuführen und zu evaluieren;
- 1786 - auch Opfer von Justizirrtümern sind Opfer; die Entschädigungen für unschuldig  
1787 erlittene Haft sollen deutlich angehoben werden;
- 1788 - dass Gewaltberatung und Schutz gegen häusliche Gewalt im ländlichen Raum und in  
1789 den Städten bedarfsgerecht gesichert bleiben.

### 1790 **Justizvollzug und Resozialisierung**

1791 Der niedersächsische Justizvollzug garantiert vorbildlich die Sicherheit der Bevölkerung vor  
1792 inhaftierten Straftätern und erfüllt zugleich hohe Standards bei der Unterbringung der  
1793 Gefangenen. Eine Kernaufgabe des Justizvollzuges ist die Resozialisierung der  
1794 Strafgefangenen, um sie für ein gesetzestreuendes Leben nach der Haft fit zu machen. Nur in  
1795 hinreichend großen Haftanstalten können passgenaue Resozialisierungs- und  
1796 Bildungsmaßnahmen mit vertretbarem Aufwand realisiert werden. Deshalb sind Neubauten  
1797 wie in Bremervörde bei gleichzeitiger Schließung kleiner Haftanstalten der richtige Weg.

1798 Die FDP Niedersachsen setzt sich dafür ein:

- 1799 - zu prüfen, ob die bisherigen Maßnahmen zur Entlassungsvorbereitung durch  
1800 Haftlockerungen mit elektronischer Fußfessel ergänzt werden können;
- 1801 - die vom Bundesverfassungsgericht festgeschriebenen Regeln zur Ausgestaltung der  
1802 Sicherungsverwahrung in Abgrenzung zur Strafhaft vollständig umzusetzen.

### 1803 **Organisation der Justizbehörden**

1804 Um eine leistungsstarke und effiziente Justiz auch in Zukunft zu erhalten, müssen auch  
1805 überkommene interne Strukturen auf neue Herausforderungen, Entwicklungen und  
1806 Ansprüche der Gesellschaft angemessen reagieren, ohne dass dabei Rechtswege für die  
1807 Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt werden dürfen.

1808 Die niedersächsische FDP fordert:

- 1809 - die Gerichte eines Ortes sollen in Justizzentren zusammengefasst werden;
- 1810 - wir haben in der laufenden Legislaturperiode für eine überfällige, breit angelegte  
1811 Hebung von Stellen und Eingangsposten im gesamten mittleren und gehobenen  
1812 Justizdienst gesorgt; die zunehmende Komplexität der justiziellen Aufgaben erfordert  
1813 in den kommenden Jahren ebenso eine Neubewertung von Positionen im höheren  
1814 Dienst von Polizei und Justiz, insbesondere auch bei den Behördenleitern;
- 1815 - bestehende Rechtsmittel müssen erhalten bleiben, insbesondere im  
1816 Zivilprozessrecht; im Strafprozessrecht ist die Einführung eines Wahlrechtsmittels  
1817 auch im Erwachsenenstrafrecht zu prüfen;
- 1818 - auch im Erwachsenenstrafrecht soll die Möglichkeit der Einheitsstrafe eingeführt  
1819 werden;
- 1820 - die elektronische Fußfessel als neue, gegebenenfalls auch zusätzliche strafrechtliche  
1821 Sanktionsmöglichkeit, soll geprüft werden.

1822 - Der Justizdienst soll auf allen Ebenen stärker als bisher für Quereinsteigerinnen und  
1823 Quereinsteiger aus anderen juristischen Berufen geöffnet werden. Altersgrenzen für  
1824 den Einstieg sind zu überprüfen.

1825

1826

1827

1828

1829

1830

1831

1832

1833

1834

1835

1836

1837

1838

1839

1840

1841

1842

1843

1844

1845

1846

1847

1848

1849

1850

1851

## 1852 **X . I n n e n u n d R e c h t**

### 1853 **Freiheit in Sicherheit**

1854 Liberale sehen die Aufgabe des Staates darin, ein Umfeld für die freie Entfaltung der  
 1855 Persönlichkeit jedes Einzelnen zu gewährleisten. Sicherheit zum Schutz dieses Umfeldes ist  
 1856 deshalb ein zentrales Anliegen der Innenpolitik. Daraus folgt aber auch, dass wenn  
 1857 Freiheitsrechte immer stärker zugunsten von sicherheitspolitischen Erwägungen  
 1858 eingeschränkt werden, das eigentliche Gut verloren geht, das zu schützen gerade Aufgabe  
 1859 der Innenpolitik ist. In den letzten Jahren und Monaten hat es sowohl auf Landes als auch  
 1860 auf Bundesebene zahlreiche Initiativen gegeben, die die Ängste der Menschen vor  
 1861 Kriminalität und Terrorismus zum Anlass nahmen, um nach Gesetzen zu rufen, die mit  
 1862 unnötigen und unverhältnismäßigen Einschnitten in die bürgerlichen Freiheiten verbunden  
 1863 gewesen wären. Dies ist auf die entschiedene Ablehnung der niedersächsischen FDP  
 1864 gestoßen. Sie wird sich auch in Zukunft im Zweifelsfall stets für die Freiheitsrechte  
 1865 entscheiden. Ein liberaler Rechtsstaat, der die Freiheitsrechte zugunsten der staatlichen  
 1866 Sicherheit unverhältnismäßig beschränkt, führt sich selbst ad absurdum.

1867 Alle Maßnahmen staatlichen Handelns zur Gewährung der inneren Sicherheit müssen  
 1868 begründet, zielgenau, verhältnismäßig und effektiv sein. Soweit das organisierte Verbrechen  
 1869 und terroristische Gruppierungen sich bei ihren kriminellen Aktivitäten neuester Technologien  
 1870 bedienen, müssen gesetzliche Regelungen gefunden werden, den Tätern hier zu folgen, um  
 1871 Straftaten zu verhindern und aufzuklären. Wir Liberale setzen zu allererst auf effektive  
 1872 Kriminalitätsverhütung (Prävention), sodann auf eine wirksame Gefahrenabwehr und  
 1873 schließlich auf eine umfassende Strafverfolgung. Kriminalitätsprävention geht alle an.

1874 Straftaten oder extremistischen Tendenzen vorzubeugen und sie zu verhüten, ist eine  
 1875 gesamtgesellschaftliche Aufgabe und betrifft alle Bereiche des öffentlichen Handelns. Die  
 1876 FDP Niedersachsen unterstützt ausdrücklich die Arbeit der örtlichen Präventionsräte, in  
 1877 denen Polizei, Sozial- und Jugendämter, Schulen, Vereine, engagierte Bürgerinnen und  
 1878 Bürger sowie viele gesellschaftliche Gruppen zusammenwirken, um gemeinsam Verhältnisse  
 1879 zu ändern, aus denen sich Straftaten entwickeln können. Es hat sich bewährt, den lokalen  
 1880 Präventionsräten keine Strukturvorgaben zu machen, sondern der Vielfalt vor Ort zu  
 1881 vertrauen. Auch der Landespräventionsrat gibt wertvolle Impulse zur Weiterentwicklung  
 1882 kriminalitätsvorbeugender Konzepte.

1883 Dafür setzen wir uns ein:

- 1884 - Stärkung und Unterstützung der örtlichen Kriminalpräventionsräte;
- 1885 - Kooperation von Justiz, Polizei, Sozial- und Jugendämtern sowie Schulen;
- 1886 - die Einführung von Bürgerstreifen wird abgelehnt; die Polizeigewalt soll nicht auf  
1887 Dritte übertragen werden;
- 1888 - verstärkte Aufnahme von Bewerbern mit Migrationshintergrund, insbesondere der  
1889 zweiten und dritten Generation, in den Polizei- und Justizdienst;
- 1890 - Unterstützung des Landespräventionsrates bei der Weiterentwicklung der  
1891 kriminalitätsverhindernden Vorbeugung;
- 1892 - die FDP Niedersachsen lehnt die Vorratsdatenspeicherung ab;
- 1893 - biometrische Daten werden von staatlicher Seite nicht zentral gespeichert;
- 1894 - das Recht auf informationelle Selbstbestimmung muss auch in der Privatwirtschaft  
1895 durchgesetzt werden; der Staat interveniert, wo persönliche Daten ohne  
1896 Genehmigung des Berechtigten weitergegeben werden.

1897

## 1898 **Kriminalitätsbekämpfung**

1899 Das Niedersächsische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und das  
1900 Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz bieten der Polizei bzw. dem Verfassungsschutz  
1901 ein ausreichendes Instrumentarium, um Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung  
1902 frühzeitig erkennen und effektiv bekämpfen zu können.

1903 Im Bereich der inneren Sicherheit muss gewährleistet sein, dass Ermittlungs- und  
1904 Strafverfahren von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten zügig abgeschlossen werden  
1905 können. Bestehende Vollzugsdefizite sind weiter abzubauen. Außergerichtliche Instanzen  
1906 wie Schiedsgerichte und Ombudsleute sind auszubauen. Die FDP Niedersachsen tritt bei der  
1907 Kriminalitätsbekämpfung für eine effizientere Verwendung der vorhandenen Mittel sowie für  
1908 eine Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei und besonders  
1909 der Staatsanwaltschaften und Gerichte ein. Besondere Schwerpunkte müssen auch  
1910 weiterhin auf die Bekämpfung der Jugend- und Internetkriminalität, der Organisierten  
1911 Kriminalität sowie auf die Bekämpfung von Gewalt und Terrorismus gelegt werden.

1912 Konkret fordert die FDP Niedersachsen:

- 1913 - Fortführung der Y-Ausbildung zur Unterstützung einer effektiveren  
1914 Kriminalitätsbekämpfung und Förderung der Ausbildung zu Spezialisten innerhalb der  
1915 Polizeiorganisation;
- 1916 - die personelle Stärkung der Strafverfolgungsbehörden, insbesondere der  
1917 Staatsanwaltschaften; die Strafverfolgungsbehörden müssen durch Fortbildungs- und  
1918 Qualifizierungsmaßnahmen in die Lage versetzt werden, das bestehende gesetzliche  
1919 Instrumentarium wirkungsvoller und umfassender als bisher anzuwenden;
- 1920 - insbesondere zur wirksamen Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität ist mehr  
1921 Fachpersonal bei den Strafverfolgungsbehörden einzustellen, das mit  
1922 betriebswirtschaftlichen, steuer- und finanzrechtlichen Abläufen vertraut ist;
- 1923 - eine konsequente Bekämpfung des illegalen Waffenbesitzes, anstatt die Regelungen  
1924 für Sportschützen und Jäger weiter zu verschärfen;
- 1925 - keine Einführung einer Waffensteuer;
- 1926 - eine konsequente Verfolgung der Straftaten der verschiedenen kriminellen  
1927 Rockergruppen; diese sollen, wenn genügend Beweise für organisierte Kriminalität  
1928 vorhanden sind, in ein Verbotsverfahren einmünden;
- 1929 - zur Bekämpfung und Verhinderung von Gewaltdelikten bei Großveranstaltungen soll  
1930 der Veranstalter zu den Kosten herangezogen werden können;
- 1931 - Der Verfassungsschutz soll stärker als bisher kleine und mittlere Unternehmen in  
1932 Fragen der Wirtschaftsspionage beraten.

## 1933 **Bekämpfung von Kinder- und Jugendkriminalität**

1934 Die Kriminalität von Kindern und Jugendlichen ist ein bedrückendes gesellschaftliches  
1935 Problem, das die FDP Niedersachsen sehr ernst nimmt. Besonders besorgniserregend ist  
1936 die hohe Zahl der Gewalt- und Körperverletzungsdelikte durch junge Straftäter. Die FDP setzt  
1937 bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität auf eine wirksame Prävention und  
1938 ein abgestuftes strafrechtliches Instrumentarium. In erster Linie sind verstärkt vorbeugende  
1939 Maßnahmen zu ergreifen. Dabei kommt neben der Schule der wirkungsvollen Kinder-,  
1940 Jugend- und Sozialarbeit eine wichtige Aufgabe zu. Durch eine zügige Verfolgung und  
1941 Ahndung von Straftaten Jugendlicher und Heranwachsender muss verdeutlicht werden, dass  
1942 schon kleine Vergehen nicht akzeptiert werden und strafrechtliche Konsequenzen haben.  
1943 Das niedersächsische Modell des vorrangigen Jugendverfahrens für jugendliche  
1944 Intenstivtäter muss daher weiter ausgebaut werden.

1945

1946 Dafür setzen wir uns ein:

- 1947 - Bildungs-, Ausbildungs- und zukünftigen Beschäftigungschancen von Kindern und
- 1948 Jugendlichen sollen mittels regionaler Netzwerke von Jugendhilfe, Schulen,
- 1949 Handwerksorganisationen, Industrie und Arbeitsverwaltung optimiert werden;
- 1950 - Konfliktlotsenmodelle, Antiaggressionslehrgänge als Präventionsmaßnahmen an
- 1951 Schulen sowie nachhaltige Aufklärung über Drogen und Alkohol sollen ausgebaut
- 1952 werden;
- 1953 - bei wiederholt straffälligen Kindern ist durch staatliche Erziehungsmaßnahmen
- 1954 einzugreifen;
- 1955 - neben der Verhängung einer Jugendstrafe zur Bewährung soll der so genannte
- 1956 Warnschussarrest eingeführt werden.

### 1957 **Für ein weltoffenes, tolerantes, menschliches Niedersachsen**

1958 Liberale stehen innerhalb unserer gemeinsamen Normen und Werte für die Vielfalt der  
 1959 Lebensentwürfe und für das Miteinander der Kulturen und Religionen in unserem Land.  
 1960 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Darum haben wir Initiativen zur Änderung des  
 1961 Zuwanderungsgesetzes gestartet und darüber hinaus für besondere Problemlagen eine  
 1962 Härtefallkommission eingerichtet. Wir wollen, dass Menschen, die zuwandern, sich in einer  
 1963 offenen und toleranten Gesellschaft selbst verwirklichen können. Das Ziel liberaler  
 1964 Integrationspolitik ist die Ermöglichung von Chancen. Wir wollen allen Einwanderern und  
 1965 ihren Nachkommen die gesellschaftliche Teilhabe garantieren und den gesellschaftlichen  
 1966 Erfolg möglich machen. Für uns zählt nicht, woher jemand kommt, sondern ob er zu Leistung  
 1967 bereit ist oder nicht. Integrationspolitik sichert aber nicht nur die Chancen der Migranten,  
 1968 sondern auch die Chancen der Bürger ohne unmittelbaren Migrationshintergrund. Eine  
 1969 fehlerhafte oder gar ignorante Integrationspolitik schadet unserer Gesellschaft insgesamt.

1970 Asylrecht ist Menschenrecht. Bei der Bewältigung humanitärer Krisen ist Deutschland in der  
 1971 Pflicht, Flüchtlinge aufzunehmen. Viele dieser Menschen bleiben für eine sehr lange Zeit  
 1972 oder für immer in Deutschland und integrieren sich gut bei uns. Für ausländische  
 1973 Mitbürgerinnen und Mitbürger, die ein Bleiberecht in Deutschland erhalten haben, fordert die  
 1974 FDP Niedersachsen verbesserte Maßnahmen zur Integration. Insbesondere bei der  
 1975 beruflichen Eingliederung sehen die Liberalen für diesen Personenkreis noch einen  
 1976 erheblichen Handlungsbedarf. Rückkehrpflichtige Ausländerinnen und Ausländer, die im  
 1977 Asylverfahren gescheitert sind, sollen verstärkt eine Rückkehrförderung erfahren, um  
 1978 bessere Chancen auf eine erfolgreiche und nachhaltige Reintegration in der Heimat zu  
 1979 erhalten. Zur Vermeidung von humanitären Härten setzt sich die FDP für ein liberales  
 1980 Bleiberecht ein. In diesem Sinne sollten die Regeln der Härtefallkommission verbessert  
 1981 werden. Nachtabschiebungen genauso wie das Auseinanderreißen von Familien lehnen wir  
 1982 Liberalen ab.

1983 Konkret fordert die FDP Niedersachsen:

- 1984 - dass mehr Menschen mit interkulturellen Kompetenzen, sowohl mit als auch ohne
- 1985 Migrationshintergrund, für die Erzieher- und Lehrerberufe gewonnen werden;
- 1986 - auf die Möglichkeiten und Chancen im dualen Ausbildungssystem bei jungen
- 1987 Migranten hinzuweisen;
- 1988 - die Öffnung der bewährten Integrationskurse für EU-Ausländer, anerkannte und
- 1989 geduldete Flüchtlinge sowie Jugendliche, die Schulen in Deutschland besucht haben,
- 1990 aber dennoch Nachholbedarf haben;
- 1991 - durch Informationsveranstaltungen und –materialien auch in den Herkunftssprachen
- 1992 auf Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements hingewiesen wird;

- 1993 - ein Modellprojekt von Wirtschaftsministerium und Kommunen zur gezielten
- 1994 Anwerbung von Fachkräften im Ausland zur Eindämmung des Fachkräftemangels
- 1995 insbesondere in der Fläche;
- 1996 - dass die verstärkt für die Charta der Vielfalt geworben wird;
- 1997 - die zügige Verabschiedung eines Landesgesetzes zur Anerkennung ausländischer
- 1998 Berufsabschlüsse;
- 1999 - wir wollen Zuwanderung dort fördern, wo freie Stellen nicht besetzt werden können;
- 2000 die Zuwanderung fachlich qualifizierter Ausländerinnen und Ausländer zur Förderung
- 2001 von Wissenschaft, Forschung und Innovation muss erleichtert und gefördert werden;
- 2002 - Bekämpfung illegaler Zuwanderung, insbesondere des Menschenhandels und von
- 2003 Schlepperorganisationen;
- 2004 - Förderung der Integration durch eine Stärkung erfolgreicher Angebote; dies sind
- 2005 beispielsweise die Integrationskurse, die auch einen zentralen Beitrag für
- 2006 ausreichende Deutschkenntnisse und eine stichtagsunabhängige
- 2007 Bleiberechtsregelung für langfristig hier geduldete Ausländer als wichtige
- 2008 Voraussetzung für die Integration leisten; das Angebot ist zu verbessern und zu
- 2009 differenzieren, insbesondere sollen der Arbeitsmarktbezug gestärkt und Jugend- und
- 2010 Elternintegrationskurse ausgeweitet werden; gleichzeitig fordern wir die Bereitschaft
- 2011 zur Integration in unser Rechts- und Wertesystem ein;
- 2012 - Menschen mit Migrationshintergrund können als Unternehmerinnen und Unternehmer
- 2013 sowie Beamtinnen und Beamte in der öffentlichen Verwaltung eine Vorbildrolle für
- 2014 gelungene Integration übernehmen. Die FDP Niedersachsen will Dialog und
- 2015 Kooperation zwischen Schulen und Unternehmern stärken und in der öffentlichen
- 2016 Verwaltung das Bewusstsein und die Offenheit für die Vorteile einer vielfältigen
- 2017 Personalauswahl stärken;
- 2018 - eine Nachbesserung der Regelung zur Erteilung eines Aufenthaltstitels für langjährig
- 2019 geduldete Ausländerinnen und Ausländer; so soll von der Voraussetzung der Vorlage
- 2020 eines gültigen Passes abgesehen werden können, wenn der Heimatstaat dem
- 2021 Flüchtling die Ausstellung von Ausweispapieren verweigert;
- 2022 - Verbesserung der Regeln der Härtefallkommission; dort sollen Entscheidungen
- 2023 zukünftig mit der einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder getroffen werden;
- 2024 ferner soll das Kirchenasyl nicht mehr als Ausschlussgrund aufgeführt werden.

## 2025 **Moderne Verwaltung**

2026 Die FDP Niedersachsen fordert die Beschränkung des Staates auf die Wahrnehmung von

2027 Aufgaben, die nicht von Privaten geleistet werden können. Alles andere entmündigt den

2028 Einzelnen wie gesellschaftliche Gruppen und widerspricht dem liberalen Leitprinzip der

2029 Eigenverantwortung. Unser Leitbild ist der starke aber schlanke Staat. Nicht der Staat

2030 gewährt den Bürgerinnen und Bürgern Freiheit, sondern die Bürgerinnen und Bürger

2031 gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit. Kollektive Zwangssysteme ersticken

2032 Teilhabe und Verantwortung, staatliche Bürokratien schläfern sie ein. Mit der Reduzierung

2033 des Staates auf seine Kernaufgaben, unter anderem durch den Abbau von Rechts- und

2034 Verwaltungsvorschriften, sowie der Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen und

2035 Private, sind Grundlagen geschaffen worden, mit denen die Verwaltung zukunftsfähig

2036 arbeiten kann. Dennoch ist der Prozess der Verwaltungsmodernisierung ein stetiger, den wir

2037 Liberale weiter vorantreiben wollen.

2038 Konkret fordert die FDP Niedersachsen zum Bürokratieabbau:

- 2039 - Alle durch den Staat wahrgenommenen Aufgaben sind in qualitativer und quantitativer
- 2040 Hinsicht auf den Prüfstand zu stellen, insbesondere in den Bereichen der IT-
- 2041 Verwaltung, des Katasterwesens und des staatlichen Baumanagements.



- 2042 - Wir setzen auf Förderung und Verstärkung der Zusammenarbeit mit anderen  
2043 Bundesländern, zum Beispiel im Bereich der Ausbildung von Nachwuchskräften.
- 2044 - Landesrechtliche Vorschriften sollten weiter abgebaut werden; bei neuen Vorschriften  
2045 sollen die Regelungs-Folgekosten festgestellt werden.
- 2046 - Einfügung eines Parlamentsvorbehaltes in Verordnungsermächtigungen, um  
2047 ausuferndes Verwaltungshandeln zu verhindern; ferner sollen Gesetze verstärkt mit  
2048 einem „Verfallsdatum“ versehen werden.
- 2049 - Das Modellkommunengesetz soll zu einem Standarderprobungsgesetz  
2050 weiterentwickelt werden, damit Kommunen modifizierte Rechtsvorschriften erproben  
2051 können; bei erfolgreicher Erprobung soll das Modell auf das gesamte Land  
2052 übertragen werden.
- 2053 - Projekte Öffentlich Privater Partnerschaften (ÖPP) sollten weiter als modernes,  
2054 effizientes Verwaltungsinstrument eingesetzt werden und weiterhin von der N-Bank  
2055 förderfähig sein. Infrastrukturprojekte sollten grundsätzlich auf ihre ÖPP-Tauglichkeit  
2056 geprüft werden.
- 2057 - Ausbau der E-Government-Strukturen; Ziel ist es ein einheitliches Portal für  
2058 Serviceleistungen des Landes und der Kommunen zu implementieren.
- 2059 - Den Ausbau der virtuellen Mobilität. Hierzu gehören Instrumente für eine interaktive  
2060 Haushaltsberatung, Live-Streams von öffentlichen Ausschusssitzungen sowie die  
2061 Ausweitung der Sitzungsdienste.
- 2062 - Die FDP Niedersachsen setzt sich für ein Landesinformationsfreiheitsgesetz ein;  
2063 Grundsatz ist dabei, dass nicht die Bürgerin oder der Bürger sich rechtfertigen muss,  
2064 wenn er Auskunft begehrt, sondern der Staat, wenn er sie verweigern will. Dieses  
2065 stärkt die Transparenz und damit die Akzeptanz von demokratischen  
2066 Entscheidungsprozessen.
- 2067 - Die FDP Niedersachsen unterstützt den 115-Verbund (für die einheitliche  
2068 Behördenrufnummer 115) als effektives Mittel für eine bürgerfreundliche Verwaltung  
2069 auf kommunaler Ebene.

## 2070 **Personalentwicklung**

2071 Die FDP fordert leistungsorientierte Entwicklungschancen für die Mitarbeiterinnen und  
2072 Mitarbeiter der Verwaltung. Wir wollen eine effektivere Nutzung der Kenntnisse und  
2073 Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen auf allen Ebenen.

2074 Denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeichnen sich durch Verantwortungsbewusstsein,  
2075 Engagement und Entscheidungsbereitschaft aus. Sie können eigenständig und abschließend  
2076 Entscheidungen treffen. Insbesondere dort, wo Projektgruppen arbeiten, sind diese  
2077 Fertigkeiten zu beobachten. Voraussetzung allerdings ist, dass die Verwaltung  
2078 Rahmenbedingungen schafft, die das eigenverantwortliche Arbeiten ermöglichen. Dazu  
2079 gehören unter anderem eine weit reichende Delegation von Aufgaben, klare Zielvorgaben  
2080 sowie der Verzicht auf ständiges Einwirken und Überregelung. Die Erfolge der  
2081 Landesregierung wären ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht denkbar gewesen,  
2082 die trotz gravierender Einschnitte stets motiviert und loyal ihren Pflichten nachgekommen  
2083 sind.

2084 Die FDP Niedersachsen setzt sich ein für:

- 2085 - Leistung muss sich lohnen – auch und gerade in der öffentlichen Verwaltung; deshalb  
2086 sollen im Rahmen von Mitarbeitergesprächen auch Zielvereinbarungen getroffen und  
2087 Prämien angeboten werden können.
- 2088 - Wir wollen eine Personalplanung, die unter Berücksichtigung der individuellen  
2089 Fähigkeiten zielgerichtet Entwicklungsperspektiven aufzeigt; hierzu sollen geeignete

2090 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt gefördert werden, auch um sie auf  
2091 Führungsämter vorzubereiten.

2092 - Wir setzen uns ein für eine Weiterentwicklung der Job-Börse, denn sie spielt eine  
2093 zentrale Rolle im vorausschauenden und strategisch ausgerichteten  
2094 Personalmanagement.

#### 2095 **Ehrenamt**

2096 Wir setzen uns ein für die Stärkung des selbstbestimmten und selbstverantwortlichen  
2097 Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Die liberale Bürgergesellschaft lebt von den  
2098 Aktivitäten ihrer Bürgerinnen und Bürger in Nachbarschaft und Feuerwehren, in Vereinen,  
2099 Stiftungen und Initiativen, in Kirchen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen  
2100 Organisationen Das Alter darf hier auch beim Ehrenamt kein Ausschlusskriterium sein.

2101 Wir haben mit der Einführung der kostenlosen Unfall- und Haftpflichtversicherung und einer  
2102 so genannten Ehrenamtskarte für ehrenamtlich engagierte Menschen die für den  
2103 Zusammenhalt der Gesellschaft so wichtige Institution des Ehrenamtes nachhaltig gestärkt.  
2104 Dies soll fortgeführt werden.

#### 2105 **Brand- und Katastrophenschutz**

2106 Die Gewährleistung des Brand- und Katastrophenschutzes ist eine wichtige staatliche  
2107 Aufgabe, die ohne das Engagement vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer der  
2108 Freiwilligen Feuerwehren, der Rettungsdienste, der Hilfsorganisationen, des THW und aus  
2109 der Bundeswehr nicht zu leisten wäre. Daher haben wir in diesem Bereich einen  
2110 Schwerpunkt gelegt und die Vorbereitung auf den demografischen Wandel in den Mittelpunkt  
2111 unserer Bemühungen gestellt. Die Einsatzplanung für den Katastrophenfall ist parallel zu  
2112 laufenden Umstrukturierungsmaßnahmen der Bundeswehr zu aktualisieren, insbesondere  
2113 unter verstärkter Einbeziehung von Reservisten. Territoriale Aufgaben und die dafür  
2114 notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten bleiben, unter Beibehaltung der Landes-, Bezirks-  
2115 und Kreiskommandos, für subsidiäre Einsätze im Rahmen der Katastrophenhilfe ein  
2116 wichtiger Bestandteil des Fähigkeitsspektrums der Bundeswehr.

2117 Wir stehen für:

2118 - eine optimale Zusammenarbeit der verantwortlichen Institutionen im Zivil- und  
2119 Katastrophenschutz;

2120 - Aufrechterhaltung der Qualität der Freiwilligen Feuerwehren;

2121 - Beibehaltung beider Standorte der Akademie für Brand- und Katastrophenschutz  
2122 sowie Aufbau eines Studiengangs am Standort Celle;

2123 - bei eventuell zukünftig notwendigen Umstrukturierungen von  
2124 Katastrophenschutzeinheiten ist auf die Belange des ländlichen Raums und der  
2125 ehrenamtlichen Helfer verstärkt Rücksicht zu nehmen;

2126 - die Einbindung der freiwilligen Initiativen von Reservisten der Bundeswehr sowie der  
2127 privaten Rettungsdienstleister in die Katastrophenschutzpläne;

2128 - die generelle Anhebung der Altersgrenze bei den Freiwilligen Feuerwehren auf 65  
2129 Jahre.

#### 2130 **Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften**

2131 Die FDP Niedersachsen setzt sich aktiv für die Gleichstellung eingetragener  
2132 Lebenspartnerschaften und für eine Förderung der Akzeptanz homosexueller Lebensweisen  
2133 ein. Als liberale wenden wir uns gegen jegliche Diskriminierung aufgrund sexueller  
2134 Orientierung und bekämpfen homophobe Gewalt aktiv. Zudem setzen wir uns für eine  
2135 Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements auch in diesem Bereich ein.

2136 Angesichts des demografischen Wandels und einem bestehenden Fachkräftemangel, der  
2137 sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen wird, ist es für die FDP  
2138 Niedersachsen zudem unverzichtbar, Diversity als nachhaltige Strategie in Unternehmen zu  
2139 fördern. Durch die Nutzung des individuellen Potenzials jedes einzelnen Mitarbeiters, etwa  
2140 die Berufserfahrung älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, können Unternehmen auf die  
2141 sich ändernden Anforderungen der Kundinnen und Kunden reagieren.

2142 Wir wollen:

- 2143 - Projekte für Toleranz und zur Gewaltprävention gegenüber Menschen mit  
2144 unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, religiösen Einstellungen, körperlichen  
2145 Voraussetzungen und sexuellen Orientierungen an Bildungseinrichtungen und  
2146 Jugendeinrichtungen fördern;
- 2147 - Unternehmen bei der Implikation und Aufrechterhaltung von Diversity-Management  
2148 unterstützen;
- 2149 - Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und homophobe Gewalt aktiv  
2150 bekämpfen.

2151

2152

2153

2154

2155

2156

2157

2158

2159

2160

2161

2162

2163

2164

2165

2166

2167

2168

2169

2170

2171

2172

2173

2174

2175

2176

## 2177 **XI. Liberale Demokratie**

2178 Die FDP Niedersachsen bekennt sich zur repräsentativen Demokratie. Dabei haben die  
 2179 Bürgerinnen und Bürger zunächst die Möglichkeit, politische Entscheidungen durch Wahlen  
 2180 zu beeinflussen. Eine abnehmende Wahlbeteiligung bereitet der FDP Niedersachsen große  
 2181 Sorgen. Viele Menschen haben das Vertrauen in die repräsentative Demokratie verloren. Wir  
 2182 wollen neues Vertrauen schaffen und dazu beitragen, dass mehr Menschen die  
 2183 Möglichkeiten der repräsentativen Demokratie in Anspruch nehmen. Dafür muss die Politik  
 2184 bürgernah und verständlich sein, aber auch die repräsentative Demokratie stärker  
 2185 hinterfragen und ihren Schwachstellen mit überzeugenden Lösungsansätzen begegnen.  
 2186 Dazu gehört es größtmögliche Transparenz im politischen System zu schaffen, wie  
 2187 beispielsweise durch einen voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen  
 2188 Informationen durch ein Landesinformationsfreiheitsgesetz.

2189 Elemente der direkten Demokratie sind eine wichtige Ergänzung des Systems der  
 2190 repräsentativen Demokratie, die den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, unmittelbar  
 2191 konkrete politische Entscheidungen zu beeinflussen. Sie dürfen jedoch nicht dazu genutzt  
 2192 werden, dass die gewählten Vertreter insbesondere bei unpopulären Entscheidungen sich  
 2193 ihrer Verantwortung entledigen. Auch muss bei Mehrheitsentscheidungen stets der Schutz  
 2194 der Rechte von Minderheiten im Blick behalten werden. In Niedersachsen gibt es auf  
 2195 Landesebene dazu die Instrumente der Volksinitiative, des Volksbegehrens sowie des  
 2196 Volksentscheids. Auf kommunaler Ebene können Bürgerentscheide durchgeführt werden.  
 2197 Diese haben wir in den vergangenen Jahren liberalisiert und damit bürgerfreundlicher  
 2198 gestaltet. So müssen die gleichen Bedingungen angewandt werden wie bei Wahlen; das  
 2199 bedeutet, dass beispielsweise Wahlbenachrichtigungen verschickt werden und Briefwahl  
 2200 möglich ist. Die FDP Niedersachsen will an diesen Instrumenten festhalten und die  
 2201 Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in politische Prozesse verbessern.

2202 Grundsätzlich gilt jedoch für alle Formen der direkten und repräsentativen Demokratie: Sie  
 2203 sind und bleiben kollektive Formen der Entscheidungsfindung. Sie sollten nur dort zur  
 2204 Anwendung kommen, wo individuelle Lösungen nicht möglich sind. Formen individuellen  
 2205 bürgerschaftlichen Engagements, der Selbstverwaltung und der Organisation durch Märkte  
 2206 sind kollektiver Entscheidungsfindung immer vorzuziehen, weil sich die Ergebnisse durch  
 2207 Freiwilligkeit und ein hohes Maß an individueller Akzeptanz auszeichnen. Nur dort, wo  
 2208 individuelle Lösungen nicht möglich sind, dürfen die kollektiven  
 2209 Entscheidungsfindungsmechanismen der repräsentativen und direkten Demokratie, also der  
 2210 Staat, ins Spiel kommen. Die Tendenz zur Ausbreitung von Politik und Staatlichkeit macht es  
 2211 für Liberale unumgänglich, diesen Grundsatz stetig und kritisch zu prüfen.  
 2212

2213 Die FDP Niedersachsen fordert:

- 2214 - Die Elemente der direkten Demokratie attraktiver zu machen, indem die Möglichkeit  
 2215 der Befragung und Abstimmung über das Internet eingeführt wird. Dabei müssen alle  
 2216 rechtlichen und sicherheitstechnischen Risiken ausgeschlossen sein.
- 2217 - Bei Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene soll künftig auch ein  
 2218 Alternativvorschlag der Verwaltung mit zur Abstimmung gestellt werden können.
- 2219 - Bei kommunalen Projekten, die eine Auslegung von Planungsunterlagen erforderlich  
 2220 machen, soll in Zukunft verstärkt eine Bekanntmachung im Internet möglich gemacht  
 2221 werden.
- 2222 - Das Quorum für Volksentscheide ist an die Wahlbeteiligung der letzten Landtagswahl  
 2223 zu koppeln. Ein Volksentscheid muss mindestens die Hälfte der abgegebenen  
 2224 Stimmen der letzten Wahl erhalten, um erfolgreich zu sein.
- 2225 - Jugendliche müssen, zum Beispiel über den niedersächsischen Landesschülerrat,  
 2226 angemessen in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess  
 2227 eingebunden werden.

2228 - Die virtuelle Mobilität ist auszubauen. Hierzu gehören Instrumente für eine interaktive  
2229 Haushaltsberatung, Live-Streams von öffentlichen Ausschusssitzungen und die  
2230 Ausweitung der Sitzungsdienste.

2231

2232

2233

2234

2235

2236

2237

2238

2239

2240

2241

2242

2243

2244

2245

2246

2247

2248

2249

2250

2251

2252

2253

2254

2255

2256

2257

## 2258 **XII. Kommunale Strukturen**

2259 Die FDP Niedersachsen steht zur kommunalen Selbstverwaltung, denn die Gemeinden sind  
 2260 das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft. Sie kennen die Probleme der  
 2261 Menschen vor Ort am besten und sind daher am ehesten in der Lage, angemessene  
 2262 Lösungen zu entwickeln. Die FDP setzt sich für die strenge Beachtung des  
 2263 Subsidiaritätsprinzips ein und will die ehrenamtlichen Ratsmitglieder, die Verantwortung für  
 2264 ihre Gemeinschaft übernehmen, weiter stärken. Eine landesweite Gebietsreform von oben  
 2265 lehnen wir sowohl für die gemeindliche Ebene, als auch für die Landkreise ab.

2266 Dafür setzen wir uns ein:

- 2267 - für leistungsfähige, von den Bürgerinnen und Bürgern in Eigenverantwortung und  
 2268 ihrem Gestaltungswillen getragene, selbstständige Kommunen;
- 2269 - nur wenn Aufgaben durch die Kommunen nicht mehr sinnvoll wahrgenommen  
 2270 werden können, dürfen sie übergeordneten staatlichen Instanzen übertragen werden;
- 2271 - im Rahmen des Kommunalwahlrechts ist die Chancengleichheit der Parteien sowie  
 2272 Kandidatinnen und Kandidaten weiter zu stärken; dazu soll die Einteilung von  
 2273 Wahlbereichen aus dem Kommunalwahlgesetz gestrichen werden;
- 2274 - für die Rückkehr zur Zweigleisigkeit, da sich die Eingleisigkeit der Bürgermeister und  
 2275 Landräte wegen der entstandenen Unwucht zu den ehrenamtlichen Mandatsträgern  
 2276 nicht bewährt hat;
- 2277 - für die Wiedereinführung der Stichwahl bei der Wahl der hauptamtlichen  
 2278 Bürgermeister und Landräte, solange die Eingleisigkeit besteht; die Amtszeit der  
 2279 Bürgermeister und Landräte soll bei acht Jahren belassen werden;
- 2280 - bei der Mandatsberechnung im Rahmen von Kommunalwahlen soll das  
 2281 Auszählverfahren Hare-Niemeyer beibehalten werden;
- 2282 fraktionslose Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sollen künftig nicht nur  
 2283 in einem, sondern in allen Ausschüssen beratendes Mitglied mit Rede- und  
 2284 Antragsrecht sein;
- 2285 - für ein kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer; wer in Deutschland lebt,  
 2286 sollte auch die Politik in seiner nächsten Umgebung mitbestimmen können;
- 2287 - die Gemeinden, Städte und Landkreise sollen unabhängig von den Grenzen der  
 2288 Landkreise bestimmte Aufgaben gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften im  
 2289 Rahmen von Kooperationsinitiativen wahrnehmen können;
- 2290 - flexible, aufgabenbezogene und überregionale Kooperationen sollen unterstützt  
 2291 werden; sie sind der Bildung von Regionen durch Landesgesetz vorzuziehen;
- 2292 - konsequente Ablehnung einer von oben verordneten Gebiets- und  
 2293 Verwaltungsreform.

## 2294 **Kommunal Finanzen**

2295 Die FDP Niedersachsen setzt sich für eine eigenverantwortliche Haushaltspolitik der  
 2296 Gemeinden und Kreise ein. Bürgerinnen und Bürger müssen wieder klar den  
 2297 Zusammenhang zwischen Abgabenlast einerseits und der Leistung der Kommune  
 2298 andererseits erkennen können. Wahlen werden dadurch auch zu Abstimmungen über das  
 2299 Ausgabenverhalten der lokalen Entscheidungsträger und gewinnen an Bedeutung. Die FDP  
 2300 Niedersachsen fordert daher die Erschließung eigener Steuerquellen für die Kommunen in  
 2301 Form von Hebesatzrechten auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Abschaffung  
 2302 der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer belastet derzeit durch die Einbeziehung von  
 2303 Pachten, Mieten und Leasingraten die Substanz der Gewerbetreibenden. Das muss

2304 geändert werden. Eine weitere Ausdehnung der Gewerbesteuerpflicht auf weitere  
2305 Berufsgruppen ist daher schädlich für die kommunale Wirtschaft und lehnen wir daher ab.

2306 Neben einer gestiegenen Autonomie bei den Einnahmen müssen auch kommunale  
2307 Aufgaben verstärkt selbstständig wahrgenommen werden. Dafür müssen Kommunen  
2308 schlagkräftig sein. Die FDP Niedersachsen lehnt eine durch das Land verordnete Fusion von  
2309 Gemeinden und Kreisen ab, jedoch setzen wir uns für freiwillige Zusammenschlüsse und  
2310 Kooperationen ein. Die sogenannte Fusionsrendite durch Einsparungen muss aber klar  
2311 beziffert werden. Dafür kann das Land nicht nur den geeigneten Rechtsrahmen setzen,  
2312 sondern auch finanziellen Anreize schaffen. Für Kommunen, die in eine finanzielle Schieflage  
2313 geraten sind, muss die Kommunalaufsicht gestärkt werden. Haushaltssicherungskonzepte  
2314 müssen verbindlicher umgesetzt werden.

2315 Wir fordern:

- 2316 - die Abschaffung der Einbeziehung von Mieten, Leasingraten und Pachten in die  
2317 Bemessungsgrundlage zur Berechnung der Gewerbesteuer, um eine  
2318 Substanzbesteuerung zu vermeiden;
- 2319 - klare Transparenz für Bürgerinnen und Bürger, um Abgabenlast der Gemeinde und  
2320 Leistungen besser bewerten zu können;
- 2321 - freiwillige Zusammenschlüsse und Kooperationen von Kommunen zu fördern, um  
2322 langfristig zu effizienten Strukturen zu gelangen;
- 2323 - die Ablehnung einer Bettensteuer;
- 2324 - die Stärkung der Kommunalaufsicht, um Kommunen, die hochdefizitäre Haushalte  
2325 präsentieren, sanktionieren zu können, mittelfristig muss auf ein Verbot der  
2326 Verschuldung für Kommunen nach dem Vorbild der Schuldenbremse hingewirkt  
2327 werden;
- 2328 - die verstärkte Nutzung von Bürgerhaushalten auf kommunaler Ebene.

2329

2330

2331

2332

2333

2334

2335

2336

2337

2338

2339

2340

2341

2342 **XIII. Städtebau, Stadt- und Ortsentwicklung und**  
 2343 **Wohnungsbau**

2344 Der demografische Wandel erfordert neue Lösungen in der Stadt- und Ortsentwicklung.  
 2345 Demografischer Wandel führt im ländlichen Raum häufig zu Bevölkerungsrückgang in einer  
 2346 alternden Gesellschaft, gleichzeitig verstärkt der Trend zur Urbanisierung die Bedeutung der  
 2347 Städte. Um die Lebensqualität in ganz Niedersachsen zu sichern, vertrauen Liberale  
 2348 grundsätzlich auf individuelle Lösungen, um die Gestaltungskräfte der Menschen vor Ort zu  
 2349 stärken. Das Land hat dabei die Aufgabe, in Ergänzung zu anderen Förderprogrammen und  
 2350 im Bewusstsein identitätsstiftender, historischer Gegebenheiten, zukunftsorientierte Stadt-  
 2351 und Ortsentwicklungen mit differenzierten Strategien zu unterstützen.

2352 Stadt- und Ortsentwicklung ist eng mit dem Erhalt und der Neuentwicklung von Häusern und  
 2353 Quartieren verbunden. Das Eigentum hat dabei für Liberale eine besondere Bedeutung. In  
 2354 den vergangenen Jahren haben wir die Rechte von Hauseigentümerinnen und  
 2355 Hauseigentümern gestärkt, so beispielsweise beim Denkmalschutz. So müssen  
 2356 Eigentümerinnen und Eigentümer vor Aufnahme in das Denkmalschutzverzeichnis angehört  
 2357 werden. Diese Politik wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Einige Städte Niedersachsens  
 2358 stehen aufgrund steigender Einwohnerzahlen aber auch vor der Herausforderung  
 2359 bezahlbaren Wohnraum für Familien sowie Geringverdienerinnen und Geringverdiener zur  
 2360 Verfügung zu stellen. Wohnungen sind ein wirtschaftliches und gleichzeitig auch ein soziales  
 2361 Gut. Falls der Markt nicht ausreichend Wohnungen zur Verfügung stellt, streben wir auch  
 2362 Öffentlich-private Partnerschaften an.

2363 Eine insgesamt alternde Gesellschaft löst neue Herausforderungen in der Wohn- und  
 2364 Infrastruktur aus. Die FDP Niedersachsen begrüßt neue Wohnformen, in denen junge  
 2365 Menschen sowie Seniorinnen und Senioren sich gegenseitig unterstützen und Wohnraum  
 2366 altersgerecht gestaltet wird. Die Kerne der Städte und Gemeinden müssen wieder mehr zum  
 2367 Zentrum des gemeinsamen Lebens werden. Bei sinkenden Bevölkerungszahlen ist es  
 2368 besonders wichtig, dass den Bürgerinnen und Bürgern Güter und Dienstleistungen des  
 2369 täglichen Bedarfs wohnortnah zur Verfügung stehen. Dazu können mobile Angebote  
 2370 beitragen und vorhandene Räumlichkeiten flexibel genutzt werden.

2371 Eine wesentliche Infrastruktur im 21. Jahrhundert ist die Breitbandversorgung.  
 2372 Leistungsfähige Datenübertragung ist zu einer entscheidenden Standortfrage geworden und  
 2373 ist gerade für den ländlichen Raum ein Wirtschaftsfaktor. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
 2374 letzten weißen Flecken auf der niedersächsischen Landkarte verschwinden. Wir brauchen  
 2375 zusätzlich eine Glasfaserinfrastruktur, um den Bedarf in den Ballungszentren zu erfüllen.  
 2376 Eine moderne Dateninfrastruktur muss im ganzen Land die wirtschaftliche und  
 2377 wissenschaftliche Leistungsfähigkeit sichern.

2378 Bei der Nachnutzung der durch die Reduzierung der Bundeswehr und den Abzug britischer  
 2379 Streitkräfte in Niedersachsen frei werdenden Liegenschaften müssen die betroffenen  
 2380 Kommunen durch den Bund unterstützt werden.

2381 Ziel von Politik muss sein, allen Menschen selbstbestimmte Fortbewegung, aktive Teilhabe  
 2382 an der Gesellschaft und ein möglichst langes Verbleiben in der vertrauten Umgebung zu  
 2383 ermöglichen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gewinnt daher die  
 2384 Barrierefreiheit als Standortfaktor immer mehr an Bedeutung und ist deshalb als  
 2385 grundlegendes Element aller städtebaulicher Maßnahmen zu etablieren. Dies betrifft den  
 2386 öffentlichen Raum genauso wie die Verkehrsinfrastruktur und den Wohnraum. Hierfür ist ein  
 2387 ganzheitliches Konzept notwendig, das auch die drei zentralen Elemente nachhaltiger  
 2388 städtebaulicher Maßnahmen Energieeffizienz, Denkmalschutz, und Barrierefreiheit  
 2389 miteinander in Einklang bringt.

2390

2391

2392



2393 Die FDP Niedersachsen fordert:

- 2394 - Innen- vor Außenentwicklung, damit Stadt- und Ortskerne lebenswert bleiben, dazu  
2395 gehört insbesondere eine verbesserte Flächenkonversion von freierwerdenden  
2396 innerstädtischen Flächen;
- 2397 - die Fortführung der ‚Quartiersinitiative Niedersachsen‘;
- 2398 - Stärkung von Eigentumsrechten, damit Bürgerinnen und Bürger selbst Verantwortung  
2399 übernehmen können;
- 2400 - Öffentlich-private Partnerschaften auch im Wohnungsbau, um genügend bezahlbaren  
2401 Wohnraum zur Verfügung zu stellen;
- 2402 - die Sicherung der Mobilität im Alter und im ländlichen Raum durch kleinere  
2403 Verkehrssysteme, die Einrichtung von Bürgerbussen und die Erweiterung von Anruf-  
2404 Sammeltaxi-Angeboten;
- 2405 - die Weiterentwicklung von Modellprojekten für innovatives, altersgerechtes und  
2406 barrierefreies bzw. integratives Wohnen;
- 2407 - eine moderne Dateninfrastruktur für ganz Niedersachsen, um die lokale Wirtschaft zu  
2408 stärken.

2409

2410

2411

2412

2413

2414

2415

2416

2417

2418

2419

2420

2421

2422

2423

2424

2425

2426

2427

## 2428 **XIV. Kultur**

2429 In unserer globalisierten Welt stiftet Kultur Identität und Vertrauen. Es ist deshalb notwendig,  
 2430 ein kulturelles Angebot nicht nur in den Städten, sondern auch in den Regionen vor Ort zu  
 2431 erhalten und zu fördern. Wir wollen unser kulturelles Erbe pflegen und bewahren und  
 2432 Projekte fördern, die sich mit aktuellen Fragestellungen unserer Gesellschaft  
 2433 auseinandersetzen. Aufgabe des Staates ist es nicht, Inhalte von Kunst und Kultur zu  
 2434 regulieren, sondern Rahmenbedingungen für eine freie Entwicklung von Kunst und Kultur zu  
 2435 schaffen. Die Entfaltung von Kreativität zu ermöglichen, ist wichtig für den Zusammenhalt  
 2436 einer Gesellschaft.

### 2437 **Förderkriterien**

2438 Um die knappen Mittel wirksam einzusetzen, ist es wichtig, Qualitätsstandards und  
 2439 Förderkriterien zu entwickeln. Diese dürfen aber die Freiheit von Kunst und Kultur nicht  
 2440 einschränken. Kultur wird mit öffentlichen Geldern gefördert. Wir wollen, dass die Förderung  
 2441 der niedersächsischen Kultur transparent dargestellt wird. Der Kulturförderbericht 2010 ist  
 2442 ein richtiger Schritt.

- 2443 - Die Förderkriterien sollen sich an den Standards orientieren, die Fachexperten  
 2444 festlegen. Für die niedersächsischen Museen und die Bibliotheken wurden  
 2445 Programme zur Sicherung der Qualität entwickelt. Dieser Weg ist richtig und soll  
 2446 fortgesetzt werden. Denn so kann auch das Publikum erkennen, dass die  
 2447 Einrichtungen bestimmte Qualitätsstandards einhalten.
- 2448 - Auch im Kulturbereich stellt der demografische Wandel das Flächenland  
 2449 Niedersachsen vor besondere Herausforderungen. Kulturangebote müssen für ältere  
 2450 Menschen sowie Menschen mit Behinderung gut erreichbar sein. Es muss ihnen aber  
 2451 auch gelingen, Kinder und Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund für  
 2452 Kultur zu begeistern.
- 2453 - Die regionalisierte Kulturförderung hat sich für Niedersachsen bewährt. Die  
 2454 Menschen vor Ort können am besten entscheiden, wie sie die Kulturförderung in ihrer  
 2455 Region gestalten wollen. Wir wollen erreichen, dass auch die regionalisierte  
 2456 Kulturförderung transparent und übersichtlich dargestellt wird.
- 2457 - Bei der Finanzierung kultureller Projekte sollen künftig auch verstärkt öffentlich-  
 2458 private Partnerschaften genutzt werden.

### 2459 **Kulturgüter**

2460 Unsere Denkmale, Kulturgüter und Kulturlandschaften erinnern uns an die Wurzeln unserer  
 2461 Gesellschaft und die Entwicklung der niedersächsischen Kultur. Mit dem neuen  
 2462 Denkmalschutzgesetz unterstützen wir die Eigentümer beim Schutz und Erhalt unserer  
 2463 Baudenkmale. Mit der Denkmalschutzplakette können Denkmale als solche gekennzeichnet  
 2464 werden. Kulturgüter sind oft sensible Objekte, die besonders geschützt und gelagert werden  
 2465 müssen.

- 2466 - Um die Kulturgüter bestmöglich zu schützen und dennoch zugänglich zu machen, soll  
 2467 die Digitalisierung des niedersächsischen Kulturerbes gefördert werden. Sie trägt  
 2468 einerseits zum Schutz der sensiblen Objekte bei und macht sie andererseits für  
 2469 Menschen erfahrbar, die z.B. in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

### 2470 **Kultur- und Kreativwirtschaft**

2471 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine wichtige Wachstumsbranche in Niedersachsen. Wir  
 2472 wollen unsere kreativen Köpfe in Niedersachsen behalten und sie dabei unterstützen, hier  
 2473 ihre Existenz aufzubauen.

- 2474 - Instrumente zur Existenzgründung sollen auf die besonderen Bedürfnisse der  
 2475 Kreativitätswirtschaft ausgerichtet werden. Hierbei sind auch weiche Standortfaktoren  
 2476 zu berücksichtigen, die den Ausbau bzw. die Ansiedlung der Kreativwirtschaft fördert.

### 2477 **Ehrenamtliche Arbeit**

2478 Bürgerinnen und Bürger, die sich im Kulturbereich ehrenamtlich engagieren, sind als  
 2479 Spender von Zeit und Geld zu unterstützen. Bürgerschaftliches Engagement ist auch im  
 2480 Kulturbereich willkommen, darf aber nicht als Sparpotenzial für die Finanzhaushalte begriffen  
 2481 werden. Ehrenamtliche Arbeit ergänzt die öffentliche Kulturarbeit und bereichert die  
 2482 Gesellschaft.

- 2483 - Die FDP Niedersachsen will die Potenziale des Freiwilligen Kulturellen Jahres und  
 2484 des Bundesfreiwilligendienstes für den Kulturbereich noch weiter ausschöpfen und  
 2485 eine Informationskampagne starten.

### 2486 **Regionale Sprachen**

2487 Wir sehen regionale Sprachen als einen wichtigen Ausdruck regionaler Besonderheit und  
 2488 Tradition an. Die niederdeutsche Sprache in ihrer Vielfalt ist ein essentieller Bestandteil  
 2489 niedersächsischer Kultur.

- 2490 - Wir setzen uns für den Schutz und Erhalt der niederdeutschen Sprache ein und  
 2491 wollen einen Niedersächsischen Landesbeauftragten für die niederdeutsche Sprache  
 2492 bestellen.
- 2493 - Wir wollen die niederdeutsche Sprache als fakultatives eigenständiges Schulfach  
 2494 einrichten.
- 2495 - Wir wollen eine Verfassungsergänzung zum Schutz des Niederdeutschen.
- 2496 - Wir setzen uns dafür ein, dass die Niederdeutschen Programme durch den NDR  
 2497 weiter ausgebaut werden.
- 2498 - Wir setzen uns dafür ein, dass in den Kindergärten über Kooperationen mit den  
 2499 Heimatvereinen vermehrt Plattdeutsch vermittelt wird.

2500

2501

2502

2503

2504

2505

2506

2507

2508

2509

2510

2511

## 2512 **X V . M e d i e n**

2513 Die FDP Niedersachsen steht für eine moderne Medienpolitik, die Innovationen anregt und  
 2514 fördert sowie den Bürgern die Kompetenz vermittelt, Medien gewinnbringend zu nutzen. Die  
 2515 Meinungs- und Pressefreiheit sind für Liberale grundlegende Werte. Politik soll deshalb  
 2516 grundsätzlich nur sehr zurückhaltend in den Medienmarkt eingreifen.

### 2517 **Digitale Gesellschaft**

2518 Die technologischen Entwicklungen der Medienwelt haben den Alltag der Menschen in den  
 2519 vergangenen Jahren revolutioniert. Durch schnelleres Internet und aufgrund der rasanten  
 2520 Verbreitung von mobilen Endgeräten werden Informationen wesentlich schneller verbreitet  
 2521 und sind einfacher zugänglich. Diese Dynamik schafft Räume zur Selbstverwirklichung,  
 2522 Bildungschancen und Innovationen, die das Leben vereinfachen. Das Netz als Markt und  
 2523 Plattform für gesellschaftliche Aktivität ist aber nicht vor Monopolbildung und Kriminalität  
 2524 gefeit. Die FDP Niedersachsen will eine Netzpolitik, die mit der Realität Schritt hält, ohne  
 2525 eine unausgewogene Überwachungs- und Verbotspolitik zu betreiben.

2526 Bei kriminellen Inhalten im Netz sollen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und  
 2527 die entsprechenden Inhalte gelöscht werden, anstatt mit leicht umgänglichen Netzsperrern  
 2528 Scheinlösungen zu präsentieren.

2529 Die FDP Niedersachsen fordert:

- 2530 - Ein verantwortungsvoller und sicherer Umgang mit dem Netz will gelernt sein. Die  
 2531 FDP Niedersachsen will deshalb die Medienkompetenz von allen Generationen, aber  
 2532 insbesondere von Kindern und Jugendlichen stärken. Der Grundstein hierfür muss in  
 2533 der Ausbildung und Fortbildung von Lehrkräften in sämtlichen Bildungsbereichen  
 2534 gelegt werden.
- 2535 - Die Versorgung mit Breitband-Internetanschlüssen muss in der Fläche weiter  
 2536 vorangetrieben werden. Der vollwertige, breitbandige Internetanschluss muss als  
 2537 Universaldienst in das Telekommunikationsgesetz aufgenommen und der Ausbau in  
 2538 der Fläche weiter vorangetrieben werden. Niedersachsen soll hier eine Vorreiterrolle  
 2539 einnehmen.
- 2540 - Einen ungehinderten Informationsfluss und damit die Diskriminierungsfreiheit im  
 2541 Netz. Das Diskriminieren oder Priorisieren bestimmter Dienste wird grundsätzlich  
 2542 abgelehnt. Für zeitkritische Anwendungen sowie in Überlast-Situationen akzeptieren  
 2543 wir jedoch Modelle, bei denen Datenpakete mit besonderer Markierung bevorzugt  
 2544 übertragen werden können.
- 2545 - Der Schutz des Eigentums umfasst für Liberale auch den Schutz „geistigen“  
 2546 Eigentums. Eine vollständige Aufweichung entsprechender Schutzvorschriften lehnt  
 2547 die FDP Niedersachsen ab. Allerdings ist die derzeitige Abmahnpraxis, die sowohl in  
 2548 der Quantität, als auch in der Abmahnhöhe zu einem reinen Geschäftsmodell  
 2549 geworden ist, abzulehnen. Eine grundlegende Reform des Urheberrechts ist jedoch  
 2550 erforderlich.
- 2551 - Das Prinzip „Löschen statt sperren“ bei kriminellen Inhalten im Netz.

### 2552 **Fernsehen, Radio und Printmedien**

2553 Neben dem Netz haben aber auch die klassischen Medien – Printmedien, Radio und  
 2554 Fernsehen – Bestand. Die FDP ist die Partei, die für den Schutz der Pressefreiheit als  
 2555 elementaren Baustein unserer Demokratie eintritt.

2556 Insbesondere Radio und Fernsehen sind durch die öffentlich-rechtlichen Medien stark  
 2557 staatlich beeinflusst. Für die FDP Niedersachsen ist ein objektives und qualitativ  
 2558 hochwertiges Informationsangebot durch öffentlich-rechtliche Sender wichtig, das sich auf

2559 den Grundversorgungsauftrag beschränkt. Dieses Angebot soll auch möglichst lange im  
2560 Internet verfügbar sein. Der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien schließt nach  
2561 Überzeugung der Liberalen auch Kultur und Sport ein, jedoch beispielsweise keine teuren  
2562 Unterhaltungsformate. Diesen stellen derzeit einen öffentlich finanzierten Wettbewerb der  
2563 privaten Konkurrenten dar.

2564 Die Finanzierungsstruktur der öffentlich-rechtlichen Medien muss regelmäßig auf  
2565 Erforderlichkeit und Effizienz überprüft werden. Die Umstellung der Gebührenfinanzierung  
2566 auf eine Haushaltsabgabe ist im Hinblick auf die berechtigte Kritik an der GEZ der richtige  
2567 Weg und muss zu einem echten Bürokratieabbau führen. Diese Haushaltsabgabe darf  
2568 jedoch nicht zu einer Mehrbelastung für den Verbraucher führen.

2569 Die FDP fordert:

- 2570 - dass sich das Programm der öffentlich-rechtlichen Sender auf den  
2571 Grundversorgungsauftrag beschränkt;
- 2572 - eine transparente Vergabe von UKW-Rundfunkfrequenzen, um den Zugang privater  
2573 Anbieter zu einer UKW-Frequenz zu erleichtern;
- 2574 - eine automatische Beendigung der Zahlungsverpflichtung von GEMA- und  
2575 Rundfunkgebühren bei der ordentlichen Abmeldung des Gewerbes.

2576

2577

2578

2579

2580

2581

2582

2583

2584

2585

2586

2587

2588

2589

2590

2591

2592

2593

## 2594 **XVI. Sport**

2595 Der Sport hat für Niedersachsen eine überragende Bedeutung. Alleine in den fast 10.000  
2596 Sportvereinen in Niedersachsen sind über 2,8 Millionen Menschen organisiert. Darüber  
2597 hinaus treiben hier viele Menschen vereinsungebunden regelmäßig Sport. Der Sport hat in  
2598 Niedersachsen einen so hohen Stellenwert, dass er sogar Verfassungsrang hat.

### 2599 **Integration und Werte**

2600 Sport ist für die FDP mehr als die Summe der körperlichen Betätigung einzelner Bürgerinnen  
2601 und Bürger. Sport bringt Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialem Status,  
2602 religiöser oder politischer Anschauung, körperlichen Voraussetzungen, Herkunft oder  
2603 sexueller Orientierung zusammen und erbringt damit eine unschätzbare gesellschaftliche  
2604 Integrationsleistung.

2605 Politischer Extremismus und religiöse Gewalt dürfen im Sport ebenso wenig wie sexueller  
2606 Missbrauch Platz finden. Diesen Phänomenen zu begegnen, ist eine gemeinsame Aufgabe  
2607 aller gesellschaftlichen Akteure. Zivilcourage und gegenseitiger Respekt sind auch und  
2608 gerade im Sport unabdingbar.

2609 Sport vermittelt Werte und soziale Kompetenzen im Umgang miteinander, stärkt durch  
2610 gemeinsame Erfolge und Misserfolge den Zusammenhalt, lebt von Leistungsbereitschaft, der  
2611 Übernahme von Verantwortung für sich und andere, Fair Play und Teamgeist. Sport bedeutet  
2612 Aktivität und Lebensfreude. Sport ist deshalb auch ein wichtiger Baustein des Lehrkonzepts  
2613 in den Bildungseinrichtungen.

2614 Die FDP fordert:

2615 - Bereits in der Vorschulerziehung, in Kindergärten und Kindertagesstätten sowie  
2616 selbstverständlich auch in der Schule wird mit gezielter Bewegungsförderung  
2617 angesetzt. Das Aktionsprogramm „Lernen braucht Bewegung“, welches bewährte  
2618 Maßnahmen wie „Schwimmfähigkeit an Grundschulen“ sinnvoll bündelt, soll daher  
2619 nach 2014 fortgesetzt werden.

2620 - Der Behindertensport in Niedersachsen soll auch in den nächsten Jahren gezielt  
2621 unterstützt werden. Veranstaltungsformate in diesem Bereich, etwa Wettkämpfe oder  
2622 Ehrungen, soll die Landesregierung öffentlichkeitswirksam unterstützen, um dem  
2623 Behindertensport ein größeres Forum zu bieten. Die Inklusion soll auch im Bereich  
2624 des Sports weiter vorangetrieben werden.

2625 - Die Bemühungen des Landes, Integration durch Sport zu verbessern, sind  
2626 fortzusetzen. Gerade Sportvereine bieten ideale Rahmenbedingungen für eine  
2627 erfolgreiche Integration, da in ihnen Menschen unterschiedlicher Herkunft und  
2628 Orientierung zusammenfinden. Menschen mit Migrationshintergrund sollen folglich  
2629 stärker in die Vorstandsarbeit, die Übungsleiterausbildungen und das Vereinsumfeld  
2630 eingebunden werden.

### 2631 **Sportselbstverwaltung und -finanzierung**

2632 Das Land Niedersachsen hat den Breiten-, Behinderten-, Schul- und Spitzensport trotz der  
2633 angespannten Lage des Landesetats in den letzten Jahren stark unterstützt.

2634 Die Sportselbstverwaltung soll weiter gestärkt werden, ohne die Sportförderung zu  
2635 vernachlässigen. Der organisierte Sport braucht verlässliche Rahmenbedingungen seitens  
2636 der Politik, damit er sich den großen Herausforderungen wie der demografischen  
2637 Entwicklung erfolgreich stellen kann.

2638

2639

2640 Die FDP fordert:

- 2641 - Die Mittel für den Landessportbund sollen mindestens auf heutigem Niveau  
2642 fortgeführt werden. Zusätzliche Einnahmen durch ein zeitgemäßes und  
2643 europarechtkonformes Glücksspielrecht sollen insbesondere der  
2644 Sportentwicklungsplanung zugutekommen, die niedersachsenweit insbesondere  
2645 aufgrund des demografischen Wandels dringend intensiviert werden muss.
  - 2646 - Die Initiativen von Vereinen und Verbänden, schon im Jugend- und Amateurbereich  
2647 vor Doping und seinen Folgen durch Aufklärung zu warnen, sind zu unterstützen.  
2648 Doping stellt neben den individuellen gesundheitlichen Risiken einen unlauteren  
2649 Eingriff in den Wettkampfsport dar und wird deshalb von der FDP Niedersachsen  
2650 abgelehnt. Vereine und Verbände, die sich Maßnahmen zur Bekämpfung des  
2651 Dopings verweigern, sollen keine öffentlichen Zuwendungen erhalten. Der  
2652 organisierte Sport, der Bund, die Länder und die Privatwirtschaft müssen den Dialog  
2653 über die künftige Finanzierung der Nationalen Anti-Doping-Agentur (NADA) dringend  
2654 wieder aufnehmen, damit der Anti-Doping-Kampf gezielt fortgeführt werden kann und  
2655 die verschiedenen Aktivitäten abgestimmt und harmonisiert werden.
  - 2656 - Die Sanierung und der Bau von multifunktionalen Sportstätten, die den Grundsätzen  
2657 der Barrierefreiheit sowie der Energieeffizienz genügen, bleibt eine wichtige  
2658 gemeinschaftliche Aufgabe, wobei Anreize für stärkere interkommunale  
2659 Kooperationen und Betreibermodelle mit möglichst geringer Beteiligung der  
2660 öffentlichen Hand gesetzt werden sollten.
- 2661 Demografische Entwicklungen sollen dabei besondere Beachtung finden. Der  
2662 organisierte Sport muss in entsprechende Infrastrukturentscheidungen einbezogen  
2663 werden.
- 2664 - Gewalt hat im Sport keinen Platz. Hier setzten wir insbesondere im Amateursport auf  
2665 mehr Zivilcourage, gezieltes Konfliktmanagement und erhöhte Sensibilisierung der  
2666 Beteiligten.

## 2667 **Ehrenamt im Breitensport**

2668 Der Breitensport lebt vom Ehrenamt. Ohne ehrenamtlich Aktive gäbe es heute viele  
2669 Sportangebote nicht. Dieses unbezahlte aber unbezahlbare Engagement muss besser vor  
2670 Bürokratie und unverhältnismäßigen Risiken geschützt werden. Hier wurden bereits Lücken  
2671 im Versicherungsschutz für Ehrenamtliche in Niedersachsen durch umfassende  
2672 Rahmenverträge geschlossen. Die FDP Niedersachsen begrüßt nachdrücklich, dass die  
2673 Bundesregierung die Abschaffung jeglicher Gebühren für die Ausstellung von  
2674 Führungszeugnissen für Ehrenamtliche beschlossen hat.

2675 Die FDP fordert:

- 2676 - Die im Sport Engagierten sollen von Bürokratie entlastet werden. Eine Ausweitung  
2677 der Pflicht zur Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses für Ehrenamtliche lehnt  
2678 die FDP Niedersachsen ab.
- 2679 - Ehrenamts- und Übungsleiterpauschalen sollen mindestens auf dem bestehenden  
2680 Niveau erhalten bleiben.
- 2681 - Auch im Sport werden Netzwerke wichtiger, um die Herausforderungen der Zukunft  
2682 zu meistern. Kooperationen der Vereine mit Kindertagesstätten und Schulen sowie im  
2683 Bereich der Prävention und Rehabilitation mit Krankenkassen (Gesundheitssport)  
2684 sollen verstärkt werden. Dazu soll die Landespolitik einen verlässlichen Rahmen  
2685 schaffen.

2686

2687

## 2688 **XVII. Niedersachsen in Europa**

2689 Niedersachsen ist ein wichtiger europäischer Wirtschaftsraum im Herzen Europas. Als  
2690 Nachbar der Niederlande, als Transitland und wichtiger Dienstleistungs- und  
2691 Industriestandort erleben viele Menschen in Niedersachsen Europa täglich hautnah.

2692 Damit die Regionen sich enger miteinander verbinden, wollen wir die Beziehungen zu den  
2693 europäischen Nachbarn auf den unterschiedlichen Ebenen weiter ausbauen.

2694 Wir Liberale wissen: Nur in einem aktiven Austausch mit europäischen Partnern im Rahmen  
2695 der EU, in der europäischen Zusammenarbeit auf allen Ebenen liegt die Chance, Frieden  
2696 und Freiheit zu sichern und auszubauen.

2697 Die niedersächsische FDP will eine starke und schlanke EU. Subsidiarität heißt,  
2698 Entscheidungen auf der niedrigstmöglichen politischen Ebene zu treffen, denn nicht jedes  
2699 Problem in Europa muss auch auf europäischer Ebene gelöst werden.

2700 Die FDP fordert:

2701 - Eine klare Trennung der Rechte und Zuständigkeiten der einzelnen Politikebenen, um  
2702 lokale Verantwortung und Gestaltungsspielraum zu sichern;

2703 - Zusammenarbeit auf regionaler wie kommunaler Ebene, um die gemeinsame  
2704 europäische Identität zu festigen.

### 2705 **Europäischer Binnenmarkt**

2706 Wir niedersächsischen Liberalen setzen auf offene Märkte und eine Vollendung des  
2707 europäischen Binnenmarktes. Auch in der Europapolitik sieht sich die FDP Niedersachsen  
2708 gegenüber dem Mittelstand in der Verantwortung. Im Interesse Niedersachsens wird die FDP  
2709 darauf achten, dass unter Beachtung der sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen  
2710 der freie Wettbewerb in marktwirtschaftlichem Ordnungsrahmen auch in der EU von morgen  
2711 zur Geltung kommt.

2712 Die Förderpolitik der Europäischen Union muss die Verkehrs- und Transportwege,  
2713 Energiestrassen und Breitbandnetze stärken. Die sogenannten Kernnetze für den Verkehr, die  
2714 von der EU-Kommission geplant werden, müssen für das Transitland Niedersachsen  
2715 ausgebaut werden. Die Anbindung der Seehäfen hat dabei Priorität.

2716 Die niedersächsische FDP fordert:

2717 - Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützen sich über die  
2718 Rahmenbedingungen im europäischen Ausland zu informieren, um auf dem  
2719 gemeinsamen Markt wettbewerbsfähig zu machen.

2720 - Wo Europa, Deutschland oder Niedersachsen unnötige Bürokratiekosten für den  
2721 deutschen und europäischen Mittelstand produziert haben, setzen wir uns für deren  
2722 Abschaffung ein.

2723 - Wir Liberale wollen eine europäische Strukturförderung, die einen Schwerpunkt auf  
2724 Innovation, anwendungsorientierte Forschung und Technologietransfer legt. In  
2725 diesem Zusammenhang soll es niedersächsischen Unternehmen erleichtert werden,  
2726 Mittel aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu erhalten.

### 2727 **Europäische Wissensgesellschaft**

2728 Die niedersächsischen Hochschulen müssen mit den europäischen Nachbarhochschulen  
2729 bestens vernetzt sein. Dies soll durch Teilnahme an Forschungsprojekten, den Austausch  
2730 von Studierenden oder Lehrenden und durch den Wettbewerb um die besten Köpfe erfolgen.

2731



2732 Die FDP Niedersachsen setzt sich dafür ein:

- 2733 - Heimischen Hochschulen muss weiterhin ein unkomplizierter Zugang zu  
2734 entsprechenden EU-Programmen ermöglicht werden; die Mobilität von Studierenden  
2735 innerhalb der EU soll steigen. Hierzu müssen die Regelstudienzeit für den Bachelor  
2736 und Master flexibilisiert, die Anrechnungsmöglichkeit von Studienleistungen  
2737 verbessert und bestehende Stipendien- und Kreditmöglichkeiten ausgebaut werden.
- 2738 - Der Europäische Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR) muss  
2739 intensiver genutzt werden, um die beruflichen Qualifikationen und Kompetenzen in  
2740 Europa für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und  
2741 Arbeitgeber vergleichbarer und verständlicher zu machen.

#### 2742 **Europäische Bürgergesellschaft**

2743 Die FDP Niedersachsen setzt sich für ein bürgernahes, und für die Bürgerinnen und Bürger  
2744 verständliches Europa ein. Daher muss die Informationspolitik in Europathemen verbessert  
2745 und ausgebaut  
2746 werden.

2747 Die FDP Niedersachsen fordert deshalb:  
2748

- 2749 - dass das Europäische Informationszentrum Niedersachsen und die Europabüros in  
2750 den ehemaligen Bezirksregierungen erhalten bleiben, damit ein flächendeckendes,  
2751 landesweites Informationsangebot für die Bürgerinnen und Bürger sichergestellt wird;
- 2752 - dass die auf freiwilliger Basis beruhende europapolitische Informationsarbeit von  
2753 Stiftungen und Verbänden, wie der Europa-Union durch die Förderung vernetzter  
2754 Informationsangebote und gemeinsame Projekte der europapolitischen  
2755 Informationsarbeit unterstützt werden;
- 2756 - dass die Aktivitäten an Schulen und im vorschulischen Bereich für die Stärkung des  
2757 Europabewusstseins und der interkulturellen Kompetenz fortgesetzt und weiter  
2758 ausgebaut werden.